

# SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale  
Politik und Sicherheit

*Kay Möller*

## Pacific Sunset

Vom vorzeitigen Ende des  
ostasiatischen Jahrhunderts

S 9  
April 2002  
Berlin

**Nachweis in öffentlich  
zugänglichen Datenbanken  
nicht gestattet.**

Abdruck oder vergleichbare  
Verwendung von Arbeiten  
der Stiftung Wissenschaft  
und Politik ist auch in Aus-  
zügen nur mit vorheriger  
schriftlicher Genehmigung  
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und  
Politik, 2002

**SWP**

Stiftung Wissenschaft und  
Politik  
Deutsches Institut für  
Internationale Politik und  
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
[www.swp-berlin.org](http://www.swp-berlin.org)  
[swp@swp-berlin.org](mailto:swp@swp-berlin.org)

# Inhalt

<b>Problemstellung und Schlußfolgerungen</b>	5
<b>Sonnenaufgang: Die Ursprünge des asiatisch-pazifischen Regionalismus</b>	7
<b>Externe und interne Förderatoren</b>	11
Die USA: Der »benign balancer«	11
Japan: Der Vorbestrafte	12
China: Der Revisionist	14
Indonesien: Der gefesselte Riese	15
Thailand: Vormacht in Grenzen	15
<b>Ostasienkrise: Krise und Chance des Regionalismus</b>	17
<b>APEC und ARF: Genese und Scheitern des transpazifischen Projekts</b>	19
Die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftszusammenarbeit (APEC)	19
Das ASEAN Regional Forum (ARF)	21
<b>Regionalismus: Die theoretischen Grundlagen</b>	26
<b>Unvollständige Autonomie oder Angelpunkt? Die ASEAN-Erfahrung</b>	31
<b>ASEAN+3: Aufbruch ohne neue Ufer</b>	37
<b>Prekäre Zukunft</b>	40
Hierarchische Tradition	40
Konfliktpotential	41
Halbherzige Liberalisierung	41
Schwache Staaten	42
Denkbare Einwände	43
<b>Literaturhinweise</b>	45
<b>Abkürzungen</b>	49



### **Pacific Sunset: Vom vorzeitigen Ende des ostasiatischen Jahrhunderts**

Man kann kein Licht von einem Tisch auf den anderen setzen,  
ohne sich zu einem Weltbild zu bekennen.

*Peter Hacks, Eröffnung des Indischen Zeitalters, 1957*

Der ostasiatische Regionalismus ist gescheitert, bevor er richtig begonnen hat. Der Region zwischen Hokkaido und Java, dem Irrawaddy und Papua, fehlen entscheidende Voraussetzungen für jenen Souveränitätsverzicht, der eine dauerhaft friedliche Konfliktlösung und gemeinsames Agieren auf der internationalen Bühne ermöglicht. Die Region könnte in den kommenden Jahren von eskalationsfähigen binnen- und zwischenstaatlichen Konflikten betroffen sein. Grund ist die durch »asiatische Produktionsweise«, Kolonialismus, Weltkriege und Kalten Krieg begünstigte Verzögerung der Herausbildung moderner Nationalstaaten, die dazu führt, daß die Erfordernisse von *nation-building* und wirtschaftlicher Liberalisierung zunehmend unvereinbar werden. Mittelfristig hoffnungsvoll stimmt allenfalls die globalisierungsbedingte Schwächung der traditionellen Eliten, die zur Folge haben könnte, daß Demokratisierung, ähnlich wie im Nachkriegseuropa, neue Regionalismen nach sich zieht, die binnenstaatlich wie intraregional eine bessere Verteilungsgerechtigkeit erwarten lassen.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

1. Ostasien und der Pazifik besitzen das wirtschaftliche Potential, Europa und Nordamerika als Wirtschaftsmächte herauszufordern. Die Umsetzung des Potentials in reale Macht scheitert aber mittelfristig an divergierenden politischen Interessen.
2. Die transpazifische Kooperation ist an Größe und Heterogenität des Kooperationsraums gescheitert.
3. Während ostasiatische Regionalismus-Initiativen zumeist von Tokyo ausgegangen sind, haben sie den japanischen Einfluß in der Praxis eher eingedämmt. Eine unmittelbare Folge war die partielle Regionalisierung chinesischer Außenpolitik. Das heißt nicht, daß sich Peking und Tokyo im Sinne einer gleichberechtigten Aufgabenverteilung verständigen könnten.
4. Ostasiatischer Regionalismus scheitert an einer hierarchischen Tradition, einem als zunehmend instabil wahrgenommenen regionalen Umfeld und

widersprüchlichen Annäherungen an wirtschaftliche und politische Liberalisierung.

5. Wenn diese Defizite bisher nicht überwunden werden konnten, dann aufgrund der regionalen Koexistenz unterschiedlich schwach liberalisierender Koalitionen, die grundsätzlich zu wenig mehr als provisorischer und instabiler Zusammenarbeit fähig sind.

## Sonnenaufgang: Die Ursprünge des asiatisch-pazifischen Regionalismus

Der ostasiatische Regionalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts ist in mancher Hinsicht die Folge des gescheiterten transpazifischen Regionalismus des späten 20. Jahrhunderts. Die These vom »pazifischen Zeitalter«, das die europäisch-atlantische Ära ablösen würde, stammt aus der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Ursprünglich von amerikanischen Neoliberalen<sup>1</sup> aufgestellt, war sie häufig ein Reflex auf den befürchteten Abstieg der USA als Weltmacht. Hundert Jahre zuvor waren in Washington und Tokyo ähnliche Visionen unter kolonialistischen Vorzeichen formuliert worden.

Ostasien (hier definiert als Nordost- und Südostasien) und der Pazifik wurden bis zum Ende des Kalten Krieges oft als Beispiele für Weltregionen angeführt, die trotz wachsender wirtschaftlicher Interdependenz kein hohes Niveau institutioneller Kooperation erreicht hatten. An dieser Bewertung hat sich bisher trotz neuer institutioneller Ansätze nicht viel geändert. Verglichen mit Regionalismus-Modellen in Europa, aber auch in Amerika, sind Projekte der pazifischen Zusammenarbeit oberflächlich geblieben. Als Erklärung werden die große wirtschaftliche, politische und kulturelle Heterogenität der Region und der »Netzwerk«-Charakter (im Unterschied zum Weber'schen Institutionenstaat) der ostasiatischen Regionalstaaten angeführt, der formalem Institutionalismus widerspreche.<sup>2</sup>

1 Vgl. z.B. Staffan Burenstam Linder, *The Pacific Century: Economic and Political Consequences of Asian-Pacific Dynamism*, Stanford, CT: Stanford University Press, 1986; William McCord, *The Dawn of the Pacific Century: Implications for Three Worlds of Development*, New Brunswick: Transaction Publishers, 1991; Simon Winchester, *Pacific Rising: The Emergence of a New World Culture*, New York: Prentice Hall, 1991; Frank Gibney, *Pacific Century: America and Asia in a Changing World*, New York: MacMillan, 1992.

2 Vgl. z.B. Peter A. Petri, *The East Asian Trading Bloc: An Analytical History*, in: Jeffrey Frankel/Miles Kahler (Hg.), *Regionalism and Rivalry: Japan and the United States in Pacific Asia*, Chicago: University of Chicago Press, 1993, S. 21–48; Peter J. Katzenstein, *Introduction: Asian Regionalism in Comparative Perspective*, in: ders./Takashi Shiraishi (Hg.), *Network Power: Japan and Asia*, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1997, S. 1–44 (23); Stephan Haggard, *Regionalism in Asia and the Americas*, in: Edward D. Mansfield/Helen V. Milner (Hg.), *The Political Economy of Regionalism*, New York: Columbia Uni-

versity Press, 1997, S. 22–49.

Ostasien hat heute zweifellos das Potential, Europa und Nordamerika als Wirtschaftsmächte herauszufordern, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. Diese Tatsache ist das Ergebnis eines dreißigjährigen, weltweit einmaligen Prozesses nachholender Entwicklung.<sup>3</sup>

**Tabelle 1**  
**Relative wirtschaftliche Potentiale der wichtigsten Wirtschaftsregionen der Welt, 1997 (Mrd. US-Dollar)\***

	BIP (Wechsel- kursbasis)	BIP (Kaufkraft- parität)	Welt- handel	Offizielle Devisen- reserven
Ostasien	6382	9431	1380	668
EU	8093	7559	1640	380
USA	7834	7665	1586	71

\* Zum amtlichen Goldpreis. 140 Mrd. US-Dollar bei Anlegung des Marktwerts von Gold.

Quelle: C. Fred Bergsten, *East Asian Regionalism*, in: *The Economist*, 15.7.2000, S. 19.

Erste Wachstumsimpulse für die damals noch landwirtschaftlich geprägte Region erbrachte nach dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische *roll back*- und *containment*-Politik gegenüber der ostasiatischen Variante des Weltkommunismus. Vor dem Hintergrund der Kriege in Korea (1950–1953) und Vietnam (1945–1954; 1965–1973) öffneten die USA ihre Märkte für regionale Produkte und investierten in die regionale Infrastruktur. »Amerikas »Kalte Kriegs«-Strategie und später Japans ökonomische Interessen [wirkten] bei der Herausbildung einer zunehmend kohärenten Wirtschaftsregion zusammen [...], die im Kern aus den Ländern besteht, die von den regionalen geopolitischen und geoökonomischen Imperativen des Kalten Krieges profitierten.«<sup>4</sup> In den 60er und 70er Jahren gingen die

versity Press, 1997, S. 22–49.

3 Mit »nachholender Entwicklung« sind europäische Phänomene wie Urbanisierung, Alphabetisierung und die Akkumulation von Kapital aus der Landwirtschaft gemeint.

4 Richard Stubbs, *Geo-Politics, Geo-Economics, and the Foundations of Asia-Pacific Cooperation*, Conference on Economic and Security Cooperation in the Asia-Pacific: Agendas for the 1990s, Canberra: Australian National University, Department of International Relations, 28.–30.7.1993, S. 1.

meisten Regionalstaaten von Imports substitution zu (staatszentrischen) exportinduzierten Wachstumsstrategien über.

Zwischen 1960 und 1990 nahm das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den wichtigsten ostasiatischen Ländern<sup>5</sup> um durchschnittlich 5,5 Prozent im Jahr zu, das war etwa doppelt soviel wie in den westlichen Industriestaaten. Wichtigster Motor dieser Entwicklung war die japanische Volkswirtschaft, die zwischen 1960 und 1985 durch den Export von Fertigwaren um jährlich etwa 6 Prozent wuchs und die USA Anfang der 70er Jahre als wichtigste Quelle für Wirtschaftshilfen und Investitionen in Ostasien ablöste.<sup>6</sup> Zwischen 1985 und 1997 entfielen etwa ein Viertel des weltweiten BIP und fast zwei Drittel der weltweiten Investitionen auf Japan, das in den 80er Jahren etwa 75 Prozent des ostasiatischen Inlandsprodukts erwirtschaftete.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre versechsfachte Japan seine Investitionen in der Region, nachdem die Aufwertung des Yen zu einem Rückgang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Volkswirtschaft geführt hatte.<sup>7</sup> Sobald diese einen Technologieschub verzeichnete, verlagerte sie die nunmehr unprofitablen Produktionszweige in Nachbarländer und -territorien wie Südkorea, Taiwan und Hongkong, die dadurch entscheidende Industrialisierungsimpulse erhielten. Stiegen die Herstellungskosten auch dort, wurde die Produktion nach China und Südostasien verlagert.<sup>8</sup> So entstand eine hierarchisch strukturierte, integrierte Regionalwirtschaft, wobei viele Nachbarstaaten Japans Wachstumsstrategie, Produktionstechniken und zum Teil auch -strukturen übernahmen. Japanische Wirtschaftshilfe diente vor allem der Stimulation japanischer Exporte in die

Region, moderne Schlüsseltechnologien wurden nicht weitergereicht.

1990 war Japan führend im Handel mit Ostasien und bei ausländischen Direktinvestitionen in Ostasien.<sup>9</sup> Auch hinter südkoreanischen und taiwanesischen Investitionen verbargen sich vielfach japanisches Kapital und japanisches Know-how. Das Volumen des intraregionalen Handels übertraf erstmals den Umfang des transpazifischen Handels, und einige Beobachter prophezeiten das Entstehen eines Yen-Blocks.<sup>10</sup> Japans Konsumgüter-Importe aus der Region verzeichneten jedoch keine dramatischen Zuwächse. Tokyo sperrte sich insbesondere gegen die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus den Nachbarländern. Die USA blieben der wichtigste Exportmarkt für die Staaten Ostasiens.<sup>11</sup>

In den 80er Jahren war das japanische Wachstum zurückgegangen, während Schwellenländer wie Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand ihr Wachstum vervielfachten und China nach der wirtschaftlichen Öffnung einen spektakulären Wachstumsschub verzeichnete. Zwischen 1980 und 1990 wuchsen die ostasiatischen Volkswirtschaften im Jahresdurchschnitt um 8,4 Prozent, die der atlantischen Industriestaaten nurmehr um 3 Prozent. Der Anteil des intraregionalen Handels am Welthandel Ostasiens blieb in den 90er Jahren mit durchschnittlich etwa 43 Prozent nahezu stabil, wie Tabelle 2 zeigt.<sup>12</sup> Die Zunahme

5 China, Hongkong, Indonesien, Japan, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan und Thailand.

6 Tokyo kam dabei zugute, daß es die Wahrnehmung seiner auswärtigen Sicherheit weitgehend an die USA delegiert hatte.

7 Mitverantwortlich für die regionale Konzentration waren Protektionismus der USA und amerikanische Forderungen nach »gelenktem Handel«, z.B. im Automobilsektor. Vgl. Robert Gilpin, *The Challenge of Global Capitalism: The World Economy in the 21st Century*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2000, S. 269.

8 Dieses sogenannte Fluggänse-Konzept geht auf ein japanisches Modell aus den 30er Jahren zurück. Vgl. Kiyoshi Kojima, *The »Flying Geese« Model of Asian Economic Development: Origin, Theoretical Extensions, and Regional Policy Implications*, in: *Journal of Asian Economics*, 11 (Winter 2000) 4, S. 375–401.

9 Japans Handelsüberschuß mit Ostasien übertraf seit Anfang der 90er Jahre den im Handel mit den USA erwirtschafteten Überschuß.

10 Vgl. z.B. Rudiger Dornbusch, *The Dollar in the 1990s: Competitiveness and the Challenges of New Economic Blocs*, in: *Monetary Policy Issues in the 1990s*, Kansas City, MO: Federal Reserve Bank of Kansas City, 1989; Takatoshi Ito, *The Yen and the International Monetary System*, in: C. Fred Bergsten/Marcus Noland (Hg.), *Pacific Dynamism and the International Economic System*, Washington: Institute for International Economics, 1993, S. 299f.

11 Vgl. Bernard Mitchell/John Ravenhill, *Beyond Product Cycles and Flying Geese: Regionalisation, Hierarchy, and the Industrialisation of East Asia*, in: *World Politics*, 47 (Januar 1995) 2, S. 171–209. 1993 absorbierten die USA 26,4% der ostasiatischen Fertigwaren-Exporte, die EG 15,5% und Japan nur 9,7%. Vgl. Walter Hatch/Kozo Yamamura, *Asia in Japan's Embrace*, New York: Cambridge University Press, 1996, S. 181.

12 Zum Vergleich: pazifisches Becken ca. 70%, Westeuropa ca. 65%, Nordamerika ca. 45%. Vgl. *World Development Indicators*, Washington: Weltbank, 1998. Die entsprechenden Anteile am Welt-BIP beliefen sich 1998 auf ca. 7% für Ostasien, ca. 40% für das pazifische Becken, ca. 20% für Westeuropa, ca. 33% für Nordamerika. Vgl. *Global Economic Prospects and the Developing Countries*, Washington: International Bank for Reconstruction and Development/Weltbank, 2000, S. 152.



dieses Handels um etwa 10 Prozent in den 80er Jahren ließ den Handel mit Nordamerika und Europa unberührt,<sup>13</sup> da er im wesentlichen aus Halbfertigwaren besteht, die in die USA und andere westliche Staaten reexportiert werden.<sup>14</sup>

**Tabelle 2**  
**Anteil des ostasiatischen innerregionalen Handels am ostasiatischen Welthandel, 1993–1999 (in %)**

1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
41,0	42,9	44,0	43,9	43,6	40,5	42,9

Quelle: Direction of Trade Statistics Yearbook 2000, Washington: Internationaler Währungsfonds, 2000.

Im Zuge des wirtschaftlichen Regionalisierungsprozesses konnten vor dem Hintergrund der Industrialisierung des südlichen China spektakuläre Zuwächse in Handel und Investitionen zwischen der Volksrepublik China, Hongkong und Taiwan verzeichnet werden. Fortan sprach man von einem »Großchinesischen Wirtschaftsraum«, zu dem gelegentlich auch die Aktivitäten der Auslandschinesen hinzugezählt wurden.<sup>15</sup> Mitte der 90er Jahre bestand etwa ein Drittel des Welthandels des »größeren China« aus intraregionalem Handel.<sup>16</sup>

Angesichts der führenden Rolle, die Japan in diesem wirtschaftlichen Integrationsprozeß spielte, war es nicht verwunderlich, daß auch die ersten Konzepte für seine institutionelle Einbettung aus Tokyo kamen. Nach dem zweiten Indochinakrieg (1965–73) und dem 1969 eingeleiteten Rückzug der USA vom südostasiatischen Festland schien wirtschaftlicher Multilateralismus in der Region für Tokyo den logischen Ausweg aus einer einseitigen Anbindung an Washington und einer historisch begründeten diplomatischen Manövrierunfähigkeit zu weisen. 1965 schlug ein japanischer Wirtschaftswissenschaftler die Gründung einer Pazifischen Freihandelszone (Pacific

13 Vgl. Mansob *Murshed*, *Globalisation, Integration, and Marginalisation in the New Millennium*, in: Wolfgang *Pape* (Hg.), *Models of Integration in Asia and Europe: Generating Public Space for Our Common Futures*, Luxemburg: Europäische Kommission, 2001, S. 81–95 (83).

14 Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 21.12.2000, S. 63–65.

15 Vgl. David *Shambaugh* (Hg.), *Greater China. The Next Superpower?*, Oxford: Oxford University Press, 1995. Mitte der 90er Jahre wurden fast vier Fünftel aller ausländischen Direktinvestitionen auf dem chinesischen Festland von Auslandschinesen getätigt, die mehrheitlich in Südostasien leben.

16 Vgl. *Direction of Trade Statistics Yearbook 2000*, Washington: Internationaler Währungsfonds, 2000.

Free Trade Area, PAFTA) vor, die aus den fünf Industriestaaten der Region – USA, Kanada, Japan, Australien und Neuseeland – bestehen sollte. Anhaltendes Mißtrauen der Nachbarstaaten gegenüber Japans regionalen Ambitionen verhinderte jedoch die Realisierung dieser Vision.<sup>17</sup>

**Tabelle 3**  
**Anteil der wichtigsten ostasiatischen Handelsstaaten am innerregionalen Handel, 1993–1999 (in %)**

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Japan	30,3	29,2	29,3	27,8	27,0	26,0	26,6
China	26,3	26,2	25,1	25,2	26,8	29,6	27,4
Südkorea	10,0	10,0	10,7	11,1	10,9	10,0	10,9
Singapur	12,2	13,1	13,0	13,0	12,8	12,2	11,8

Quelle: *Direction of Trade Statistics Yearbook 2000*, Washington: Internationaler Währungsfonds, 2000.

In den folgenden drei Jahren wuchs der japanische Südostasienhandel von 1,7 auf 2,6 Milliarden US-Dollar, der mit Australien von 0,8 auf 1,3 Milliarden US-Dollar. 1966 trafen sich Minister aus neun ostasiatischen Staaten in Tokyo zu einer ersten »Konferenz über asiatische Entwicklung«. Im selben Jahr wurde die Asiatische Entwicklungsbank (Asian Development Bank, ADB) unter japanischer Leitung mit zwanzigprozentiger japanischer Kapitalbeteiligung gegründet. Zuvor hatte Premierminister Eisaku Sato während einer Reise durch die Staaten des pazifischen Asien auf die Unterschiede in der japanischen und amerikanischen Indochinapolitik hingewiesen.<sup>18</sup> Nur wenige Wochen nach dem Pariser Friedensabkommen für Vietnam nahm Japan 1973 diplomatische Beziehungen zu Hanoi auf und gewährte noch nach der gewaltsamen Wiedervereinigung des Landes im November 1975 Wiederaufbauhilfe in Millionenhöhe, die nicht zurückgezahlt werden mußte. Drei Jahre später hatte Tokyo alle Konkurrenten im Vietnamgeschäft abgeschlagen.

Doch die japanische Wirtschaft folgte der Politik nicht mit fliegenden Fahnen. Die im August 1977 von Premierminister Takeo Fukuda für Südostasien proklamierte und nach ihm benannte Doktrin, derzufolge

17 Vgl. Stephen J. *Anderson*, *Japan as an Activist State in the Pacific Basin: Japan and Regional Organisations*, in: *The Journal of East Asian Affairs*, 7 (Winter/Frühjahr 1992/93) 1, S. 498–543.

18 Tokyo hat seither wiederholt in indochinesischen Konflikten vermittelt. Vgl. Sueo *Sudo*, *Japan and the Security of Southeast Asia*, in: *The Pacific Review*, 4 (1991) 4, S. 333–344.

die Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen (Association of Southeast Asian Nations, ASEAN, s.u.) Japans gleichberechtigter Partner werden sollte, erbrachte für die wirtschaftliche Zusammenarbeit keine wesentlich neuen Impulse.

Die ersten institutionellen Fortschritte wurden zunächst im nichtstaatlichen Bereich erzielt. 1967 wurde von Unternehmern aus den fünf pazifischen Industriestaaten der Wirtschaftsrat für das Pazifische Becken (Pacific Basin Economic Council, PBEC) gegründet, der 1992 Vertreter aus 16 Ländern umfaßte. Wissenschaftler tagten parallel im Rahmen der Konferenz für Pazifischen Freihandel und Entwicklung (Pacific Free Trade and Development, PAFTAD).

1978 beauftragte der japanische Premierminister Masayoshi Ohira eine Expertengruppe mit der Erarbeitung von Perspektiven für die transpazifische Zusammenarbeit, aus der zwei Jahre später eine japanisch-australische Initiative zur Gründung der Konferenz für Pazifische Wirtschaftszusammenarbeit (Pacific Economic Cooperation Council, PECC) mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft hervorging. Im November 1986 verabschiedete die PECC Grundsätze für die regionale ökonomische Kooperation: Lateinamerikanische und sozialistische Staaten erhielten Beobachterstatus; 1991 wurden Mexiko, China, Taiwan und Hongkong Vollmitglieder.

Die Vorstellung, daß das schwach integrierte Ostasien in den vergangenen Jahrzehnten von zwischenstaatlichen Konflikten ähnlich verschont geblieben ist wie das hochgradig integrierte Westeuropa – und insofern ein alternatives Regionalismus-Modell verkörpert –, trifft allerdings nur bedingt zu. Zum einen war die Region einer der Schauplätze der heißen Konflikte des Kalten Krieges, der zum Teil ältere binnen- und zwischenstaatliche Konflikte überlagerte und verstärkte; zum anderen gibt es hier anhaltende Nachwehen dieser Konstellation in der Taiwan-Straße und auf der koreanischen Halbinsel. Sogar innerhalb der ASEAN konnten Territorialstreitigkeiten allenfalls ruhiggestellt werden, seit Ende des Kalten Krieges zeichnen sich neue Konfliktlinien ab. Wenn Spannungen im Unterschied zu (insbesondere) afrikanischen und mittelöstlichen Konstellationen bislang nicht eskaliert sind, dann aufgrund komplizierter Wechselwirkungen zwischen Pax Americana und exportinduzierten Entwicklungsstrategien, nicht aufgrund autochthoner Regionalismus-Varianten.

## Externe und interne Förderatoren

Wie das vorangehende Kapitel belegt, können wirtschaftliche bzw. militärische Vormächte Regionen vorstrukturieren und zur innerregionalen Interdependenz beitragen. Aber sie werden deshalb nicht automatisch zu Vorreitern von Regionalismus. So ist durchaus umstritten, ob die jüngste weltweite Regionalismuswelle auf Frustrationen der USA über den schleppenden Fortschritt im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (General Agreement on Tariffs and Trade, GATT) Anfang der 80er Jahre und den drohenden Verlust der eigenen wirtschaftlichen Vormachtstellung zurückzuführen ist (s.u.).<sup>19</sup> Große Mächte können allerdings als Katalysatoren für Regionalismus fungieren, wenn sie den Eindruck erwecken, zur Stabilisierung des regionalen Umfelds beizutragen. Im folgenden sollen die wichtigsten internen und externen Akteure daraufhin geprüft werden, ob sie diesen Anforderungen in Ostasien gerecht geworden sind oder künftig gerecht werden können.<sup>20</sup>

### Die USA: Der »benign balancer«

Seit Ende des Pazifischen Krieges (1941–1945) und dem Abzug Großbritanniens »östlich von Suez« (1967) sind die USA die wichtigste Militärmacht im pazifischen Asien. Ihr Rückzug vom südostasiatischen Festland (1969–1973) und die anschließenden kommunistischen Siege in Indochina führten dazu, daß sich Washington auf die wichtigsten Seeverkehrswege konzentrierte und den regionalen Status quo von dort aus erfolgreich verteidigte. Pläne für eine Reduzierung der amerikanischen Militärpräsenz im westlichen Pazifik wurden 1994 auf Eis gelegt, nachdem die Auflösung der Stützpunkte auf den Philippinen und neue Spannungen auf der koreanischen Halbinsel in weiten

<sup>19</sup> Vgl. Richard E. Baldwin, *The Causes of Regionalism*, in: *The World Economy*, 20 (November 1997) 7, S. 865–888.

<sup>20</sup> Wenn ein vereintes Korea in diesem Zusammenhang nicht genannt wird, dann aufgrund der anhaltenden Unwägbarkeiten des Wiedervereinigungsprozesses und der Tatsache, daß dieses von größeren und tendenziell mächtigeren Nachbarn umgeben wäre. Seoul wird bisher zu sehr von der Koreafrage in Anspruch genommen, um regionale Ambitionen systematisch zu verfolgen.

Teilen der Region Sorgen vor einem Machtvakuum hervorgerufen hatten, das von aufsteigenden Mächten wie der Volksrepublik China hätte besetzt werden können. Washington galt im Vergleich mit solchen Akteuren als »wohlgesinnte Gegenmacht«, die während des Kalten Krieges weitgehend darauf verzichtet hatte, den regionalen Partnern ihre Weltordnungsvorstellungen aufzuzwingen.

Seither haben sich die Clinton- und die Bush-Junior-Administration zur Aufrechterhaltung einer vorwärts stationierten Militärpräsenz von etwa 100 000 Mann bekannt. Sie bauten ihre Allianzen mit Japan, Südkorea, Australien, den Philippinen und Thailand aus und ergänzten sie um sektorale Abkommen mit Singapur, Malaysia und Indonesien über Ausbildung, Landrechte, Wartung etc. Ernsthaftige staatliche Herausforderer sind mittelfristig nicht erkennbar. In den USA selbst bestehen allerdings seit Ende des Kalten Krieges Zweifel, ob man zwei gleichzeitig ausbrechende militärische Krisen (z.B. im Golf und auf der koreanischen Halbinsel) erfolgreich bekämpfen kann. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben dieses Gesamtbild in einem noch nicht abzuschätzenden Ausmaß verändert.

Eine anhaltend wichtige Rolle der USA in Ostasien leitet sich sowohl aus ihrer relativen Machtposition im Pazifik her (vgl. Tabelle 4, S. 12) als auch aus der bleibenden Bedeutung des amerikanischen Marktes für ostasiatische und pazifische Exporte (vgl. Tabelle 6, S. 12). Die Bedeutung des amerikanischen Marktes für ostasiatische Exporteure ging zwar nach Ende des Kalten Krieges vorübergehend zurück, die USA blieben jedoch wichtigster Abnehmer regionaler Produkte und konnten diese Position im Kontext der Ostasienkrise von 1997/98 (s.u.) sogar noch ausbauen – ein Umstand, der die Sensibilität der Region für konjunkturelle Entwicklungen jenseits des Pazifik begründet. Während der Anteil des amerikanischen BIP am gesamt-pazifischen BIP zwischen 1988 und 1998 mit 50 Prozent konstant blieb, hat sich die relative Machtposition Japans in Ostasien im selben Zeitraum geringfügig verschlechtert (vgl. Tabelle 5, S. 12).

Hatte Washington bis in die 60er Jahre kooperative Projekte im nichtsozialistischen Teil der Region

begrüßt und gefördert,<sup>21</sup> so waren die 70er Jahre durch ein gewisses amerikanisches Mißtrauen gegenüber der ASEAN als einzigem zwischenstaatlichen Forum geprägt, da die Gemeinschaft zu dieser Zeit Neutralisierungskonzepte erörterte (s.u.). Als diese Option vor dem Hintergrund des Dritten Indochinakrieges (1978–1991) faktisch aufgegeben wurde, entdeckten die USA die ASEAN einmal mehr als »strategischen Partner« und beteiligten sich an ihren sogenannten Postministeriellen Konferenzen, sowie seit 1994 am sicherheitspolitischen ASEAN Regional Forum (ARF, s.u.).

**Tabelle 4**  
**Relative Machtpositionen der USA und Japans im Pazifik, 1988–1998 (nationale BIPs als Anteile am regionalen BIP, %, Wechselkursparität)**

	1988	1998
USA	50	50
Japan	25	25

Quelle: United Nations Statistical Yearbooks, New York: Vereinte Nationen, diverse Bände.

**Tabelle 5**  
**Relative Machtpositionen Japans und Chinas in Ostasien, 1988–1998 (nationale BIPs als Anteile am regionalen BIP, %, Wechselkursparität)**

	1988	1998
Japan	75	67
China	11	15

Quelle: Ebd.

**Tabelle 6**  
**Anteile der USA und Japans am ostasiatischen Gesamtexport (%), Wechselkursparität)**

	1	1993	1999
USA		24	35
Japan		7,5	11

Quelle: Direction of Trade Statistics Yearbook, Washington: Internationaler Währungsfonds, diverse Bände.

Washingtons ordnungspolitische Rolle war in all diesen Jahren zwiespältig. Während des Kalten Krieges

<sup>21</sup> So stellte Präsident Lyndon Johnson 1965 für »kooperative Entwicklungsprojekte« in Südostasien einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar in Aussicht. Vgl. Lyndon B. Johnson, Speech Delivered at Johns Hopkins University, Washington (Department of State Bulletin), 26.5.1965, S. 606–610.

und des sino-sowjetischen Konflikts versuchten die USA kaum, hinsichtlich der Menschen- und Arbeiterrechte, der Demokratie und der Umweltpolitik Einfluß zu nehmen. Nach Ende des Kalten Krieges bekannte sich die Clinton-Administration anfänglich zwar auch in Ostasien zum *enlargement* des demokratisch-marktwirtschaftlichen Lagers, ließ diese Forderung aber schon 1994 angesichts von Widerstand in China und in den meisten südostasiatischen Staaten wieder fallen.<sup>22</sup> Nach Ausbruch der Ostasienkrise wurde das Konzept insbesondere in Indonesien wieder eingesetzt, bis sich die Bush-Administration 2001 entschied, ihre Beziehungen zu den wichtigsten Staaten der Region generell wieder aufzuwerten. Schon zuvor hatte es auch im nichtkommunistischen Lager Verweigerer wie Malaysia oder Singapur gegeben, die sich zwar grundsätzlich zur Marktwirtschaft, nicht aber zur pluralistischen Demokratie bekennen wollten.

### Japan: Der Vorbestrafte

Japan bliebe auch nach der Ostasienkrise angesichts seines wirtschaftlich-technologischen Potentials (vgl. nebenstehende Tabellen) wichtigster regionaler Kandidat für die Übernahme einer führenden Rolle. Doch die jüngere japanische Geschichte und Tokyos andauernder Verzicht auf ein eigenes sicherheitspolitisches Profil machen dies bislang unmöglich.

Artikel 9 der japanischen Verfassung von 1947 verbietet das Führen von und die Drohung mit Krieg, was im japanischen Verständnis auch eine Beteiligung an Mechanismen kollektiver Verteidigung ausschließt. Allerdings wurde diese Norm mit den Jahren ausgehöhlt: 1954 wurden die sogenannten »Selbstverteidigungs-Streitkräfte« (Self Defence Forces, SDF) aufgebaut, in den 80er Jahren der Verteidigungsperimeter von 200 auf 1000 Seemeilen südöstlich von Tokyo ausgeweitet und 1992 die Teilnahme an friedenerhaltenden Maßnahmen der Vereinten Nationen konditioniert ermöglicht. Im übrigen räumte der japanisch-amerikanische Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit von 1960 den SDF nur für den Fall eines direkten Angriffs auf japanisches Territorium eine Rolle ein. Diese Beschränkung erschien nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend inadäquat.

<sup>22</sup> Eine signifikante Ausnahme blieb Birma, gegen das die USA 1990 und 1997 Sanktionen verhängten.

Anfang der 90er Jahre erschien das japanisch-amerikanische Bündnis wegen eskalierender Handelskonflikte, Ungewißheit bezüglich der Pazifikstrategie der USA, anhaltender Kontroversen über die amerikanischen Stützpunkte auf Okinawa und über Tokyos finanziellen Beitrag zur Stationierung der 47 000 GIs sowie wegen einer ansatzweisen Regionalisierung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik (s.u.) geschwächt. Konsequenzen aus dieser Diagnose waren die erste Revision der japanischen National Defence Programme Outline (von 1976) 1995, eine amerikanisch-japanische Sicherheitserklärung 1996 und die Revision der Richtlinien (von 1978) für die bilaterale Verteidigungszusammenarbeit 1997. Die revidierten Richtlinien definieren erstmals die Aufgabenverteilung zwischen den SDF und den amerikanischen Streitkräften in »(Krisen-) Situationen in Gebieten im Umfeld Japans«, wobei den SDF vornehmlich Verantwortung für Aufklärung, Nachschub und Minenräumaktionen übertragen wurde.<sup>23</sup> Ein entsprechender Gesetzentwurf passierte 1999 gegen den Widerstand der wichtigsten Oppositionsparteien das Parlament. Ein Jahr zuvor hatte Tokyo nach dem Teststart einer nordkoreanischen Langstreckenrakete über japanischem Territorium das amerikanische Angebot angenommen, gemeinsam ein satellitengestütztes Raketenabwehrsystem für den Kriegsschauplatz (Theatre Missile Defence, TMD) zu entwickeln. Im Oktober 2001 verabschiedete das Unterhaus in Tokyo ein Antiterrorismus-Gesetz, das erstmals die Möglichkeit einer logistischen Beteiligung der SDF an Einsätzen außerhalb des engeren geographischen Umfeldes eröffnet.

Somit war der Rahmen für eine aktivere sicherheitspolitische und militärische Rolle Japans innerhalb einer wiederbelebten Allianz mit den USA abgesteckt. Einfache Antworten auf die unmittelbar einsetzende nationale und internationale Kritik fand die japanische Politik jedoch nicht. Der stärkste externe Widerspruch kam aus China, wo man die Allianz in den Jahren zuvor vornehmlich deshalb geduldet hatte, weil sie Tokyo an eine »militärische Kette« legte.<sup>24</sup> Wenn Peking das Bündnis mittlerweile

öffentlich nicht mehr akzeptieren mochte,<sup>25</sup> dann weil die Volksrepublik sowohl die Revision der Verteidigungsrichtlinien als auch das TMD-Projekt auf Taiwan-Szenarien bezog.

Im übrigen begründete China seine ablehnende Haltung ausdrücklich historisch. Während eines Besuchs in Tokyo im November 1998 warnte der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin seine Gesprächspartner und »hochrangige Personen« in Japan vor Geschichtsfälschung. Es kam zu einer ergebnislosen Kontroverse über die von Peking verlangte schriftliche Entschuldigung für japanische Kriegsverbrechen.<sup>26</sup>

Drei Jahre zuvor hatte Jiang in Seoul die Zukunft der chinesisch-japanischen Beziehungen davon abhängig gemacht, ob sich Tokyo »eine korrekte Sicht seines früheren Militarismus« zu eigen mache bzw. inwieweit sich »eine militaristische Minderheit in Japan« durchsetze.<sup>27</sup> Die Wahl des Ortes war kein Zufall, zählten doch beide Koreas zu den ostasiatischen Staaten, die die meisten Vorbehalte gegenüber dem Kaiserreich hegten. 2001 kritisierten China und Südkorea Japan wegen der Weigerung, Schulbücher zu überarbeiten, die revisionistische Deutungen der japanischen Rolle im Pazifischen Krieg enthielten. Im Juli forderte das südkoreanische Parlament die Regierung zu einer Überprüfung des gesamten Verhältnisses zu Tokyo auf.<sup>28</sup>

Während solche Vorbehalte in Südostasien weniger ausgeprägt waren, wurden japanische Vorschläge für gemeinsame ordnungs- und sicherheitspolitische Konzepte dort regelmäßig verwässert (s.u.). Gleichzeitig

nisses mit den USA aufgerufen. Vgl. Robert Manning, Burdens of the Past, Dilemmas of the Future: Sino-Japanese Relations in the Emerging International System, in: The Washington Quarterly, 17 (1993) 1, S. 45–58 (56f).

<sup>25</sup> So der stellvertretende Stabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee in einem Gespräch mit japanischen Parlamentariern im Juni 1997. Vgl. Kyodo News Service, engl., 8.6.1997, zitiert in: Summary of World Broadcasts, FE/3017/G/2 vom 6.9.1997.

<sup>26</sup> Vgl. Asia 2000 Yearbook, Hongkong 2000, S. 13. Der japanische Premierminister Tomiichi Murayama hatte sich 1995 mündlich für die Invasion Chinas entschuldigt.

<sup>27</sup> Vgl. die südkoreanische Agentur Yonhap, zitiert in: Summary of World Broadcasts, FE/2461/D/4–5 vom 11.6.1995.

<sup>28</sup> Vgl. Kyodo News Service, 18.7.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 18.7.2001 (online). Damit stand auch die von Südkoreas Präsident Kim Dae-chung 1998 eingeleitete Normalisierung der Beziehungen zu Japan auf dem Prüfstand. Kim hatte unter anderem militärische Beziehungen angeknüpft und vereinbart, gemeinsam mit Tokyo auf die Schaffung eines subregionalen Sicherheitsforums hinzuarbeiten.

<sup>23</sup> Darüber hinaus bieten die revidierten Richtlinien eine Grundlage für die Nutzung japanischer Flughäfen und Häfen durch die amerikanische Armee. Vgl. Joint Statement US-Japan Consultative Committee, Washington: Office of Assistant Secretary of Defence, 23.9.1997.

<sup>24</sup> China hatte Japan allerdings Anfang der 80er Jahre vor dem Hintergrund des sino-sowjetischen Konflikts zu größeren militärischen Eigenanstrengungen im Rahmen des Bünd-

beförderte die Administration von George Bush Junior Japan Anfang 2001 zum »wichtigsten Element unserer pazifischen Präsenz«<sup>29</sup> und erhöhte damit einmal mehr den Druck in die andere Richtung. Tokyo reagierte mit einem Schlingerkurs aus amerikafreundlicher und amerikakritischer Rhetorik und trug so auf allen Seiten zu neuen Mißverständnissen bei.

Während das Risiko für die USA, sich in regionale Konflikte verwickeln zu lassen, zunahm, schwand sowohl die regionale Akzeptanz der theoretischen Führungsmacht Japan als auch seine Verlässlichkeit als Bündnispartner. Gleichzeitig untergrub eine anhaltende wirtschafts- und innenpolitische Krise sowohl in den USA als auch in Teilen Ostasiens das Interesse an einer prominenteren Rolle Tokyos in der Region.

Bereits 1990 war Japans doppelte »Spekulationsblase« an den Aktien- und Immobilienmärkten geplatzt. Wiederholte Versuche, die Konjunktur durch Geldinfusionen zu beleben, scheiterten, und in den 90er Jahren erzielte das Kaiserreich selten mehr als ein Prozent Wirtschaftswachstum. Die Bilanzen der Banken wiesen nichtrückholbare Kredite aus, die Konsumenten verweigerten den Konsum, und die Verschuldung der öffentlichen Hand näherte sich einer Größenordnung von 130 Prozent am BIP. War Investitionskapital bis dahin durch Konsumverzicht der Arbeitnehmer und enge Beziehungen zwischen Staat und Privatwirtschaft künstlich billig gehalten worden, so erreichte die regionale Krise 1997 auch Japan und führte dort zu einer bisher nicht gekannten Arbeitslosigkeit von etwa fünf Prozent.

### China: Der Revisionist

China wird in Ostasien seit Ende des Kalten Krieges als aufsteigende Macht betrachtet, der schon aufgrund ihrer Größe, Geschichte und kulturellen Ausstrahlung eine führende Rolle zukommt. China hätte aufgrund seines Wirtschaftswachstums die Kapazität, ab 2018 Japan und drei Jahre später die USA zu überrunden. Dieser potentielle Aufstieg wird in der Region vor allem deshalb mit gemischten Gefühlen gesehen, weil er mit territorialen Ansprüchen einhergeht und jene Pax Americana in Frage stellt, von der die Mehrzahl der Staaten bisher wirtschafts- und sicherheitspolitisch profitiert hat. Ähnliche Befürchtungen bestehen

aber auch hinsichtlich eines Zerfalls der Volksrepublik. Wengleich beide Perspektiven nicht ganz auszuschließen sind, bleibt eine Entwicklung wahrscheinlich, bei der ökonomischer und politischer Imperativ letztlich nicht vereinbar sind: Der Beitritt zur Welt handelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) dürfte kurzfristig weiter zur Massenarbeitslosigkeit beitragen, ohne das Problem der Unterbeschäftigung mittelfristig zu lösen. Eine zunehmend delegitimierte chinesische Regierung könnte einen Schlingerkurs zwischen Öffnung und Nationalismus fahren.

Peking erhebt großräumige territoriale Ansprüche im Süd- und Ostchinesischen Meer sowie auf das Staatsgebiet der Republik China auf Taiwan. Diese Ansprüche sind zwar vorerst nicht durchsetzbar, da Peking nicht über genügend Machtmittel verfügt, aber das Land ist schon heute in der Lage, kleinere Nachbarn einzuschüchtern, und könnte im Falle eskalierender innerer Probleme die diplomatische und militärische Ratio aus den Augen verlieren.

Während Südkorea eine wichtigere chinesische Rolle in der Region seit Ende des Kalten Krieges mit Blick auf die eigenen Interessen auf der koreanischen Halbinsel begrüßt, stehen die übrigen Regionalstaaten einer solchen Entwicklung unterschiedlich zurückhaltend gegenüber. Japan schwankt zwischen kulturell inspirierter Bewunderung und Überheblichkeit. Seit 1993 interpretiert Tokyo die chinesische Aufrüstung als Risiko. Ein bilateraler sicherheitspolitischer Dialog hat nur bescheidene Ansätze für Vertrauensbildung erbracht, und 1995 kürzte Japan vorübergehend seine Wirtschaftshilfe für die Volksrepublik wegen anhaltender chinesischer Atomwaffentests. 2001 verlangte der japanische Finanzminister erneut Kürzungen bei Hilfsprogrammen für »aufstrebende Militärmächte« wie China.<sup>30</sup> Zuvor hatte das Ansehen der Volksrepublik in der japanischen Öffentlichkeit wegen Aufrüstung und anhaltender historischer Vorhaltungen einen Tiefststand erreicht.<sup>31</sup>

Hinzu kommt ein schwelendes Territorialproblem. Zwischen 1997 und 2000 drangen chinesische Aufklärungsschiffe wiederholt in Japans ausschließliche Wirtschaftszone ein. Zu ähnlichen Vorfällen war es zuvor in Gewässern um die von Peking beanspruchten und von Tokyo kontrollierten Senkaku-Inseln nordöstlich von Taiwan gekommen. 2001 verhängten beide Seiten Importbeschränkungen gegeneinander. Den-

<sup>29</sup> So der amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld laut *The Pacific Stars and Stripes* (Honolulu), 12.5.2001, zitiert in: *Napsnet Daily Report*, 15.5.2001 (online).

<sup>30</sup> Vgl. *Agence France-Presse*, 17.7.2001, zitiert ebd., 18.7.2001.

<sup>31</sup> Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 19.10.2000, S. 20f.

noch bleibt Japan Chinas wichtigster und China Japans zweitwichtigster Handelspartner.<sup>32</sup> Die sicherheitspolitischen Imperative divergieren aber zunehmend.

Während Peking seine Beziehungen zu den Staaten des südostasiatischen Festlandes seit Ende des kambodschanischen Konflikts 1991 systematisch ausgebaut hat, bestehen Vorbehalte gegen eine wichtigere chinesische Rolle weiterhin in Vietnam und unter den übrigen Anrainern des Südchinesischen Meeres. Diese konkurrieren mit China nicht nur um westliches Kapital und westliche Technologien; sie sind auch von der maritimen Expansion der Volksrepublik am stärksten betroffen. Gleichzeitig möchten diese ASEAN-Staaten vermeiden, China durch Vorbereitung auf kollektive Verteidigung zu provozieren. Sie verlassen sich grundsätzlich weiterhin auf militärischen Rückhalt bei den USA. Weil sie aber mittlerweile ihr größtes sicherheitspolitisches Risiko im Übergreifen nordostasiatischer Konflikte auf Südostasien verorten, sind sie – mit Ausnahme Singapurs – an einer massiven amerikanischen Truppenpräsenz in Südostasien nicht mehr interessiert. Daran hat bisher auch die neue Lage nach dem 11. September 2001 nichts geändert.

## Indonesien: Der gefesselte Riese

Indonesien ist bevölkerungsmäßig das viertgrößte Land der Welt und de facto die größte islamische Nation, obwohl der Islam in Indonesien nicht Staatsreligion ist. Zwischen 1967 und 1998 war Jakarta der »interne Förderator« und die unausgesprochene Vormacht der ASEAN, deren Gründung erst auf der Grundlage eines Kompromisses möglich wurde, mit dem Indonesien einerseits eingebunden, andererseits aber mit einem inoffiziellen Vetorecht ausgestattet wurde – ähnlich wie Deutschland innerhalb der EWG (s.u.). Darüber hinaus war Jakarta innerhalb der Blockfreienbewegung, der Organisation der Islamischen Konferenz (Organisation of the Islamic Conference, OIC) oder der Organisation Erdölexportierender Staaten (Organisation of Petroleum-Exporting Countries, OPEC) auch um weltweite Profilierung bemüht.

Indonesiens inoffizielle Führungsrolle innerhalb

<sup>32</sup> Dabei hat die Bedeutung des Chinahandels für Japan in den 90er Jahren zugenommen, die Bedeutung des Japanhandels für China aber abgenommen. Vgl. Marie Söderberg, *China and Japan: Complementing Powers or Competitors?*, Stockholm, unveröffentlichtes Manuskript (18th Sino-European Conference, 21.–23.9.2001), S. 7.

der ASEAN hatte bereits in den 80er Jahren erste Herausforderungen erfahren, als der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad mit einigem Erfolg versuchte, Präsident Ahmad Suharto durch kategorische Stellungnahmen zu regionalen und globalen Fragen als Sprecher Südostasiens abzulösen. Vor dem Hintergrund des kambodschanischen Bürgerkrieges (1978–1991) und der Norderweiterung der Gemeinschaft ab 1995 setzte sich Thailand an die Spitze einer prochinesischen Tendenz, die Jakarta früher oder später zu isolieren drohte.

Suharto wurde im Mai 1998 ein Opfer der regionalen Krise, und die seitherigen Versuche seiner demokratisch gewählten Nachfolger, die Erfordernisse der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Reformen miteinander zu verbinden, haben Jakarta als regionalen Akteur weitgehend gelähmt. Mit dieser Lähmung gehen zunehmend separatistische und fundamentalistische Risiken einher. Nachbarn wie Malaysia und Singapur empfinden die wachsende Fragmentierung des riesigen Archipels als unmittelbare Bedrohung; Koordinationsfähigkeit und weltweites Gewicht der Gemeinschaft wurden in Mitleidenschaft gezogen. Unter solchen Umständen konnten die außenpolitischen Profilierungsversuche der Suharto-Nachfolger keine Erfolge zeitigen.<sup>33</sup>

## Thailand: Vormacht in Grenzen

Weil Bangkok und Jakarta etwa zeitgleich Opfer der Ostasienkrise geworden waren, folgte nach dem Niedergang Indonesiens ab Ende der 90er Jahre kein Aufstieg Thailands zur südostasiatischen Vormacht. Darüber hinaus würde sich eine thailändische Einflußzone aus materiellen und immateriellen Gründen im wesentlichen auf das südostasiatische Festland beschränken und auch hier Widerspruch hervorrufen – etwa in Vietnam.

Thailand hatte die Grundlagen für eine solche Einflußzone 1998 mit Ausscheiden aus der ASEAN-Front gegen das damals noch provietnamesische Regime in Phnom Penh gelegt und seither insbesondere wirtschaftlich enge Beziehungen zu den Nachbarn Kambodscha, Birma, Laos und Vietnam gepflegt. Bangkok

<sup>33</sup> Der wichtigste dieser Versuche war der 1999 von Präsident Abdulrahman Wahid gemachte Vorschlag, eine »asiatische Achse« mit den Mitgliedern China, Indonesien und Indien zu schaffen, für die Singapur und Japan Kapital und Technologie zur Verfügung stellen sollten. Vgl. *Asia 2000 Yearbook*, Hongkong 2000, S. 131.

hat zudem seit Ende der 70er Jahre ein enges Verhältnis zu China etabliert und kooperiert mit den genannten Ländern im Rahmen der sogenannten »Mekong-Zusammenarbeit«, einem potentiellen Gegenentwurf zur ASEAN.



## Ostasienkrise: Krise und Chance des Regionalismus

Die Krise der ostasiatischen Volkswirtschaften und politischen Systeme begann im Juli 1997 an der Bangkokener Börse. Aber wenn sie sich anschließend flächenbrandartig ausbreitete, dann weil Japans regionale Produktionsnetzwerke sowie auslandschinesische Geschäftsnetzwerke<sup>34</sup> als Transmissionsriemen funktionierten. Das Wachstum in Japan stagnierte seit 1990, der Yen hatte gegenüber dem US-Dollar an Wert verloren, und die japanischen Investitionen in der Region waren rückläufig. Gleichzeitig waren arbeitsintensive Branchen wie die Halbleiterproduktion in Thailand, Malaysia, Indonesien und auf den Philippinen für Fluktuationen am Weltmarkt extrem anfällig. Wettbewerbsdruck aus der Volksrepublik China trug zu den hohen Leistungsbilanzdefiziten bei.<sup>35</sup>

Am 2. Juli 1997 wurde der Wechselkurs des thailändischen Baht nach erfolglosen Rettungsversuchen freigegeben und fiel schlagartig um 15 Prozent. Es folgten die indonesische Rupiah, der malaysische Ringgit und der philippinische Peso. Sogar der vergleichsweise stabile Singapur-Dollar mußte Kurs einbußen hinnehmen. Im Oktober griff die Finanzkrise auf Nordostasien über und erfaßte Hongkong, Südkorea und schließlich Japan.

Devisenspekulanten waren nahezu überall in Ostasien auf ähnlich günstige Ausgangsbedingungen gestoßen: Wettbewerbsverluste durch eine 40prozentige Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem Yen in den Jahren 1995 und 1996 (die Währungen der »Tigerwirtschaften« waren an den Dollar gekoppelt) und eine Abwertung des chinesischen Renminbi im Jahr 1994 um 50 Prozent; Rückgang des amerikanischen Anteils an ostasiatischen Textilexporten nach Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone (North American Free Trade Area, NAFTA) 1994; stagnierende Nachfrage nach Produkten der regionalen Elektroindustrie in Kontinentaleuropa und Japan.

<sup>34</sup> Die ca. 40 Millionen Auslandschinesen in Südostasien verfügen über ein akkumuliertes Kapital in Höhe von etwa 200 Mrd. US-Dollar. Vgl. Joshua Kurlantzick, *Is East Asia Integrating?*, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Herbst 2001) 4, S. 19–28 (25).

<sup>35</sup> Vgl. Dajin Peng, *The Changing Nature of East Asia as an Economic Region*, in: *Pacific Affairs*, 75 (Sommer 2000) 2, S. 171–191 (188).

Die betroffenen Regierungen hatten ihren rasch wachsenden Leistungsbilanzdefiziten zunächst keine Aufmerksamkeit geschenkt, weil sie glaubten, daß diese vor allem höhere Investitionen und damit künftige Wettbewerbsvorteile reflektierten.<sup>36</sup> Das hätte jedoch vorausgesetzt, daß intelligent und produktiv investiert wurde. Dies war aber häufig nicht der Fall. Mischkonzerne mit Verbindungen zu den Schaltstellen der Macht hatten jahrzehntelang kurzfristige Kredite im In- und Ausland aufgenommen. Bankkredite machten etwa 70 Prozent aller Kapitalimporte aus, während es in westlichen Industriestaaten weniger als 50 Prozent waren. Die Dollarschulden waren rapide gewachsen, und im Gegensatz zu ausländischen Direktinvestitionen waren Portfolioinvestitionen kein brauchbares Mittel, um Leistungsbilanzdefizite dauerhaft abzubauen. Die meisten Banken in Südkorea, Indonesien und Thailand waren technisch bankrott, lehnten es aber ab, ausländische Partner zu suchen. Viel Kapital floß in Immobilienprojekte oder schuf Überkapazitäten im Exportsektor. Verglichen mit der Produktivität, stiegen die Löhne unverhältnismäßig schnell. Zudem fehlten in den südostasiatischen Krisenstaaten für einen Übergang zu kapital- und technologie-intensiver Produktion qualifizierte Facharbeiter und Manager; korrupte Politiker beteiligten sich an der allgemeinen Fehllenkung von Ressourcen.

Bis Jahresende 1997 waren die meisten ostasiatischen Währungen um 30 bis 70 Prozent entwertet und die Kurse an den regionalen Aktienmärkte verfallen. Thailand, Indonesien und Südkorea erhielten Hilfe vom Internationalen Währungsfonds (IWF), ließen ihre Währungen floaten, hoben die Zinssätze zwecks Stabilisierung der Währungen und Verhinderung von Kapitalflucht an, bauten Subventionen für Grundnahrungsmittel, Kraftstoffe und elektrischen Strom ab, stornierten große Infrastrukturprojekte und begannen mit der Öffnung ihrer Kapitalmärkte. Anfang 1998 war nur noch der Hongkong-Dollar an den US-Dollar geknüpft. Das gesamtregiona-

<sup>36</sup> Vgl. Leif Roderick Rosenberger, *Southeast Asia's Currency Crisis. A Diagnosis and a Prescription*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 19 (Dezember 1997) 3, S. 223–251.

le Wachstum stagnierte oder war rückläufig. Die Arbeitslosigkeit erreichte historische Höchststände.

1998 revidierte der IWF angesichts verbreiteter Kritik seine Politik des knappen Geldes und trug damit zu einer makroökonomischen Erholung bei, die durch die niedrigen Wechselkurse induziert worden war. Südkorea und Thailand verzichteten auf die Auszahlung der letzten Tranchen aus den Krisenprogrammen des Fonds. Gleichzeitig nahm die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu, und der mikroökonomische und politische Reformelanschwand erkennbar.<sup>37</sup> Auf den Philippinen, in Indonesien und Thailand erlebte die traditionelle Patronagepolitik eine Renaissance.

Malaysia hatte auf die Unterstützung des IWF verzichtet und im September 1998 Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, die Staatsausgaben erhöht und damit seinerseits eine makroökonomische Stabilisierung erzielt. Dennoch stagnierte die Binnennachfrage, die Investoren blieben aus, und es gab nur halbherzige Bemühungen um mikroökonomische Reformen.<sup>38</sup> Wie schon zuvor in Japan erwies sich auch hier, daß das Ausmaß der Reformbereitschaft von der Höhe des auswärtigen Drucks abhängig war.

2001 sahen sich nicht nur die Krisenstaaten, sondern auch vergleichsweise stabile Volkswirtschaften wie die taiwanesischen und die singapurischen angesichts der konjunkturellen Flaute in den USA erneut mit der Möglichkeit einer Rezession konfrontiert.

Während Beobachter heute mehrheitlich darin übereinstimmen, daß die Ursachen der Krise in einer Mischung aus externen und internen Problemen zu suchen sind – auf der einen Seite die Volatilität der internationalen Kapitalmärkte, auf der anderen Strukturprobleme und Korruption –, können Schlussfolgerungen für Regionalismus nur dann gezogen werden, wenn man entscheidet, welcher der beiden Faktoren die unabhängige Variable ist. Es spricht viel dafür, die externen Einflüsse als solche zu identifizieren, denn erst unter den Vorzeichen beschleunigter Globalisierung sind die erwähnten strukturellen Defizite für die betroffenen Volkswirtschaften zum Problem geworden. Selbst wenn die internationalen Kapitalmärkte besser reguliert und die Wirtschaftspoliti-

ken im Innern besser koordiniert werden,<sup>39</sup> wird es zunehmend unmöglich werden, einen staatszentrisch organisierten »Innenbereich« von einer offenen Außenwirtschaft abzuschotten.<sup>40</sup> Folglich werden sich auch künftige Regionalismus-Varianten nicht mehr auf kulturell verbrämtes Rentierwesen<sup>41</sup> stützen können, sondern transparenter und somit demokratisch-rechtsstaatlicher Strukturen bedürfen. Doch diese Erkenntnis hat sich in der Mehrheit der ostasiatischen Staaten bislang nicht durchgesetzt. Insbesondere die jüngsten Regionalismusprojekte (s.u.) signalisieren wachsende Vorbehalte gegenüber dem IWF, den USA und der von beiden getragenen Liberal-Institutionalistischen Weltordnung.

<sup>37</sup> Leif Roderick *Rosenberger*, *Asia's New Economic Volatility*, in: *The Journal of East Asian Affairs*, 14 (Herbst/Winter 2000) 2, S. 278–300.

<sup>38</sup> Erst Mitte 2001 gab es angesichts ausbleibender ausländischer Investitionen Anzeichen für eine Restrukturierung überschuldeter Unternehmen. Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 23.8.2001, S. 19f.

<sup>39</sup> Die Liberalisierungsschritte der 80er Jahre, die zumeist unabhängig von einer Reform der politischen und der Rechtssysteme erfolgt waren, hatten die betroffenen Volkswirtschaften zwar für spekulative Angriffe verletzlicher gemacht, waren aber angesichts des allgemeinen Globalisierungsdrucks für unumgänglich gehalten worden. Zu diesbezüglichen Variationen vgl. Elizabeth *Turbon*, *Two Paths to Financial Liberalisation: South Korea and Taiwan*, in: *The Pacific Review*, 14 (2001) 2, S. 241–267.

<sup>40</sup> Vgl. Eul-Soo *Pang*, *The Financial Crisis of 1997–98 and the End of the Asian Developmental State*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 22 (Dezember 2000) 3, S. 570–593.

<sup>41</sup> Rentierwesen beschreibt die systematische Intervention von Herrschaftseliten am Markt mit dem Ziel einer Befriedigung von Partikularinteressen.

## APEC und ARF: Genese und Scheitern des transpazifischen Projekts

Anfang der 90er Jahre übertraf das Volumen des transpazifischen den Umfang des transatlantischen Handels. Die Vordenker des »pazifischen Beckens« stellten eine mangelnde institutionelle Unterfütterung dieses Regionalisierungsprozesses fest. Zur selben Zeit entdeckten die USA den Multilateralismus neu, während Nordost- und Südostasien ein sicherheitspolitisches Vakuum fürchteten. Aus diesen Diagnosen und diffusen Ängsten resultierten zwei zwischenstaatliche transpazifische Projekte, die zehn Jahre später als weitgehend gescheitert gelten dürfen.

### Die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftszusammenarbeit (APEC)

Ein Blick auf die unterschiedlichen Bruttoinlandsprodukte der Anrainerstaaten des pazifischen Beckens (vgl. Tabelle 7) verdeutlicht, daß diese Akteure stark divergierende Interessen verfolgen. Ostasien war auch in den Jahrzehnten des Booms weder zu einer wirtschaftlich homogenen Region noch zu einem mit der EU oder Nordamerika gleichberechtigten Partner geworden.

Die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftszusammenarbeit (Asia-Pacific Economic Cooperation, APEC)<sup>42</sup> begann 1989 als Ergebnis einer von Japan unterstützten australischen Initiative. Während Canberra um Teilhabe am ostasiatischen Wachstum und eine institutionelle Verankerung in der Region bemüht war, galt Tokyos Interesse zunächst eher einer handelspolitischen Zusammenarbeit als einer Handelsliberalisierung. Tokyo machte sich die neoliberale APEC-Agenda ab 1994 mit dem Ziel zu eigen, seine schwierigen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA ansatzweise zu multilateralisieren.<sup>43</sup> China lag an einem

<sup>42</sup> Mitglieder (seit): Australien (1989), Brunei (1989), Indonesien (1989), Japan (1989), Kanada (1989), Südkorea (1989), Malaysia (1989), Neuseeland (1989), Philippinen (1989), Singapur (1989), Thailand (1989), USA (1989), China (1991), Hongkong (1991), Taiwan (1991), Mexiko (1993), Papua-Neuguinea (1993), Chile (1994), Peru (1998), Rußland (1998), Vietnam (1998).

<sup>43</sup> Vgl. Mark T. Berger, APEC and Its Enemies: The Failure of the New Regionalism in the Asia-Pacific, in: Third World

**Tabelle 7**

**Bruttoinlandsprodukte der APEC-Mitglieder  
(1999, Mrd. US-Dollar; Wechselkursparitäten)**

USA	Japan	China	Kanada	Mexiko	Südkorea	Australien
9299	4350	977	644	483	395	394
Taiwan	Rußland	Hongkong	Indonesien	Thailand	Singapur	Malaysia
288	185	159	143	126	85	79
Philippinen	Chile	Neuseeland	Peru	Vietnam	Brunei	Papua-Neuguinea
77	68	52	52	28	5	4

Quelle: Handelsblatt, 13.11.2000, S. 11.

Ausbau der wirtschaftlich-technologischen Zusammenarbeit mit den APEC-Partnern, von denen 80 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen in der Volksrepublik kamen und auf die drei Viertel des chinesischen Außenhandels entfielen. Peking hatte aber auch Interesse daran, Handelskonflikte mit Washington und Tokyo zu regionalisieren und sich der Unterstützung des Forums für seine WTO-Kandidatur zu versichern. Schließlich bot die APEC seit Einführung jährlicher Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 1993 die Möglichkeit, Prestige zu erwerben und wichtige bilaterale Kontakte auch in Krisenzeiten zu pflegen.<sup>44</sup> Unter den ASEAN-Staaten mußten insbesondere Indonesien und Malaysia überzeugt werden, daß das neue Forum nicht von den westlichen Industriestaaten beherrscht und auf Kosten der südostasiatischen regionalen Zusammenarbeit gehen würde.<sup>45</sup>

Quarterly, 20 (1999) 5, S. 1013–1030; Johnny Chi-Chen Chiang, Conceptualising the APEC Way: International Cooperation in a Non-Institutionalised Regime, in: Issues and Studies, 36 (November/Dezember 2000) 6, S. 177–204 (185). Zu weiteren Motiven Japans vgl. Takashi Terada, Directional Leadership in Institution-Building: Japan's Approaches to ASEAN in the Establishment of PECC and APEC, in: The Pacific Review, 14 (2001) 2, S. 195–220.

<sup>44</sup> Vgl. Linjun Wu, The PRC and APEC: A Planned Excursion for Conciliation, in: Issues and Studies, 33 (November 1997) 11, S. 95–111.

<sup>45</sup> Vgl. Carsten Otto, »International Regimes« in the Asia-

Washington machte mit seinem APEC-Beitritt einen ersten Schritt in die Richtung einer regionalisierten Wirtschaftspolitik und reagierte damit auf den wirtschaftlichen Aufstieg Ostasiens, den befürchteten eigenen wirtschaftlichen Abstieg und Probleme bei der globalen Handelsliberalisierung.<sup>46</sup> Dies war allerdings nur eine Komponente amerikanischer Ostasienpolitik, die mit anderen koexistierte, wie dem »managed trade«, nordamerikanischem Regionalismus und Konditionierungsversuchen.<sup>47</sup> Sie kam dem ostasiatischen Wunsch entgegen, nicht durch europäische und nordamerikanische Integrationsbemühungen von den dortigen Märkten ausgesperrt zu werden. Im Unterschied zu diskriminierenden Varianten, wie dem EU-Landwirtschaftsmarkt, wurde die APEC folglich von Anfang an – konzeptionell widersprüchlich – als »offener Regionalismus« beschrieben, der auch zur globalen Handelsliberalisierung beitragen sollte.<sup>48</sup>

Die Mehrfachstrategie der USA wurde zunächst durch den APEC-Gipfel von Bogor bestätigt, wo 1994 die Liberalisierung des transpazifischen Handels bis 2010 (für Industriestaaten) bzw. 2020 (für die übrigen Mitglieder) vereinbart wurde.<sup>49</sup> Handelskonflikte mit

Pacific?, in: Jörn Dosch/Manfred Mols (Hg.), *International Relations in the Asia-Pacific. New Patterns of Power, Interest, and Cooperation*, New York: St. Martin's Press, 2000, S. 39–63 (49).

<sup>46</sup> Vgl. Robert A. Manning/Paula Stern, *The Myth of the Pacific Community*, in: *Foreign Affairs*, 73 (November–Dezember 1994) 6, S. 79–93 (85). John Ravenhill zufolge verstanden die USA die APEC als Druckmittel in Verhandlungen mit der EG während der Endphase der Uruguay-Runde des GATT. Vgl. John Ravenhill, *Competing Logics of Regionalism in the Asia-Pacific*, in: *The Journal of European Integration*, 18 (1995) 2/3, S. 179–199.

<sup>47</sup> Vgl. Davis Bobrow, *Hegemony Management: The US in the Asia-Pacific*, in: *The Pacific Review*, 12 (1999) 2, S. 173–197 (188f).

<sup>48</sup> Vgl. C. Fred Bergsten, *APEC and the World Economy: A Force for Worldwide Liberalisation*, in: *Foreign Affairs*, 73 (1994) 3, S. 20–26. Grundsätzlich widerspricht der Gedanke des Regionalismus dem Konzept der generellen Offenheit. Die APEC ist weder offen für alle interessierten Kandidaten, noch sollen Nichtmitglieder von im Rahmen der APEC erreichter Handelsliberalisierung gleichermaßen profitieren.

<sup>49</sup> John Ravenhill hat dargelegt, daß die APEC auch nach Bogor auf einem niedrigen Niveau institutioneller Verbindlichkeit verblieb. Es war unklar, ob sämtliche Zölle und unsichtbare Handelshemmnisse oder nur Zölle oberhalb einer bestimmten Grenze entfallen sollten. Mehrere ostasiatische Mitglieder hatten auf einer unilateralen Interpretation ihrer Verpflichtungen bestanden. Reziprozität war vor 2020 nicht gewährleistet und wäre danach nur gewährleistet, wenn das Ergebnis aus unkonditioniertem Freihandel bestünde. Das »offenem Regionalismus« inhärente Verbot der

Japan konnten eingedämmt werden, *enlargement* wurde zurückgefahren, und China wurde eine umfassende Einbindung angeboten.

Im Jahr darauf präziserte der Gipfel von Osaka die Freiwilligkeit der in Bogor eingegangenen Verpflichtungen. 1996 vereinbarten die Mitglieder in Subic Bay auf amerikanischen Druck die Aufhebung von Zöllen auf den Handel mit Produkten der Informationstechnologie, unter der Voraussetzung, daß Drittstaaten ihrerseits entsprechende Verpflichtungen übernahmen. Jedes Mitglied sollte fortan jährliche »Aktionspläne« über die eigenen Liberalisierungsschritte vorlegen.

Subic Bay war Höhepunkt und vorläufiger Endpunkt der amerikanischen Regionalismus-Strategie. Seither wurde die Erwartung an die »Fähigkeit der APEC, Liberalisierungsschritte zu tätigen, auf die man sich nicht bereits in anderem Zusammenhang verpflichtet hatte«, enttäuscht.<sup>50</sup> 1997 beschloß der APEC-Gipfel von Vancouver angesichts schleppenden Fortschritts für fünfzehn Sektoren eine beschleunigte Liberalisierung auf freiwilliger Basis. Doch reagierten einige Länder in kritischen Bereichen schon bald mit Blockade. So weigerte sich Japan, seine Forst- und Fischindustrie einzubeziehen, und wurde dabei von Malaysia und Indonesien unterstützt.<sup>51</sup> Ende der 90er Jahre engagierte sich Washington in der APEC (und im ARF, s.u.) nahezu allein für institutionellen Fortschritt, während die ostasiatischen Mitglieder neue bzw. zusätzliche Arrangements prüften, die die USA ausschlossen (s.u.). Gleichzeitig stieg das Konfliktrisiko auf der koreanischen Halbinsel und in der Straße von Taiwan.

Vor allem aber erwies sich die APEC angesichts der ostasiatischen Krise von 1997/98 als beinahe gelähmt. Initiativen für eine Reform der Kapitalmärkte blieben unverbindlich. Der von den Finanzministern in Vancouver vorgelegte »Rahmenplan von Manila« mit dem Vorschlag eines regionalen Überwachungsmechanismus in Ergänzung zum IWF wurde zwar von den

Diskriminierung Dritter (etwa der EU) eröffnete die Möglichkeit des Trittbrettfahrens. Dies führte dazu, daß auch Washington seine Liberalisierungsverpflichtungen im Rahmen der APEC nicht umfassend erfüllte. Vgl. John Ravenhill, *APEC and the WTO: Which Way forward for Trade Liberalisation?*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 21 (August 1999) 2, S. 220–237 (229–231).

<sup>50</sup> Vgl. Michael Wesley, *APEC's Midlife Crisis? The Rise and Fall of Early Voluntary Sectoral Liberalisation*, in: *Pacific Affairs*, 74 (Sommer 2001) 2, S. 185–204 (189).

<sup>51</sup> Vgl. Handelsblatt, 9.11.1997, S. 10.

ASEAN-Staaten übernommen, aber anschließend wieder verwässert (s.u.). Der Gipfel von Kuala Lumpur fand 1998 auf dem Höhepunkt der regionalen Krise und einer malaysischen innenpolitischen Krise statt und war ein Zeichen für das Scheitern amerikanischer Politik: Die Staats- und Regierungschefs überwiesen neun der in Vancouver identifizierten Sektoren zu weiteren Verhandlungen an die WTO, die sich im folgenden Jahr auch mit den übrigen sechs zu befassen hatte. Sie diskutierten den vom Westen abgelehnten Plan eines Asiatischen Währungsfonds (s.u.) ohne Ergebnis. Präsident Clinton ließ sich durch seinen Vize Al Gore vertreten, der in Kuala Lumpur ostentativ die Partei der innenpolitischen Opposition in Malaysia ergriff.<sup>52</sup> Schließlich wurden Rußland, Vietnam und Peru auf Drängen der USA aufgenommen, die fortan ihren Teil zu den Meinungsverschiedenheiten beitrugen.

Auch wenn Clinton auf dem Gipfel von Auckland 1999 selbst wieder dabei war, blieben diesmal der malaysische Premier Mahathir und der indonesische Präsident Habibie fern: Habibie wegen der Krise in Osttimor, Mahathir, um seine generelle Unzufriedenheit zu demonstrieren. Im übrigen war der Gipfel personalisiert und bilateralisiert. Clinton traf seinen chinesischen Kollegen Jiang Zemin zum ersten Mal nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad. Der ehemalige philippinische Präsident Fidel Ramos verlangte über die Medien, die APEC-Zusammenarbeit auf sicherheitspolitische Themen auszuweiten.<sup>53</sup> Wichtigstes substantielles Ergebnis war eine Vereinbarung der Wirtschaftsminister, landwirtschaftliche Exportsubventionen abzubauen und für die WTO-Runde in Seattle eine gemeinsame Position anzustreben.<sup>54</sup> Die USA, Australien, Chile, Neuseeland und Singapur vereinbarten untereinander darüber hinaus zwar eine schnellere Liberalisierung, setzten diese aber anschließend nicht um.<sup>55</sup>

Nach dem Scheitern des WTO-Gipfels in Seattle herrschte auch auf dem APEC-Gipfel von Bandar Seri Begawan 2000 Uneinigkeit über die Notwendigkeit einer neuen Welthandelsrunde: Malaysia verlangte, eine WTO-Tagesordnung zu entwerfen, die die Themen Arbeitsrecht und Umweltschutz ausklammern sollte – ein weiteres Problem, das an die WTO

selbst überwiesen wurde.<sup>56</sup> Nordkorea wurde eingeladen, an den Arbeitsgruppen der APEC mitzuwirken.

Während sich die ostasiatischen Staaten seither auf ein neues Regionalismus-Projekt unter Ausschluß der übrigen APEC-Mitglieder konzentrierten (s.u.), nutzte Washington das Forum zunehmend als symbolischen Beleg für seine multilaterale Einbindung in die Region und die jährlichen Gipfel als Bühne für bilaterale Kontakte. Die Handelsthematik wurde wieder in die WTO verlagert, und die ostasiatische Krise hatte gezeigt, daß der IWF ein sehr viel effizienteres Instrument amerikanischer Ordnungspolitik in Ostasien war als die APEC. Der Gipfel von Shanghai im Oktober 2001 stand schließlich unter dem Eindruck der terroristischen Anschläge vom 11. September<sup>57</sup> und konzentrierte sich im übrigen auf Initiativen für eine Wiederbelebung der WTO.<sup>58</sup> Die APEC war damit gewissermaßen zu ihrem Ausgangspunkt in den frühen 90er Jahren zurückgekehrt. Sie hatte sich als zu groß, zu heterogen und zu unverbindlich erwiesen.

### Das ASEAN Regional Forum (ARF)

Auch das erste transpazifische Experiment mit sicherheitspolitischer Regimebildung ist vornehmlich an Überdehnung gescheitert. Der – innerhalb der ASEAN nicht unumstrittene<sup>59</sup> – Versuch, China als Herausforderer des regionalen Status quo einzubinden, machte auch hier die Anwendung des Konsensprinzips erforderlich. Das bedeutete, daß das ARF blockiert wurde, sobald es versuchte, von freiwilliger Vertrauensbildung zu »harten« Sicherheitsthemen überzugehen. Darüber hinaus war das Insistieren der ASEAN auf einer führenden Rolle innerhalb des Forums dafür verantwortlich, daß nordostasiatischen und Proliferationsfragen nur unzureichende Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Im Juni 1991 empfahlen die außenpolitischen Forschungsinstitute der ASEAN-Staaten ihren Regierun-

<sup>52</sup> Ebd., 17.11.1998, S. 11.

<sup>53</sup> Ebd., 25.10.1999, S. 10.

<sup>54</sup> Vgl. International Herald Tribune, 13.9.1999, S. 13.

<sup>55</sup> Vgl. C. Fred Bergsten, East Asian Regionalism. Towards a Tripartite World, in: The Economist, 15.7.2000, S. 19.

<sup>56</sup> Vgl. Handelsblatt, 17.11.2000, S. 12.

<sup>57</sup> Selbst auf diesem Gebiet waren die Ergebnisse dürftig. So wiesen die Teilnehmer Vorschläge für eine »Allianz gegen Geldwäsche« zurück. Vgl. Far Eastern Economic Review, 1.11.2001, S. 14.

<sup>58</sup> Vgl. Joint Statement of Thirteenth APEC Ministerial, Washington File, Washington: Department of State, 18.10.2001 (online).

<sup>59</sup> Vgl. Ralf Emmers, The Influence of the Balance of Power Factor within the ASEAN Regional Forum, in: Contemporary Southeast Asia, 23 (August 2001) 2, S. 275–291 (282).

gen, mit den damaligen Teilnehmern<sup>60</sup> der sogenannten Postministeriellen Konferenzen (Postministerial Conferences, PMC, s.u.) der Gemeinschaft, einen offiziellen sicherheitspolitischen Dialog aufzunehmen. Während der PMC in Kuala Lumpur äußerte sich der japanische Außenminister Taro Nakayama im gleichen Sinne und stieß damit auf Kritik der an sicherheitspolitischem Multilateralismus wenig interessierten Bush-Senior-Administration.<sup>61</sup>

Dennoch beschlossen die Staats- und Regierungschefs der ASEAN auf ihrem Gipfel in Singapur im Januar 1992, die PMC-Agenda um politische und sicherheitspolitische Themen zu ergänzen.<sup>62</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatten auch die USA erste Überlegungen in Richtung eines sicherheitspolitischen Regionalismus angestellt.<sup>63</sup> Im darauffolgenden Jahr empfahlen führende Beamte aus den ASEAN-Staaten und PMC-Partnerstaaten eine Ausweitung des Dialogs auf China, Rußland, Vietnam, Laos und Papua-Neuguinea; eine Mitwirkung Taiwans war zu keiner Zeit vorgesehen.<sup>64</sup> Gesprächsthemen dieses – entsprechend dem ASEAN-Vorbild – inklusiven und konsensuellen Forums sollten Präventivdiplomatie, Konfliktmanagement, Nichtverbreitung sowie Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen sein.<sup>65</sup>

Im Juli 1993 vereinbarten die Außenminister der siebzehn betroffenen Staaten<sup>66</sup> und Vertreter der EU in Singapur die Gründung des ARF, das jährlich in zeit-

licher Nähe zu dem ASEAN-Ministertreffen tagen sollte. Mittlerweile hatten sich die USA ausdrücklich zu neuen multilateralen Konsultationsmechanismen bekannt.<sup>67</sup> Die Volksrepublik China war anfänglich zurückhaltend, weil sie das neue Forum zu Recht als Versuch verstand, die eigene Manövrieremarge in Ostasien einzuschränken. Dennoch, oder gerade deshalb, nahm ihr Außenminister Qian Qichen an der Gründungsveranstaltung im Juli 1993 teil.

Die erste Arbeitssitzung des ARF fand ein Jahr später ohne Tagesordnung in Bangkok statt. Qian Qichen begründete seine Mitwirkung mit der Notwendigkeit, einige Territorialprobleme lösen und das Destabilisierungspotential ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung entschärfen zu wollen. Er verwies auf Vertrauensbildende Maßnahmen, die Peking mit mehreren Nachbarstaaten vereinbart habe.<sup>68</sup> Noch in der Vorbereitungsphase hatte China sich von einer ganz anderen Seite gezeigt: Es lehnte einen zeitlichen Rahmen für konkrete Schritte und Beamtentreffen zwischen den jährlichen Sitzungen ab und wollte sich weder dem Territorialstreit im Südchinesischen Meer widmen noch eine Abschlusserklärung abgeben. Die chinesische Forderung nach einem graduell-konsensuellen Prozeß stieß bei den ASEAN-Staaten auf Unterstützung, und in seiner Abschlusserklärung erwähnte der Vorsitzende Vertrauensbildung und Präventivdiplomatie nur als Prinzipien.<sup>69</sup> Der ASEAN-Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit (Treaty of Amity and Cooperation, TAC) von 1976 wurde als Verhaltenskodex für die Gesamtregion zwar gewürdigt, Nicht-ASEAN-Staaten jedoch nicht zur Zeichnung vorgelegt.<sup>70</sup> Konkret wurden Nichtverbreitungsfragen, die Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel, Kambodscha und das Südchinesische Meer angesprochen, letzteres ohne aktive chinesische Beteiligung.<sup>71</sup>

<sup>60</sup> Australien, EU, Japan, Kanada, Neuseeland, Südkorea, USA.

<sup>61</sup> Vgl. Michael Leifer, *The ASEAN Regional Forum: Extending ASEAN's Model of Regional Security*, Oxford: International Institute for Strategic Studies, 1996 (Adelphi Paper Nr. 302), S. 23. Demnach ging es Nakayama vorrangig um eine Festbeschreibung der militärischen Präsenz der USA in der Region und keineswegs um eine Einbindung Chinas oder Rußlands. Deshalb verzichtete er auch auf den Begriff »Vertrauensbildung«, der ein antagonistisches Verhältnis impliziert.

<sup>62</sup> Vgl. *Asia-Pacific Defence Reporter*, 18 (April/Mai 1992) 10/11, S. 32.

<sup>63</sup> Vgl. James A. Baker, *America in Asia: Emerging Architecture for a Pacific Community*, in: *Foreign Affairs*, 70 (Winter 1991/92) 1, S. 1–18.

<sup>64</sup> Der Vorschlag wurde von Singapur eingebracht und von Australien und der Clinton-Administration unterstützt. Er stieß zunächst in Indonesien, Thailand und Japan auf Bedenken, wurde schließlich aber auch dort akzeptiert. Vgl. Leifer, *The ASEAN Regional Forum*, S. 21.

<sup>65</sup> Ebd., S. 27.

<sup>66</sup> Australien, Brunei, China, Indonesien, Japan, Kanada, Laos, Malaysia, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Philippinen, Rußland, Singapur, Südkorea, Thailand, USA und Vietnam. Seither sind beigetreten: Kambodscha (1995), Indien und Birma (1996), die Mongolei (1999) und Nordkorea (2000).

<sup>67</sup> Vgl. Winston Lord, *A New Pacific Community: Ten Goals for American Policy*, Eröffnungserklärung anlässlich einer Anhörung durch den Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, Washington, 31.3.1993.

<sup>68</sup> Vgl. die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, chin., 25.7.1994, zitiert in: *Summary of World Broadcasts*, FE/2058/G/1 vom 27.7.1994.

<sup>69</sup> Vgl. Leifer, *The ASEAN Regional Forum*, S. 34.

<sup>70</sup> Vgl. Chairman's Statement, *The First Meeting of the ASEAN Regional Forum*, Bangkok, 25.7.1994. Singapur und Thailand hatten bereits 1992 eine Öffnung des Vertrages vorgeschlagen, waren damit aber am Widerstand Indonesiens gescheitert. Vgl. *The Straits Times* (Singapur), 24.1.1992, S. 2.

<sup>71</sup> Vgl. Chairman's Statement, *The First Meeting of the ASEAN Regional Forum*.

Die zweite Sitzung fand im August 1995 vor dem Hintergrund neuer Spannungen im Südchinesischen Meer und in der Taiwan-Straße in Brunei statt. Vorhergegangen waren drei sogenannte »track two«-Seminare unter Beteiligung von Experten und Beamten »in privater Eigenschaft«, die ihre Berichte zu Fragen der Vertrauensbildung, Friedenerhaltenden Maßnahmen und Präventivdiplomatie an die Minister weiterreichten. Die ASEAN schlug für die künftige Arbeit des Forums den dreistufigen Ansatz aus Vertrauensbildung, Präventivdiplomatie und Konfliktlösung vor, verwies aber gleichzeitig auf die eigene Erfahrung mit graduell-konsensueller Zusammenarbeit »ohne Implementierung expliziter Vertrauensbildender Maßnahmen.« Dennoch legte sie Wert darauf, daß das ARF seine Relevanz in konkreten Krisen oder Spannungssituationen unter Beweis stellen müsse.<sup>72</sup>

Die Delegierten übernahmen eine Reihe von Vorschlägen und Formulierungen aus dem ASEAN-Konzept: Sie bekannten sich zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff und einem »Tempo, das allen Teilnehmern entspricht«, und gestanden der ASEAN weiterhin die Führungsrolle zu. Sie vereinbarten die Einrichtung einer sogenannten Intersessional Support Group (ISG) für Vertrauensbildung und von Intersessional Meetings (ISM) für die Planung gemeinsamer Aktivitäten. Weil Peking verhinderte, daß diese Aktivitäten als »Arbeitsgruppen« beschrieben wurden, kam es auch nicht zur Erteilung eines Mandats zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge.<sup>73</sup> Die Teilnehmer wurden zur Mitwirkung am konventionellen Rüstungsregister der Vereinten Nationen und zur Vorlage jährlicher Verteidigungsweißbücher aufgefordert. Weiter wurden die Beachtung einer ASEAN-Erklärung über das Südchinesische Meer von 1992, ein umgehender nuklearer Teststopp und die Wiederaufnahme des festgefahrenen Dialogs zwischen Nord- und Südkorea angeregt.<sup>74</sup>

<sup>72</sup> Vgl. The ASEAN Regional Forum, a Concept Paper, Bandar Seri Begawan, 1.8.1995. Die darin enthaltenen Formulierungen »Förderung vertrauensbildender Maßnahmen«, »Mechanismen der Präventivdiplomatie« und »Mechanismen zur Konfliktlösung« wurden in der Abschlusserklärung auf chinesischen Wunsch zu »Förderung von Vertrauensbildung«, »Entwicklung präventiver Diplomatie« und »Ausarbeitung von Annäherungen an Konflikte« (sic) abgeschwächt. Vgl. Leifer, The ASEAN Regional Forum, S. 40, und Chairman's Statement of the Second ASEAN Regional Forum, Bandar Seri Begawan, 1.8.1995.

<sup>73</sup> Vgl. Jane's Defence Weekly, 31.7.1996, S. 13.

<sup>74</sup> Vgl. Chairman's Statement of the Second ASEAN Regional Forum.

China akzeptierte nicht nur die Erwähnung der Erklärung zum Südchinesischen Meer, sondern bekundete nunmehr grundsätzlich Bereitschaft, das Problem unter anderem auf Grundlage des Dritten Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen zu verhandeln. Außenminister Qian bekannte sich zur Freiheit der internationalen Schifffahrtswege, bekräftigte allerdings gleichzeitig Pekings Souveränität über den Spratly-Archipel und »Inseln in der Umgebung«.<sup>75</sup> Er schlug vor, gemeinsame Manöver abzuhalten und die gegen die Volksrepublik gerichtete militärische Aufklärung schrittweise einzustellen.<sup>76</sup>

China ließ dem Angebot keine Taten folgen, und die anschließenden ISG- und ISM-Sitzungen konnten weder in Hinblick auf Rüstungsregister noch bei gemeinsamen Friedenerhaltenden Maßnahmen Fortschritte vermelden. Die Themen Präventivdiplomatie und Nichtverbreitung wurden zunächst an den 1993 gegründeten Council for Security Cooperation in the Asia Pacific (CSCAP) und andere »track two«-Mechanismen überwiesen.<sup>77</sup>

Währenddessen wurden einige Fortschritte in Hinblick auf freiwillige vertrauensbildende Maßnahmen erzielt. Auf einer ISG in Tokyo regte Indonesien 1996 die Vorankündigung von Manövern und den Austausch von Manöverbeobachtern an. Peking kündigte Informationen zu den chinesischen Rüstungsimporten und einen intensiveren Austausch von militärischem Personal an,<sup>78</sup> lehnte aber um so entschiedener ab, sich mit realen Konflikten zu befassen. So bekräftigte der chinesische Vertreter auf einem Treffen führender Beamter in Yogyakarta die Forderung der Volksrepublik, die Komplexe Taiwan und Südchinesisches Meer von einer Befassung durch das ARF auszuschließen.<sup>79</sup> Kurz zuvor hatte China in Gewässern um Taiwan militärische Großmanöver und Raketen-tests durchgeführt.

Die dritte Sitzung des Forums in Jakarta 1996 erzielte keine Einigung über die ISG-Vorschläge und konzentrierte sich deshalb auf Nebenschauplätze. Die Vertreter der EU, der USA, Kanadas, Australiens und

<sup>75</sup> Vgl. Xinhua, engl., 30.7.1995, zitiert in: SWB, FE/2370/S2/2 vom 1.8.1995.

<sup>76</sup> Vgl. The Hong Kong Standard, 24.7.1996, S. 3.

<sup>77</sup> Aus dieser Entwicklung kann man wahlweise ein Abdanken der Regierungen oder eine Aufwertung von Nichtregierungsorganisationen herauslesen. Im Fall der ostasiatischen CSCAP-Mitglieder bleibt allerdings zu berücksichtigen, daß diese mehrheitlich staatsnah agieren.

<sup>78</sup> Vgl. International Herald Tribune, 9.5.1996, S. 4.

<sup>79</sup> Ebd., 28.5.1996, S. 4.

Neuseelands kritisierten den erstmals anwesenden birmanischen Außenminister wegen Rangoons Menschenrechtspolitik.<sup>80</sup> Der chinesische Außenminister schlug vor, sich mit Konversionsfragen zu befassen.<sup>81</sup> Die Aufnahme Indiens verhinderte Fortschritte in der Frage eines nuklearen Teststopps. Spektakulär war einzig die Tatsache, daß erstmals und gegen chinesischen Widerstand auch die Spannungen in der Taiwan-Straße angesprochen wurden.<sup>82</sup>

Das Treffen von Kuala Lumpur 1997 stand unter dem Eindruck des Hun Sen-Putsches in Kambodscha (s.u.), den die ASEAN ansonsten als ihre »innere Angelegenheit« deutete.<sup>83</sup> China und andere Staaten verhinderten einen Fortschritt in der Frage der Präventivdiplomatie, weil sie auch diese zu Recht mit einer möglichen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten assoziierten.

Das fünfte Treffen in Manila 1998 stand im Zeichen der regionalen Krise und führte folgerichtig zu dem Entschluß, künftig vermehrt auch nichtmilitärische Risiken zu behandeln. Man versuchte das Problem mit der Präventivdiplomatie zu umschiffen, indem man sie teilweise mit Vertrauensbildung gleichsetzte.<sup>84</sup> Dennoch wurde auf der folgenden ISG die Forderung laut, Konzepte und Prinzipien präventiver Diplomatie zu erörtern.<sup>85</sup> Die südasiatische Nuklearkrise beleuchtete die Hilflosigkeit des ARF bei realen Konflikten.

Das folgende Treffen in Singapur 1999 setzte sich mit Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftskrise und regionaler Sicherheit auseinander und betonte in diesem Zusammenhang die Verantwortung der beteiligten Großmächte sowie die Bedeutung des ungehinderten Schiffsverkehrs im Südchinesischen Meer.<sup>86</sup> Die Philippinen warnten vor zunehmenden Spannungen, nachdem Peking seine Infrastruktur auf der Spratly-Insel Mischief Reef absprachewidrig ausgebaut hatte. Nordkorea wurde vor einer Wiederaufnahme seiner Raketentests gewarnt. Die ASEAN erhielt den Auftrag, ein Konzeptpapier über Präventivdiplomatie zu erarbeiten.<sup>87</sup>

<sup>80</sup> Vgl. Far Eastern Economic Review, 1.8.1996, S. 14–16.

<sup>81</sup> Vgl. Xinhua, engl., 23.7.1996, zitiert in: Summary of World Broadcasts, FE/2672/S2/2 vom 24.7.1996.

<sup>82</sup> Vgl. Jane's Defence Weekly, 31.7.1996, S. 13.

<sup>83</sup> Vgl. Chairman's Statement, The Fourth Meeting of the ASEAN Regional Forum, Subang Jaya, 27.7.1997.

<sup>84</sup> Vgl. Chairman's Statement, The Fifth Meeting of the ASEAN Regional Forum, Manila, 27.7.1998.

<sup>85</sup> Vgl. Chairman's Statement, The Sixth Meeting of the ASEAN Regional Forum, Singapur, 26.7.1999.

<sup>86</sup> Vgl. Europe (Brüssel), 31.7.1999, S. 4.

<sup>87</sup> Vgl. Chairman's Statement, The Sixth Meeting of the

Obwohl ostasiatische Forumsmitglieder die Anwendbarkeit des OSZE-Modells zuvor regelmäßig bestritten hatten, wurde auf Grundlage dieses Papiers im folgenden Jahr in Bangkok beschlossen, die Diskussion durch Herstellung informeller Kontakte zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und zur Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) voranzubringen.<sup>88</sup> Die Teilnehmer bekannten sich zur territorialen Integrität Indonesiens und zum innerkoreanischen Entspannungsprozeß.<sup>89</sup> Nordkorea wurde neues Mitglied.

Das siebte Treffen in Hanoi 2001 erbrachte erste Entspannungssignale zwischen Washington und Peking, nachdem ein amerikanisches Aufklärungsflugzeug auf der chinesischen Insel Hainan notgelandet war. Im übrigen symbolisierte es in vieler Hinsicht die Sackgasse, in die sich das Forum mit seiner Anbindung an die ASEAN und ihre Prinzipien selbst manövriert hatte. China, die indochinesischen Staaten und Birma, nunmehr unterstützt von Nordkorea, blockierten einmal mehr den Übergang von der Vertrauensbildung zur Konfliktlösung.<sup>90</sup> In dem Maße, in dem das Interesse der USA am ARF schwand, fand Peking Gefallen an dem Format des konsensuellen Dialogs mit geringer Verbindlichkeit, was gelegentlich erlaubte, Washington zu isolieren.<sup>91</sup> Wie schon im Falle der APEC verloren die Mitgliedstaaten die eigentliche Zielrichtung aus den Augen, während sich der konkrete Nutzen des Dialogprozesses zunehmend auf bilaterale Kontakte am Rande reduzierte, die sich zumeist schwieriger gestalteten als im Rahmen des wirtschaftspolitischen Forums. Das ARF wurde zu einem Beispiel für überdimensionierte Sicherheitsmechanismen, die in der Regel zu Trittbrettfahrerei und dürftigen Ergebnissen führen und einen Konsens über die Definition von Aggression und den richtigen Zeitpunkt zum gemeinsamen Handeln eher erschweren als erleichtern.<sup>92</sup> Die Beteiligten unternahmen den

ASEAN Regional Forum; Far Eastern Economic Review, 5.8.1999, S. 17/18.

<sup>88</sup> Vgl. Chairman's Statement, The Seventh Meeting of the ASEAN Regional Forum, Bangkok, 27.7.2000.

<sup>89</sup> Ebd.

<sup>90</sup> Vgl. International Herald Tribune, 28.7.2001, S. 5.

<sup>91</sup> Vgl. Zhenyuan Guo, Perspektiven für die Sicherheitskooperation in der asiatisch-pazifischen Region, in: Beijing Rundschau, 12.7.1994, S. 17–19.

<sup>92</sup> Vgl. Susan L. Shirk, Asia-Pacific Regional Security: Balance of Power or Concert of Powers?, in: David A. Lake/Patrick M. Morgan (Hg.), Regional Orders. Building Security in a New World, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 245–270 (260).



erfolglosen Versuch, einen regionalen Sicherheitskomplex zu gestalten, in dem »Großmächte und Regionalmächte in der Regel gegensätzliche Sicherheitsinteressen verfolgen, die auch dann, wenn sich die Akteure nur oberflächlich engagieren, ein unzulängliches Motiv für Zusammenarbeit beim Konfliktmanagement bieten.«<sup>93</sup> Aussichtsreicher erscheint ein themenspezifischer Ad-hoc-Multilateralismus, etwa nach dem Modell der Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO).<sup>94</sup> Voraussetzung für die Entwicklung eines solchen Formats zu einem längerfristig tragfähigen Sicherheitsregime wären allerdings annähernd deckungsgleiche ordnungspolitische Vorstellungen der Teilnehmer und ein gemeinsames Bekenntnis zum Status quo;<sup>95</sup> diese Bedingungen sind jedoch derzeit weder im transpazifischen noch im ostasiatischen Kontext erfüllt.

**93** Vgl. Brian L. Job, *Matters of Multilateralism: Implications for Regional Conflict Management*, ebd., S. 165–191 (179).

**94** KEDO baut in Nordkorea zwei Leichtwasserreaktoren, in denen weniger waffenfähiges Plutonium anfällt als in den konventionellen Reaktoren, die Pyöngyang nach Maßgabe seines Abkommens mit Washington vom Oktober 1994 abbaut. Bis zur Übergabe der Reaktoren erhält Nordkorea von den USA jährlich 500 000 Tonnen schweres Heizöl.

**95** Vgl. Shirk, *Asia-Pacific Regional Security*, S. 267f.

## Regionalismus: Die theoretischen Grundlagen

Zehn Jahre nach dem »Ende der Geschichte« gibt es in der Theorie der internationalen Politik noch kein neues Paradigma. (Neo-) Realismus und (Neo-) Liberalismus koexistieren und überlappen sich hier und dort; gleichzeitig drängen Reflektivisten<sup>96</sup> von der Meta-Ebene der Ideen und Identitäten auf die Akteurs-Ebene. Am Schnittpunkt zwischen Neo-Realismus und Neo-Liberalismus<sup>97</sup> ist die Erklärung für diesen Flickenteppich offensichtlich: In der Welt des 21. Jahrhunderts koexistieren eine Friedenszone und eine Unruhezone, die geographisch definiert werden können, aber nicht müssen.<sup>98</sup> In der Friedenszone macht ein hohes Maß an institutioneller Vernetzung die gewaltsame Lösung von Konflikten zunehmend unwahrscheinlich, während in der Unruhezone gewaltsame Konfliktlösung grundsätzlich weiterhin Option bleibt.<sup>99</sup> Diesseits des Reflektivismus besteht zunehmend Einigkeit dahingehend, Gegenwartsphänomene mit Hilfe eines kombinierten Ansatzes zu untersuchen.<sup>100</sup> Neo-Liberale haben in diesem Zusammenhang eines ihrer klassischen Theoreme wiederbelebt: die Bedeutung nationaler Institutionen und Präferenzen für internationale Politik.<sup>101</sup>

**96** Hierzu zähle ich auch die älteren (relativistischen) und jüngeren (konstruktivistischen) Ansätze.

**97** Vertreter dieser Schule bezeichnen sich gemeinhin und im Unterschied zu Reflektivisten als »rationalistische Institutionisten«. Vgl. Robert O. Keohane, *Theory of World Politics: Structural Realism and Beyond*, in: *ders.*, *Neorealism and Its Critics*, New York: Columbia University Press, 1986, S. 131–157.

**98** Häufig wird die Friedenszone mit den OECD-Staaten und die Unruhezone mit dem Rest der Welt gleichgesetzt. Vgl. z.B. Dieter Senghaas, *Die OECD-Welt: Zonen des Friedens*, in: Volker Matthies (Hg.), *Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktbearbeitung*, Bonn: Dietz, 1997, S. 46–64.

**99** Vgl. Max Singer/Aaron Wildavsky, *The Real World Order*, Chatham, NJ: Chatham House Publishers, 1993.

**100** Viele Reflektivisten bestreiten die Existenz eines internationalen Systems und erklären spezifische Elemente der Realität aus sich selbst heraus. Normen und Regime können demnach nicht positivistisch analysiert, sondern müssen als intersubjektive Phänomene verstanden werden. Vgl. z.B. Friedrich Kratochwil/John G. Ruggie, *International Organisation: A State of the Art on the Art of the State*, in: *International Organisation*, 40 (Herbst 1986) 4, S. 753–775.

**101** Vgl. z.B. Peter J. Katzenstein, *International Relations*

In den Mittelpunkt der Debatte ist in den letzten Jahren das Phänomen Regionalisierung/Regionalismus gerückt.<sup>102</sup> Die »neue Regionalismuswelle«<sup>103</sup> der späten 80er und 90er Jahre fand ihren Ausdruck auch außerhalb der euro-atlantischen Zone in zahlreichen handelspolitischen Präferenzsystemen (Preferential Trading Arrangements, PTAs).<sup>104</sup> Sie unterscheidet sich von der früheren »Welle« durch den Zusammenschluß von Industrie- mit Schwellenstaaten, unterschiedliche Ebenen der Institutionalisierung, größere »Multi-dimensionalität« und größeres Interesse an Fragen der regionalen Identität.<sup>105</sup> Erklärt wird sie mit einer indirekten Stimulierung durch globale Märkte »über eine Veränderung nationaler Interessen bzw. innenpolitischer Koalitionen, zwischenstaatlicher Interdependenz, funktionaler Effizienz und supranational-institutioneller Eigendynamik.«<sup>106</sup> Dabei verbirgt sich

and Domestic Structures, in: *International Organisation*, 30 (Winter 1976) 1, S. 1–45.

**102** Fishlow und Haggard unterscheiden zwischen Regionalisierung, definiert als regionale Konzentration von Wirtschaftsbeziehungen, und Regionalismus, der für sie einen politischen Prozeß bedeutet, charakterisiert durch wirtschaftspolitische Zusammenarbeit und zwischenstaatliche Koordination. Vgl. Albert Fishlow/Stephan Haggard, *The United States and the Regionalisation of the World Economy*, Paris: OECD Development Centre Research Project on Globalisation and Regionalisation, 1992.

**103** Bhagwati unterscheidet seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwei »Regionalismuswellen«, die erste von Ende der 50er Jahre bis in die 70er Jahre, die zweite seit Mitte der 80er Jahre. Vgl. Jadish Bhagwati, *Regionalism and Multilateralism: An Overview*, in: Jaime de Melo/Arvind Panagariya, *New Dimensions in Regional Integration*, New York: Cambridge University Press, 1993, S. 22–51.

**104** Derzeit gibt es weltweit 169 regionale Handelsabkommen, die überwiegend nach 1992 geschlossen wurden.

**105** Vgl. Andrew Hurrell, *Explaining the Resurgence of Regionalism in World Politics*, in: *Review of International Studies*, 21 (1995) 4, S. 331–358 (332).

**106** Stefan A. Schirm, *Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation. Zur politischen Ökonomie internationaler Beziehungen und den Ursachen regionaler Zusammenarbeit in Europa und den Amerikas*, München: Ludwig-Maximilians-Universität, 1998, S. 25. Einige Beobachter etablieren einen Zusammenhang zwischen der neuen Regionalismuswelle und dem neuen Interesse der USA an einer regionalen Einbindung, motiviert durch den Rückgang der eigenen Wirtschaftsmacht und die Stagnation multilateraler

hinter »funktionaler Effizienz« die Erwartung der Ökonomen, daß PTAs Wohlstand schaffen, indem sie die Transaktionskosten der Mitglieder senken, Unternehmen in die Lage versetzen zu expandieren und dadurch Spezialisierung und Wettbewerb fördern.<sup>107</sup> Auf politischer Ebene werden Wettbewerbsverzerrungen durch die Schaffung gemeinsamer Regelungskapazität verhindert, und gemeinsame Spielregeln machen den größeren Markt für internationale Investoren und multilaterale Geber attraktiver.<sup>108</sup> Generell verbessert sich die internationale Verhandlungsposition der größeren Einheit.<sup>109</sup>

Regionale Handelsliberalisierung erbringt in der Regel auch positive Impulse für die Liberalisierung des globalen Handels.<sup>110</sup> Es hat aber sogar in der jüngsten Vergangenheit merkantilistische Varianten regionaler Zusammenarbeit gegeben,<sup>111</sup> und es ist keinesfalls auszuschließen, daß Globalisierungsgegner sich künftig auf regionaler Ebene zu stark diskriminierenden Koalitionen zusammenschließen. Diese sind allerdings meist kurzlebig, weil sich private und öffentliche

Monopole in den Mitgliedstaaten gegen den gegenseitigen Abbau von Handelsschranken wehren.<sup>112</sup>

Wie zu Anfang des 20. Jahrhunderts gemachte<sup>113</sup> und jüngere – insbesondere afrikanische und lateinamerikanische<sup>114</sup> – Erfahrungen belegen, sind weder Interdependenz noch regionale Kooperation per se hinreichende Bedingungen für friedliche Konfliktlösung. Allerdings kann vermutet werden, daß exportorientierte Entwicklungsstrategien in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen.<sup>115</sup> Da sie aber keinesfalls die einzige Rolle spielen und keine hinreichende Voraussetzung für das Entstehen neuer internationaler Akteure bieten, kommt letztlich dem Niveau der regionalen Zusammenarbeit entscheidende Bedeutung zu.<sup>116</sup> Ein wesentlicher Unterschied zwischen verschiedenen Regionalismus-Varianten betrifft die Intensität der Kooperation auf einer Bandbreite zwischen einfachen Präferenzsystemen und einer Wirtschaftsgemeinschaft wie der EG/EU.<sup>117</sup> Die

Handelsrunden Anfang der 80er Jahre. Vgl. z.B. Robert E. Baldwin, *Adapting the GATT to a More Regionalised World: A Political Economy Perspective*, in: Kym Anderson/Richard Blackhurst (Hg.), *Regional Integration and the Global Trading System*, London: Harvester Wheatsheaf, 1993, S. 387–404 (dem widerspricht Richard E. Baldwin in *The Causes of Regionalism*). Andere erklären sie mit dem zunehmend »räuberischen« Auftreten einer absteigenden Großmacht. Vgl. Robert S. Gilpin, *The Political Economy of International Relations*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1987, S. 88–90 und Kapitel 10.

**107** Vgl. z.B. Paul Krugman, *EFTA and 1992*, Genf: EFTA Economic Affairs Department, 1988 (Occasional Paper Nr. 23).

**108** Vgl. Schirm, *Globale Märkte*, S. 34.

**109** Vgl. Rolf J. Langhammer/Ulrich Hiemenz, *Regional Integration among Developing Countries. Opportunities, Obstacles, and Options*, Tübingen: J.C.B. Mohr, 1990 (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kieler Studien Nr. 232), S. 10.

**110** Vgl. z.B. Edward D. Mansfield/Helen V. Milner, *The New Wave of Regionalism*, in: *International Organisation*, 53 (Sommer 1999) 3, S. 589–627 (594). Viner unterscheidet zwischen »handelserschaffenden« und »handelsumlenkenden« PTAs. Vgl. Jacob Viner, *The Customs Union Issue*, New York: Carnegie Endowment for International Peace, 1950. Die Welt Handelsorganisation geht davon aus, daß PTAs den weltweiten Freihandel in Ausnahmefällen auch behindern können. Vgl. *Regionalism: Friends or Rivals?*, Genf: World Trade Organisation, 2001 (online).

**111** Etwa im Lateinamerika der 80er Jahre. Vgl. Schirm, *Globale Märkte*, S. 32. Ein besonderes Phänomen ist eine protektionistische europäische Agrarpolitik im liberalen Rahmen des europäischen Binnenmarkts. Ebd.

**112** Vgl. Etel Solingen, *Economic Liberalisation, Political Coalitions, and Emerging Regional Orders*, in: *Lake/Morgan* (Hg.), *Regional Orders*, S. 68–100 (90). Die Gegenmeinung vertritt Barry Buzan, *Economic Structure and International Security: The Limits of the Liberal Case*, in: *International Organisation*, 38 (Herbst 1984) 4, S. 597–624.

**113** Vgl. z.B. Susan McMillan, *Interdependence and Conflict*, in: *Mershon International Studies Review*, 41 (1997) 1, S. 33–58.

**114** Liberia, Guinea und Sierra Leone unterstützen seit einigen Jahren Aufständische im jeweils anderen Land. Alle drei gehören der 1975 gegründeten Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Economic Community of West African States, ECOWAS) an, die den intraregionalen Handel und die sonstige Zusammenarbeit fördern will. Innerhalb der 1986 gegründeten Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (Intergovernmental Authority on Development, IGAD), einem Kooperationsforum für Fragen der Umwelt und Landwirtschaft, das seit 1993 auch regionale Integrationsziele verfolgt, ist es unter den Mitgliedern Äthiopien, Eritrea, Uganda, Sudan und Somalia in den letzten Jahren zu bewaffneten Konflikten bzw. Unterstützung von Aufständischen gekommen. 1995 und 1998 eskalierte ein seit langem schwebender Grenzkonflikt zwischen Ecuador und Peru zu offenem Krieg. Beide Staaten sind Mitglieder der 1969 gegründeten Andengemeinschaft (Comunidad Andina; ursprünglich: Andenpakt), die über einen gemeinsamen Gerichtshof und eine parlamentarische Versammlung verfügt. Eine Freihandelszone ist im Aufbau. Peru ist an diesem Integrations-schritt allerdings erst seit 1997 beteiligt.

**115** Vgl. Solingen, *Economic Liberalisation*.

**116** Vgl. Patrick M. Morgan, *Regional Security Complexes and Regional Orders*, in: *Lake/Morgan* (Hg.), *Regional Orders*, S. 20–42 (39).

**117** In einfachen Präferenzsystemen werden Handelsschranken partiell abgebaut. Es gibt keinen harmonisierten Außen-

derzeitige Regionalismuswelle bewegt sich tendenziell am unteren Ende dieser Skala.<sup>118</sup>

Jüngste Versuche, Regionalismustheorien um eine eigenständige finanzielle Komponente zu ergänzen, bleiben kontrovers. Zwar steigert ein höheres Niveau der monetären Abhängigkeit den Anreiz zur Zusammenarbeit,<sup>119</sup> aber effektive finanzpolitische Zusammenarbeit dürfte in der Regel eine effektive handelspolitische Zusammenarbeit voraussetzen.<sup>120</sup>

Die Kooperationstiefe anhand von drei Kriterien zu bestimmen geht auf Joseph Grieco zurück, einen führenden Vertreter der realistischen Schule internationaler Politik: Ort der Institutionalisierung, thematische Bandbreite und Autorität der regionalen Institution.<sup>121</sup> Er kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, daß die EG/EU im Hinblick auf alle drei Kriterien am besten abschneidet, Ostasien am schlech-

zoll. In einer Wirtschaftsgemeinschaft gibt es starke gemeinschaftliche Institutionen; Teile der Wirtschaftspolitiken und der Rechtssysteme sind angeglichen. Zwischenstufen sind reziproke Präferenzsysteme mit gegenseitiger, selektiver Handelsliberalisierung, Freihandelszonen ohne gemeinsame Außenhandelspolitik, Zollunionen gegebenenfalls mit harmonisierter Außenhandelspolitik und Gemeinsame Märkte mit Freizügigkeit für Dienstleistungen, Arbeit und Kapital sowie Niederlassungsfreiheit für Unternehmer. Vgl. Benno Engels, Regionalisierung und »neuer« Regionalismus, in: Nord-Süd aktuell, 10 (1996) 2, S. 243–253 (245).

**118** Vgl. Langhammer/Hiemenz, Regional Integration among Developing Countries, S. 57. Die aktuelle Zusammenarbeit wird vielfach als »offener Regionalismus« bezeichnet (so im Falle der APEC, s.o.), wobei Beschränkungen für den Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital nicht nur innerhalb der Kooperationszone abgebaut werden, sondern auch, in geringerem Ausmaß, gegenüber Dritten. Vgl. Juan Alberto Fuentes, Open Regionalism and Integration, in: CEPAL Review, (1994) 53, S. 81–89.

**119** Vgl. Erik Gartzke/Quan Li/Charles Boehmer, Investing in the Peace: Economic Interdependence and International Conflict, in: International Organisation, 55 (Frühjahr 2001) 2, S. 391–438 (390).

**120** Vgl. z.B. Jeffrey Frankel, Is Japan Creating a Yen Bloc in East Asia and the Pacific?, in: ders./Miles Kahler (Hg.), Regionalism and Rivalry, S. 189–219; Barry Eichengreen/Jeffrey A. Frankel, Economic Regionalism: Evidence from Two Twentieth Century Episodes, in: North American Journal of Economics and Finance, 6 (1995) 2, S. 89–106; Benjamin J. Cohen, The Political Economy of Currency Regions, in: Mansfield/Milner (Hg.), The Political Economy of Regionalism, S. 50–76; John M. Letiche, Lessons from the Euro Zone for the East Asian Economies, in: Journal of East Asian Economies, 11 (2000) 1, S. 275–300.

**121** Vgl. Joseph M. Grieco, Variation in Regional Economic Institutions in Western Europe, East Asia, and the Americas: Magnitude and Sources, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, 1994 (Discussion Paper Nr. P-94-006).

testen und amerikanische Kooperationsverträge wie NAFTA und der »Markt des Südens« (Mercado del Sur, Mercosur) in einem Mittelfeld angesiedelt sind.<sup>122</sup>

In seinem Erklärungsversuch verwirft Grieco funktionalistische und neofunktionalistische Theorien<sup>123</sup> vom *spillover* der ursprünglich technisch-wirtschaftlichen Kooperation auf verwandte politische Gebiete, weil es auch in wenig integrierten Regionen wie Ostasien zu verstärktem intraregionalem Handel gekommen ist und institutionalisierte Zusammenarbeit umgekehrt auch in Regionen mit wenig intraregionalem Handel stattgefunden hat.<sup>124</sup> Für ähnlich fragwürdig hält er das neorealistic Theorem von der kooperationsfördernden Wirkung einer regionalen Führungsmacht,<sup>125</sup> weil der Vergleich der jewei-

**122** Ebd. Die EG/EU vollendete ihren Gemeinsamen Markt 1993 und etablierte 1999 eine Währungsunion. Der 1994 in Kraft getretene NAFTA-Vertrag schließt die USA, Mexiko und Kanada über zwei bilaterale Abkommen zu einer Freihandelszone zusammen, die im April 2001 operativ wurde. Sie soll bis 2005 zu einer gesamtamerikanischen Freihandelszone (unter Ausschluß Kubas) ausgebaut werden. Mit dem Mercosur-Vertrag von 1991 wurden durch Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay die Grundlagen für eine Zollunion gelegt, die 1994 vollendet wurde, aber seither angesichts eines überhöhten Außenzolls Implementierungsprobleme hat. Ein Gemeinsamer Markt wird angestrebt. Von den letztgenannten Abkommen gehen allein NAFTA und der zugrundeliegende Vertrag zwischen den USA und Kanada über den bloßen Abbau von Handelsbarrieren hinaus und erstrecken sich unter anderem auf Zusammenarbeit beim Umweltschutz und dem Schutz geistigen Eigentums.

**123** Funktionalismus hält *spillover*-Effekte für zwingend, Neofunktionalismus für wahrscheinlich. Vgl. z.B. Ernst B. Haas, The Uniting of Europe: Political, Social, and Economic Forces, 1950–1957, Stanford, CT: Stanford University Press, 1958; ders., Technology, Pluralism, and the New Europe, in: Joseph S. Nye Jr. (Hg.), International Regionalism, Boston: Little, Brown, 1968, S. 149–167; Arthur Stein, Coordination and Collaboration. Regimes in an Anarchic World, in: Stephen D. Krasner (Hg.), International Regimes, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1983, S. 115–140; Robert Axelrodt, The Evolution of Cooperation, New York: Basic Books, 1984; Robert O. Keohane, After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1984; Charles Lipson, International Cooperation in Economic and Security Affairs, in: World Politics, 37 (Oktober 1984) 1, S. 1–23.

**124** Vgl. Grieco, Variation in Regional Economic Institutions, S. 13.

**125** Vgl. z.B. Jack Levy, Long Cycles, Hegemonic Transitions, and the Long Peace, in: Charles Kegley (Hg.), The Long Postwar Peace, New York: Harper Collins, 1991, S. 147–176; eine Differenzierung findet sich in Benjamin Miller, The Global Sources of Regional Transitions from War to Peace, in: Journal of Peace Research, 38 (2001) 2, S. 199–225.

ligen nationalen BIPs als Anteil am regionalen BIP ein höheres Kooperationsniveau in Nordamerika und Ostasien suggerieren würde als in Westeuropa.<sup>126</sup> Würde man die relative Bedeutung Deutschlands, der USA und Japans als Exportmärkte für die jeweiligen regionalen Partner zugrunde legen, wäre in Nordamerika ein wiederum wesentlich höheres Ausmaß der institutionellen Vernetzung zu erwarten.<sup>127</sup> Grieco schlägt deshalb vor, sich auf nationale politische<sup>128</sup> Strukturen und den Wandel in den relativen nationalen Potentialen zu konzentrieren: Je größer die Konvergenz der politischen Systeme und je stabiler die (subjektiv empfundene) regionale Machtverteilung, desto höher das Kooperationsniveau.<sup>129</sup> Was das erstgenannte Kriterium angeht, so erklärt er die Unterschiede zwischen den drei Regionen in Anlehnung an Karl Deutsch vornehmlich mit unterschiedlich erfolgreichen Demokratisierungsprozessen<sup>130</sup> – eine These, die sich in Übereinstimmung mit dem Theorem vom »demokratischen Frieden« befindet.<sup>131</sup>

Diese These ist nicht unumstritten. Während einige Autoren einen unmittelbaren Bezug zwischen Demokratie und dem Niveau multilateraler Verpflichtungen herstellen,<sup>132</sup> geht die Mehrzahl der Beobachter davon aus, daß Demokratie keine zwingende Voraussetzung für regionale Zusammenarbeit ist, daß Demokratisierung gegebenenfalls mehr Konflikte schafft als löst.<sup>133</sup>

126 Ebd., S. 15.

127 Ebd.

128 Der Autor kommt bei der Untersuchung nationaler Wirtschaftsstrukturen zu keinem schlüssigen Ergebnis. Ebd., S. 17f.

129 Ebd., S. 21–23.

130 Vgl. Karl W. Deutsch et al., *Political Community and the North Atlantic Area*, in: *International Political Communities: An Anthology*, Garden City, NY: Anchor Books, 1966 (hier insbesondere S. 27–30). Deutsch stellt Demokratie allerdings gleichberechtigt neben soziokulturelle Werte.

131 Vgl. Thomas Debiel, *Demokratie und Gewalt in einer Welt des Umbruchs. Zur friedenspolitischen Relevanz politischer Herrschaftsformen in den 90er Jahren*, in: Norbert Ropers/ders. (Hg.), *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt*, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 1995, S. 55–86.

132 Vgl. Peter F. Cowhey, *Domestic Institutions and the Credibility of International Commitments: Japan and the United States*, in: *International Organisation*, 47 (Frühjahr 1993) 2, S. 299–326.

133 Vgl. Solingen, *Economic Liberalisation*, S. 70; Edward D. Mansfield/Jack Snyder, *Democratisation and War*, in: *Foreign Affairs*, 74 (1995) 3, S. 79–97. Umgekehrt wird allerdings die Bedeutung tendenziell weitreichender regionaler Integration für die Demokratisierung der Mitgliedstaaten betont. Vgl. Mansfield/Milner, *The New Wave of Regionalism*, S. 605f.

und daß sich Regierungen unter anderem regional engagieren, um innenpolitischen Druck zu neutralisieren.<sup>134</sup> Der aktuelle Konsens betont statt dessen die Bedeutung wirtschaftlicher Liberalisierung für solche Kooperation und interpretiert die jüngste Regionalisierungswelle als Kettenreaktion.<sup>135</sup>

Über das Kooperationsniveau ist damit wiederum nichts ausgesagt. Einige Theoretiker machen dieses von der relativen Stärke nationaler »Pro-Liberalisierungs-Koalitionen« abhängig.<sup>136</sup> Andere betonen die Möglichkeit, bewaffnete Konflikte bei Vorliegen weitreichender monetärer Interdependenz durch alternative »Signale« zu ersetzen.<sup>137</sup> Letztlich wird aber das Gewicht regionaler Institutionen danach beurteilt werden müssen, ob sie durch eine gerechtere Verteilung der Liberalisierungsgewinne zu friedlicher binnen- und zwischenstaatlicher Konfliktlösung beitragen.<sup>138</sup> Hier wiederum gilt, daß von der Bevölkerung erwartet wird, daß Demokratie Einkommensungleichheit abbaut. Das Überleben von Demokratien wird wahrscheinlicher, wenn ihnen das gelingt.<sup>139</sup>

134 Vgl. z.B. Andrew Moravcsik, *Preferences and Power in the European Community: A Liberal-Intergovernmental Approach*, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (1993) 4, S. 473–524 (485). Strenggenommen dürfte die Versuchung zur Neutralisierung innenpolitischen Drucks durch Regionalisierung allerdings um so größer sein, je pluralistischer der jeweilige Staat organisiert ist. Vgl. z.B. José Augusto Guilhon Albuquerque, *Mercosur: Democratic Stability and Economic Integration in South America*, in: Jeffrey J. Anderson (Hg.), *Regional Integration and Democracy. Expanding on the European Experience*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, 1999, S. 261–283 (271).

135 Vgl. z.B. Mansfield/Milner, *The New Wave of Regionalism*, S. 604f; Schirm, *Globale Märkte*, S. 25; Solingen, *Economic Liberalisation*; ders., *Regional Orders at Century's Dawn. Global and Domestic Influences on Grand Strategy*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1998, S. 98–105; Richard Baldwin, *The Causes of Regionalism*.

136 Vgl. Solingen, *Regional Orders at Century's Dawn*, S. 48–54.

137 Vgl. Gartzke/Li/Boehmer, *Investing in the Peace*.

138 Vgl. z.B. Peter Robson, *The New Regionalism and Developing Countries*, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (September 1993) 3, S. 329–348 (332).

139 Vgl. Adam Przeworski u.a., *What Makes Democracies Endure?*, in: *Journal of Democracy*, 7 (Januar 1996) 1, S. 39–55 (43). Einen funktionalen Zusammenhang zwischen Demokratie und Verteilungsgerechtigkeit etabliert Edward N. Muller, *Democracy, Economic Development, and Income Inequality*, in: *American Sociological Review*, 53 (1988), S. 50–68; zu Demokratie und Konfliktlösung im Inneren vgl. Senghaas, *Die OECD-Welt*, S. 53; Heinrich-W. Krumwiede, *Wie können die jungen Demokratien trotz ungünstiger Bedingungen überleben?*, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung

Darüber hinaus vermitteln gefestigte Demokratien unvermeidliche Opfer<sup>140</sup> besser als Nicht-Demokratien und hat der jeweilige nationale Demokratisierungsgrad folglich Auswirkungen auf das Kooperationsniveau. Schließlich ist zu vermuten, daß auch *spillover*-Effekte vom Demokratisierungsgrad der Beteiligten abhängen. Wenn Demokratie in den Mitgliedstaaten irreversibel ist, wird auch demokratisch vermittelte institutionelle Integration irreversibel.

Wissenschaft und Politik, Oktober 1993; eine Differenzierung nach unterschiedlichen Demokratie-Typen findet sich in Shalendra D. *Sharma*, Democracy, Neoliberalism, and Growth with Equity: Lessons from India and Chile, in: Contemporary South Asia, 8 (1999) 3, S. 347–371. Eine allgemein-funktionale Demokratietheorie entwickelt Jane J. *Mansbridge*, Beyond Adversary Democracy, Chicago: University of Chicago Press, 1983.

**140** Zu diesen Opfern zählen sowohl der Abbau etablierter Systeme sozialer Sicherheit als auch ein (jedenfalls vorübergehend unvermeidbares) Demokratie-Defizit auf der supranationalen Ebene.

## Unvollständige Autonomie oder Angelpunkt? Die ASEAN-Erfahrung

Die Gemeinschaft Südostasiatischer Nationen wurde in der Vergangenheit alternativ als »einer der wichtigsten Akteure im pazifischen Asien«,<sup>141</sup> »eine lockere Ansammlung kleinerer Staaten in Südostasien«<sup>142</sup> oder »ein Katalysator, eine Art Mittelsmann zwischen wiedererwachendem Nationalismus (auf der einen Seite), wachsendem Internationalismus und wachsender Interdependenz (auf der anderen)«<sup>143</sup> definiert. In den 90er Jahren verbanden einige Beobachter insbesondere mit dem ARF die Erwartung, es werde der ASEAN, im Verband mit anderen regionalen Mittelmächten wie Südkorea, gelingen, regionale und potentielle Großmächte wie die USA, China, Japan – für manche auch Rußland und Indien – auszubalancieren und zum Angelpunkt in einem neuen Mächtekonkordat zu werden.<sup>144</sup> Die optimistischeren Bewertungen sind heute jedoch eher die Ausnahme, weil die »lockere Ansammlung« anscheinend keine hinreichende Grundlage für die Übernahme der Katalysatorenrolle bietet.

1954, zu Beginn der amerikanischen *containment*-Strategie in Südostasien, standen die späteren Gründungsmitglieder der ASEAN mit Ausnahme des blockfreien Indonesien im westlichen Lager.<sup>145</sup> Singapur, Malaysia und die Nordborneo-Staaten blieben Großbritannien als ehemalige Kolonien auch nach Erlangung der Unabhängigkeit sicherheitspolitisch eng verbunden. Thailand und die Philippinen gehörten zu

den Initiatoren der Südostasiatischen Vertragsorganisation (Southeast Asian Treaty Organisation, SEATO) und ab 1966 zu den sogenannten Sieben von Manila, die an der Seite der USA am Vietnamkrieg teilnahmen. Sie sind seither Bündnispartner der USA geblieben.

Die Bangkokener Gründungserklärung der ASEAN vom August 1967 nennt wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit als wesentliche Inhalte der angestrebten Kooperation. Bis heute kennt die Gemeinschaft nur rudimentäre Ansätze für eine gemeinsame Sicherheitspolitik.<sup>146</sup> Zweifellos waren aber die Gründungsmotive sicherheitspolitischer Natur: Während sich der Vietnamkrieg auf Laos und Kambodscha ausweitete und Thailand eine Gefährdung seiner Grenzen nicht mehr ausschließen konnte, kündigte die britische Regierung im Juli 1967 ihren Rückzug »östlich von Suez« und damit aus ihren Stützpunkten in Malaysia und Singapur an. Die Gründungsmitglieder der ASEAN wollten einhergehenden Risiken durch eine Stärkung der »wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der Region« begegnen.<sup>147</sup>

Auslösendes Moment für ihre Initiative war mit der Krise im malaiischen Archipel (1963–1965) ein intraregionaler Konflikt gewesen. Indonesiens Präsident Sukarno hatte versucht, den Zusammenschluß der vormaligen britischen Kolonien auf der malaiischen Halbinsel und in Nordborneo zu einer Föderation zu verhindern – auch durch bewaffnete Übergriffe. Die resultierenden Spannungen wurden durch zusätzliche Differenzen zwischen den regionalen Akteuren, etwa einen philippinischen Territorialanspruch auf Britisch-Nordborneo (den späteren ostmalaysischen Bundesstaat Sabah) weiter kompliziert. Autoritäre prowestliche Eliten fürchteten um den Machterhalt.

**141** Vgl. Barbara Dreis/Susanne N. Strauß, Die Außenbeziehungen der ASEAN, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 24.3.1995, S. 13–19.

**142** Vgl. Bruce Cumings, What Is a Pacific Century and How Will We Know when It Begins?, in: Current History, (Dezember 1994) 587, S. 401–406.

**143** Vgl. Norman D. Palmer, The New Regionalism in Asia and the Pacific, Lexington, MA: Lexington Books, 1991, S. 11. Solingen spricht von »einem neuen Modell der politischen Ökonomie, das für Synergien der innenpolitischen, regionalen und internationalen Sphären empfänglich war.« (Etel Solingen, Regional Conflict and Cooperation: The Case of Southeast Asia, Washington: Columbia International Affairs Online, 2001, S. 3.)

**144** Vgl. Paul Dibb, Towards a New Balance of Power in Asia, Oxford: Oxford University Press, 1995 (IISS, Adelphi Paper Nr. 295).

**145** Dazu gehörten Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen.

**146** Abgesehen von einer begrenzten Kooperation der Nachrichtendienste gibt es bis heute nur eine bi- oder trilaterale militärische Zusammenarbeit, ursprünglich bei der grenzüberschreitenden Verfolgung kommunistischer Partisanen, in den 90er Jahren auch bei gemeinsamen Manövern, etwa im Südchinesischen Meer.

**147** Präambel zur Bangkokener Erklärung der Außenminister vom 8. August 1967, zitiert in: Frank Frost, ASEAN since 1967. Origins, Evolution, and Recent Developments, in: Alison Broinowski (Hg.), ASEAN into the 1990s, Basingstoke: Macmillan, 1990, S. 1–31.

1965 endete die Malaysiakrise mit der Entmachtung Sukarnos durch die indonesische Armee, dem Ausscheiden Singapurs aus der malaysischen Föderation und thailändischer Vermittlung zwischen Kuala Lumpur und Manila in der Sabah-Frage. 1967 kündigte der amerikanische Präsident Johnson einen Milliardenkredit für nichtkommunistische Staaten Südostasiens unter der Voraussetzung an, daß Dritte, wie Japan, ihrerseits Beiträge leisteten und die Mittel im Rahmen multilateraler Zusammenarbeit verteilt würden (s.o.). Die Gründung der ASEAN war auch als Reaktion auf dieses Angebot zu verstehen. Das Resultat war George Liska zufolge weniger ein autonomes Modell regionaler Sicherheit als eine vom amerikanischen Hegemon geduldete Variante regionaler Autonomie, bei der sich die Teilnehmer gegenseitig ausbalancierten.<sup>148</sup>

Die Gründungsmitglieder teilten die Sorge vor einem Übergreifen des asiatischen Kommunismus auf ihre Länder, waren aber weder fähig noch willens zu beschreiben, was ihr Zusammenschluß konkret dagegen ausrichten sollte. Indonesien blieb auch nach Sukarnos Sturz blockfrei, die Volkswirtschaften der ASEAN-Staaten waren substitutiv, sie konkurrierten um dieselben westlichen Märkte, und der Handel miteinander erreichte zu Anfang der 80er Jahre nur 15 Prozent ihres Gesamthandels.<sup>149</sup> Von den in den 80er Jahren konzipierten »subregionalen Wachstumsdreiecken« war nur das Dreieck Singapur–Johore–Riau erfolgreich, bis die indonesische Krise ab 1997 auch dieses Experiment beschädigte.

Das strategische Interesse auswärtiger Mächte an Südostasien war schon vor Ende des Kalten Krieges durch erhebliche Fluktuationen gekennzeichnet, auf die die Gemeinschaft mit wechselndem Erfolg zu reagieren versuchte. Als Richard Nixon im Juni 1969 den militärischen Rückzug der USA vom südostasiatischen Festland ankündigte, machte Malaysia den Vorschlag, die Gesamtregion unter Großmachtgarantien zu neutralisieren. Dieser Vorschlag wurde 1971 auf indonesischen Einspruch zu der Absichtserklärung verwässert, später eine »Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität« (Zone of Peace, Freedom, and Neutrality, ZOPFAN) zu schaffen, deren konstitutive Elemente, abgesehen von der Forderung nach einem

Stationierungsverbot für ausländische Truppen und den Verzicht auf Einmischung von außen, nicht weiter präzisiert wurden. Von Großmachtgarantien war nun keine Rede mehr. Dafür enthielt die Erklärung jetzt einen Hinweis auf die Schaffung einer Südostasiatischen Atomwaffenfreien Zone (Southeast Asian Nuclear Weapons Free Zone, SEANWFZ), die allerdings erst 1987 integraler ZOPFAN-Bestandteil wurde.<sup>150</sup>

Der erste Gipfel der Staats- und Regierungschefs der ASEAN fand im Februar 1976 vor dem Hintergrund der kommunistischen Siege in Indochina und der Wiedervereinigung Vietnams auf Bali statt. Jakarta nahm diese Entwicklungen zum Anlaß für einen Vorstoß zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit auf Kosten bestehender Allianzen, scheiterte damit aber an den betroffenen Partnern.<sup>151</sup> Der in Bali geschlossene TAC (s.o.) wurde zwar grundsätzlich für alle Staaten der Region geöffnet; Indonesien belegte allerdings den Beitritt externer Großmächte mit einem Veto. Mit dem Vertrag wurde ein »Hoher Rat« zur Schlichtung von territorialen und anderen Konflikten geschaffen, der aber niemals einberufen wurde, denn jeder ASEAN-Staat erhebt territoriale Ansprüche gegenüber seinen ASEAN-Nachbarn.

Ende 1978 zwang der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha die Gemeinschaft zu einer neuen Standortbestimmung, verhalf ihr aber auch zu neuer weltweiter Beachtung. Nach dem Scheitern indonesischer und malaysischer Vermittlungsbemühungen ergriff die ASEAN effektiv Partei für die antivietnamesische Koalition, und es bedurfte des Endes des Kalten Krieges und einer Wiederannäherung zwischen Bangkok und seinen indochinesischen Nachbarn (s.o.), um Ende der 80er Jahre den Weg für Vermittlungsbemühungen zu ebnen. Wenn sich die ASEAN letztlich als unfähig erwiesen hat, eine Lösung aus eigener Kraft herbeizuführen, und die Vermittlerrolle an den Welt-sicherheitsrat abtreten mußte, dann vornehmlich aufgrund unterschiedlicher Bewertungen durch ihre prochinesischen und provietnamesischen Lager: Indonesien sah die Volksrepublik China seit 1965 als größere Gefahr, verstand Vietnam als Hindernis für chinesischen Expansionismus und beobachtete das Entstehen einer »Achse Peking–Bangkok« mit Sorge. Jakarta engagierte sich in den folgenden Jahren für einen ASEAN-Beitritt Vietnams, der zwar 1995 voll-

<sup>148</sup> Vgl. George Liska, *Alliances and the Third World*, Baltimore, MD: Johns Hopkins Press, 1968, S. 44f.

<sup>149</sup> Hiervon lief ein beträchtlicher Teil Zwischenhandel über Singapur. Seither blieb der Intra-ASEAN-Handel trotz Einführung von Vorzugszöllen für bestimmte Produkte mit ca. 20% stabil.

<sup>150</sup> Vgl. Heiner Hänggi, *Neutralität in Südostasien*, Bern/Stuttgart/Wien: Paul Haupt, 1992, S. 218.

<sup>151</sup> Vgl. Frost, *ASEAN since 1967*, S. 8.



zogen wurde, aber nur um den Preis der anschließenden Aufnahme von Laos (1997), Birma (1997) und Kambodscha (1998), die unterschiedlich gute Beziehungen zu Thailand und China unterhielten.

Vor dem Hintergrund des kambodschanischen Bürgerkrieges unternahm die Gemeinschaft erste Versuche, ihre wachsenden ökonomischen (sowie, unausgesprochen, auch sicherheitspolitischen) Interdependenzen mit Drittmächten zu institutionalisieren. So traf man sich ab 1978 im Anschluß an die jährlichen Treffen der Außen- und Wirtschaftsminister der ASEAN im PMC-Rahmen mit den wichtigsten Handelspartnern und in den 90er Jahren auch mit den wichtigsten sicherheitspolitischen Partnern.<sup>152</sup>

Anfang der 90er Jahre war für die ASEAN nicht nur der Kambodschakonflikt, sondern auch die generelle Herausforderung durch den indochinesischen Kommunismus als Stellvertreter des Weltkommunismus als bindendes Element entfallen. Moskau und Washington zogen sich aus Südostasien zurück. China wurde zum wirtschaftlichen Konkurrenten und sicherheitspolitischen Risiko, Thailand zur dominierenden Festlandsmacht. Mit Gründung der APEC im November 1989 sahen sich die Sieben<sup>153</sup> erstmals auch in ihrer Ambition als Wirtschaftsgemeinschaft hinterfragt. Der Singapur Gipfel vom Januar 1992 versuchte, diesen Entwicklungen durch teils spektakuläre Weichenstellungen gegenzusteuern: Beschlossen wurden die Einrichtung einer ASEAN-Freizone (ASEAN Free Trade Area, AFTA) ab 2007, die Gründung des ARF – mit der die ZOPFAN de facto obsolet wurde<sup>154</sup> – und die Erweiterung nach Norden.

Letztere sollte erste Anzeichen für eine Überdehnung der Gemeinschaft liefern. Insbesondere Birma brachte ein massives Menschenrechtsproblem mit, das die Beziehungen zum Westen fortan belastete. Kambodschas Beitritt mußte von 1997 auf 1998 verschoben werden, nachdem der postkommunistische Premierminister Hun Sen seinen royalistischen Koalitionspartner außer Landes geputscht hatte und Vermittlungsbemühungen auch hier erst nach der Einschaltung von Dritten, in diesem Falle Japan,

erfolgreich waren. Das neue innergemeinschaftliche Entwicklungs- und Öffnungsgefälle führte zu einer »AFTA à deux vitesses«, wobei die neuen Mitglieder ihre Importzölle bis 2007 (Vietnam: 2006) reduzieren und die alten Mitglieder die erste Stufe des Liberalisierungsziels dafür schon 2003 erreichen sollten. Vor allem aber interpretierten die neuen Mitglieder jenen »ASEAN Way« aus Konsenszwang, Nichteinmischung, kleinstem gemeinsamem Nenner und »Frontstaatsprinzip« – bei dem derjenige Staat den Ausschlag gibt, der von relevanten Entwicklungen am meisten betroffen ist – zunehmend exzessiv und auf Kosten der ursprünglichen *raison d'être* der Gemeinschaft, der Einbindung Indonesiens.

Ausgerechnet Indonesien sah sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre daran gehindert, sich solchen Tendenzen zu widersetzen. Bereits vor der außenpolitischen Lähmung Jakartas durch die Ostasienkrise hatte sich die ASEAN 1997 als unfähig erwiesen, die durch Brandrodung in Sumatra und Borneo zum wiederholten Mal eingetretene Smog-Katastrophe wirksam einzudämmen.<sup>155</sup> Eine Bekämpfung der Ursachen hätte die Isolierung des Suharto-Regimes vorausgesetzt, das für die Vetternwirtschaft zwischen Plantagenbesitzern und Politik verantwortlich zeichnete, ein Vorgehen, das den erwähnten ASEAN-Grundsätzen widersprochen hätte.

Während die Ostasienkrise zu innerregionalem Wohlstandsgefälle und politischen Spannungen im malaiischen Archipel führte,<sup>156</sup> ließen gemeinsame Gegenmaßnahmen auf sich warten. Im Mai 1997 erwogen und verwarfen die Finanzminister der Gemeinschaft eine gemeinsame Intervention zur Stabilisierung des thailändischen Baht. Wenige Monate darauf beschloß die ASEAN, bei der ADB in Manila einen eigenen finanziellen Überwachungsmechanismus einzurichten, um künftigen Krisen vorzubeugen.<sup>157</sup> Bis zur Umsetzung verging fast ein Jahr, weil sich einzelne Mitglieder dagegen wehrten, potentiell sensitive Wirtschaftsdaten weiterzureichen. Schließlich einigte man sich, solche Daten nur auf

**152** Australien, EG, Japan, Kanada, Neuseeland, USA; seit 1991 Südkorea; seit 1996 China und Rußland.

**153** Brunei war 1984 ASEAN-Mitglied geworden.

**154** Unter anderem als Reaktion auf diese Entwicklung schloß Indonesien im Dezember 1995 ein sicherheitspolitisches Abkommen mit Australien und relativierte damit seine bisherige Politik der Blockfreiheit. Das Abkommen wurde nach der australischen Intervention in Osttimor im September 1999 gekündigt.

**155** Auch der im Anschluß an die Krise von Malaysia, Singapur und Indonesien verabschiedete »Regionale Smog-Aktionsplan« hat dies in den folgenden Jahren nicht verhindern können.

**156** Vgl. Zakaria Haji Ahmad/Baladas Ghoshal, *The Political Future of ASEAN after the Asian Crisis*, in: *International Affairs* (London), 75 (Oktober 1999) 4, S. 759–778 (765).

**157** Mit der Entwicklung des Mechanismus wurden neben der ADB auch die Finanzministerien und Zentralbanken sowie das ASEAN-Sekretariat beauftragt.

freiwilliger Basis zu übermitteln und sich gegenseitig zu solcher Freiwilligkeit zu ermuntern.<sup>158</sup> Singapur lehnte es ab, den Singapur-Dollar zur gemeinsamen Währung zu machen (s.u.).

Der informelle ASEAN-Gipfel von Kuala Lumpur erbrachte 1998 eine Gemeinsame Erklärung zur finanziellen Lage der Mitgliedstaaten und die Verabschiedung der sogenannten »Vision 2020«, derzufolge das fast 30 Jahre alte und weiterhin nicht präzisierte ZOPFAN-Konzept bis zu diesem Termin umgesetzt werden soll.<sup>159</sup> Dasselbe Dokument stellte Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Integration, der Liberalisierung des Finanzsektors, Umwelt- und Lebensmittelsicherheit sowie die Schaffung einer »sozial geeinten und fürsorglichen ASEAN« (sic) in Aussicht. Zu diesem Zweck sollen regionale Institutionen aufgebaut oder gestärkt und gemeinsame Regeln entwickelt werden, »um mit Problemen umzugehen, die nur auf regionaler Ebene angegangen werden können, darunter Umweltverschmutzung und -zerstörung, Drogen-, Frauen- und Kinderhandel und andere transnationale Verbrechen«. Abschließend wurde angekündigt, daß »unsere Nationen mit Zustimmung und größerer Mitwirkung der Menschen regiert werden sollen, insbesondere was die Wohlfahrt und Würde der menschlichen Personen und den Nutzen für die Gemeinschaft angeht.«<sup>160</sup>

Diese etwas umständliche Formel war der halbherzige Versuch, jenes Menschenrechtsproblem anzusprechen, das die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und dem Westen seit Indonesiens Besetzung Osttimors 1975 belastete. Nach dem Kalten Krieg und angesichts des Birma-Problems hatten sich einige Mitglieder entschlossen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Den ersten Vorstoß in diese Richtung unternahm 1997 der stellvertretende malaysische Premierminister Anwar Ibrahim mit einem Vorschlag für gegenseitige »konstruktive Intervention«.<sup>161</sup> Im darauffolgenden Jahr schlug der thailändische Außenminister Surin Pitsuwan mit Unterstützung seines philippinischen Kollegen vor,

das traditionelle Prinzip der gegenseitigen Nicht-einmischung durch ein neues Konzept des »flexiblen Engagements« zu ersetzen, mit dem festgestellt werden sollte, ob »das Ansehen und die Stimme der ASEAN durch die Regierungsstrukturen von Mitgliedstaaten, mangelnde Transparenz und die Haltung der Mitglieder zu Demokratie und Menschenrechten beeinträchtigt« würden.<sup>162</sup> Die Berater des thailändischen Außenministers zitierten später finanzpolitische Intransparenz, illegale Immigration und Kinderprostitution als Beispiele,<sup>163</sup> aber Surin selbst dachte fraglos an Birma, das zwischen 1988 und 1998 eine Million illegale Immigranten nach Thailand exportiert und dessen Streitkräfte die thailändische Grenze wiederholt überschritten hatten.

Der Vorschlag wurde jedoch von allen übrigen Mitgliedern abgeblockt. Ersatzweise vereinbarten sie nunmehr, den TAC für Zeichnung durch Dritte zu öffnen und die Schaffung der AFTA und einer ASEAN-Investitionszone (ASEAN Investment Area, AIA<sup>164</sup>) zu beschleunigen. Im Dezember 1998 wurden auf dem Gipfel von Hanoi ein weiterer thailändischer Vorschlag zur Schaffung eines gemeinsamen Sozialfonds und eine philippinische Initiative zur erstmaligen Einberufung des »Hohen Rates« für die Lösung von Territorialproblemen abgelehnt. Der sogenannte Aktionsplan von Hanoi zog die Initialphase der AFTA von 2003 um ein Jahr vor und stellte Anreize für ausländische Investoren in Aussicht,<sup>165</sup> aber weder machte die AIA institutionelle Fortschritte, noch verständigte man sich auf gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der akuten Krise.

Das ASEAN-Außenministertreffen von Singapur behandelte im Juli 1999 zwar Themen wie Menschenrechte, »governance« und Zivilgesellschaft; es zog allerdings keine institutionellen Schlußfolgerungen. Die Philippinen schlugen einen Verhaltenskodex für das Südchinesische Meer vor, und Peking erklärte sich während des anschließenden Dialogs bereit, einen diesbezüglichen ASEAN-Entwurf zu prüfen,<sup>166</sup> aber die Prüfung ist seither ohne Ergebnis geblieben.

**158** Vgl. Jeannie Henderson, *Reassessing ASEAN*, Oxford: Oxford University Press, 1999 (IISS, Adelphi Paper Nr. 328), S. 43; Michael Wesley, *The Asian Crisis and the Adequacy of Regional Institutions*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 21 (April 1999) 1, S. 54–73 (58).

**159** Vgl. *ASEAN into the Next Millennium*, Jakarta: ASEAN-Sekretariat, 1999, S. 2.

**160** Ebd., S. 7.

**161** Vgl. Anwar Ibrahim, *Crisis Prevention*, in: *Newsweek*, 21.7.1997, S. 29.

**162** Vgl. Jürgen Haacke, *The Concept of Flexible Engagement and the Practice of Enhanced Interaction: Intramural Challenges to the ASEAN Way*, in: *The Pacific Review*, 12 (1999) 4, S. 581–611 (584).

**163** Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 23.7.1998, S. 20.

**164** Demnach sollen gegenseitige Direktinvestitionen ab 2010 gleichbehandelt werden.

**165** Vgl. *ASEAN into the Next Millennium*, S. 12f.

**166** Vgl. *Far Eastern Economic Review*, 5.8.1999, S. 17f.

Im September 1999 scheiterten Bemühungen zur Schaffung einer ASEAN-Eingreiftruppe für Osttimor an einer thailändisch-malaysischen Kontroverse über das Oberkommando.

Zwei Monate später einigten sich die sechs Gründungsmitglieder der ASEAN, untereinander sämtliche Importzölle bis 2010 (anstatt 2015) abzuschaffen; nur Malaysia verlangte eine Ausnahmeregelung für seine nationale Autoindustrie. Im folgenden Jahr bestand Kuala Lumpur auf einer dreijährigen Verschiebung der Einbeziehung seines Automobilsektors in die AFTA-Initialphase. In Thailand und den Philippinen wurden ähnliche Überlegungen mit Bezug auf Palmöl bzw. Erdölprodukte angestellt.<sup>167</sup> Die Gemeinschaft legalisierte den malaysischen Sonderwunsch mit einer Ausnahmeregelung.<sup>168</sup>

Im Juli 2000 formalisierten die ASEAN-Außenminister auf ihrem Treffen in Bangkok jene ministerielle Troika, die drei Jahre zuvor erfolglos versucht hatte, zwischen den verfeindeten Regierungsparteien in Phnom Penh zu vermitteln. Widerspruch aus Birma und den indochinesischen Staaten verhinderte dabei die Erteilung eines eindeutigen und autonomen Mandats.<sup>169</sup>

Wenige Monate darauf stockte die ASEAN das Volumen eines 1977 geschaffenen Devisen-Austausch-Mechanismus von 200 Millionen US-Dollar auf eine Milliarde US-Dollar auf. Es wurde vereinbart, daß ein Zugriff nur im Zusammenhang mit einem IWF-Programm erfolgen sollte.<sup>170</sup>

Eine unmittelbare Folge der regionalen Krise war die Wiederbelebung des Wettbewerbs auswärtiger Mächte um Einfluß in Südostasien. China baute seine Stellungen im Spratly-Archipel und seine Beziehungen zu den Staaten des Festlands aus, die USA verschärften ihre Menschenrechtspolitik gegenüber Indonesien und Malaysia, und Japan versuchte, seine wirtschaftliche Führungsrolle in der Region zu konsolidieren (s.u.). Nach den Terroranschlägen in New York und Washington am 11. September 2001 zeichnete sich

eine weitere Stärkung der bilateralen Allianzen und Partnerschaften der USA ab,<sup>171</sup> während die ASEAN insgesamt unfähig war, einen gemeinsamen Standpunkt zur amerikanischen Intervention in Afghanistan zu formulieren.

Gleichzeitig wurden in und um Südostasien neue Kooperationsformen erörtert, die die Relevanz der ASEAN potentiell weiter schmälerten. So vereinbarten die Außenminister Australiens und Indonesiens im Dezember 2000 die Gründung eines neuen regionalen Forums unter Einbeziehung Osttimors, Papua-Neuguineas sowie möglicherweise der Philippinen.<sup>172</sup> Wenig später trat ein Abkommen zwischen Singapur und Neuseeland über eine »engere wirtschaftliche Partnerschaft« in Kraft, das auf Australien, die USA und Chile ausgedehnt werden soll.<sup>173</sup> Südkorea, Japan und Hongkong haben Interesse an einer Mitwirkung signalisiert, während Malaysia Singapur aufforderte, der ASEAN-Kooperation Vorrang einzuräumen;<sup>174</sup> China und die ASEAN prüften die Einrichtung einer gemeinsamen Freihandelszone (s.u.).

Die Schwierigkeiten der ASEAN-Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert spiegeln im wesentlichen die Probleme autoritärer Eliten wider, die durch beschleunigte Globalisierung und die einhergehende Herausbildung nationaler, regionaler und globaler Zivilgesellschaften unter Druck geraten sind.<sup>175</sup> Zum einen kann Wachstum künftig nicht mehr ausschließlich auf Kapitalakkumulation oder billige Arbeit setzen, da eine Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum eine anhaltende Steigerung jener Totalen Faktor-Produktivität (TFP, gemeint ist die ökonomisch-technologische Kreativität) ist, die etwa für den Erfolg der taiwanesischen Volkswirtschaft in den 90er Jahren verantwortlich war. TFP ist nicht von oben planbar, sondern auf politische Liberalisierung und Dezentralisierung angewiesen – Entwicklungen, die die meisten südostasiatischen Herrschaftseliten bisher vermeiden wollten. Zum anderen hatte sich das Einkommens-

167 Ebd., 10.8.2000, S. 22.

168 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.2000, S. 18.

169 Vgl. Far Eastern Economic Review, 10.8.2000, S. 22.

170 Vgl. Markus Diehl/Peter Nunnenkamp, Lehren aus der Asienkrise. Wirtschaftspolitische Reaktionen und fortbestehende Reformdefizite, Kiel: Institut für Weltwirtschaft, April 2001, S. 21. Ursprünglich durften Mitglieder nur bis zu 80 Mio. US-Dollar für drei Monate leihen. Im Rahmen des neuen Arrangements soll nicht nur das Volumen ausgeweitet, sondern auch die Laufzeit verlängert werden. Vgl. John M. Letiche, Lessons from the Euro Zone, S. 291.

171 So intensivierte die Bush-Administration die begrenzten Militärbeziehungen zu Indonesien und entsandte Militärberater in die südlichen Philippinen.

172 Vgl. Far Eastern Economic Review, 21.12.2000, S. 12.

173 Diesem Vorhaben stehen Malaysia, Indonesien und die Philippinen kritisch gegenüber. Vgl. Südostasien aktuell, 19 (November 2000) 11, S. 476.

174 Vgl. Stratfor.com Global Intelligence Update, 28.11.2000 (online).

175 Vgl. Barry K. Gills, The Crisis of Postwar East Asian Capitalism: American Power, Democracy, and the Vicissitudes of Globalisation, in: Review of International Studies, 26 (Juli 2000) 3, S. 381–403.

gefälle in den meisten Staaten Südostasiens bereits vor der Krise verschärft,<sup>176</sup> und den Regierungen fehlen die Mittel, um ihre vielfach populistische Rhetorik mit Inhalten zu füllen. Aus Populismus wird unter solchen Umständen leicht Nationalismus.<sup>177</sup> Es bleibt bei einer »pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft«, die das Stadium noch nicht erreicht hat, in dem »das gegenseitige Vertrauen so stark ist, daß die Anwendung von Zwang gegenüber (anderen ASEAN-) Mitgliedern undenkbar wird.«<sup>178</sup>

**176** Vgl. World Resources 1998–1999, Washington: World Resources Institute, 1999 (online).

**177** Kurlantzick verweist in diesem Zusammenhang auf die Anti-Freihandelsrhetorik von ASEAN-Führern wie dem thailändischen Premierminister Thaksin Shinawatra und dem ehemaligen philippinischen Präsidenten Joseph Estrada. Vgl. Kurlantzick, *Is East Asia Integrating?*, S. 24f. Diese Tendenz könnte sich vor dem Hintergrund der neuen fundamentalistischen Herausforderung in einigen Fällen weiter verstärken.

**178** Yuen Foong Khong, *ASEAN and the Southeast Asian Security Complex*, in: *Lake/Morgan, Regional Orders*, S. 318–339 (337). An dieser Diagnose dürfte auch die nach dem 11. September 2001 in Angriff genommene anti-terroristische Zusammenarbeit zwischen mehreren ASEAN-Staaten nichts ändern. Vgl. BBC, 18.9.2001, zitiert in: *Asia-Pacific Media Brief*, 19.9.2001 (online).

## ASEAN+3: Aufbruch ohne neue Ufer

Die Ursprünge jenes Dialograhmens, der heute unter der Bezeichnung ASEAN+3 firmiert, datieren vom Dezember 1990, als der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad im Gespräch mit seinem chinesischen Kollegen Li Peng die Gründung eines Ostasiatischen Wirtschaftsblocks (East Asian Economic Bloc, EAEB) vorschlug, ohne daß er seine ASEAN-Partner zuvor konsultiert hätte.<sup>179</sup> Hintergrund waren Probleme bei der globalen Handelsliberalisierung und die Herausbildung entsprechender Formationen in Westeuropa und Nordamerika (s.o.). Mahathir setzte sich dafür ein, diesmal »Nicht-Asiaten« wie die USA, Kanada und Australien auszuschließen, weil in einem solchen Rahmen mittlere Mächte wie Malaysia nur verlieren könnten.<sup>180</sup> Wie schon in seiner zehn Jahre zuvor proklamierten »Look East«-Politik hatte der malaysische Regierungschef die wirtschaftliche und diplomatische Führungsrolle für Japan reserviert.<sup>181</sup> Während Tokyo aber mit Rücksicht auf seine transpazifischen Bindungen unverbindlich reagierte,<sup>182</sup> signalisierte Peking schon bald Zustimmung.<sup>183</sup>

1991 stellte Malaysia das Projekt unter der neuen Bezeichnung Ostasiatische Wirtschaftsgruppe (East Asian Economic Grouping, EAEG) auf einer ASEAN-Ministerkonferenz vor und stieß damit sowohl in Freihandelsstaaten wie Singapur als auch in Indonesien auf Kritik, das der ASEAN-Kooperation den Vorzug

geben wollte, um die eigene Dominanz zu sichern.<sup>184</sup> Im Oktober 1991 widmete die Gemeinschaft die EAEG zum lockeren, APEC-kompatiblen Konsultationsforum mit China, Japan und Südkorea (nicht aber Hongkong und Taiwan) um.<sup>185</sup> Zwei Jahre darauf beschloß man, das Konzept unter dem neuen Namen Ostasiatischer Wirtschaftskaukus (East Asian Economic Caucus, EAEC) als einen der ASEAN-Wirtschaftsministerkonferenz verantwortlichen Ausschuß in die APEC einzugliedern.<sup>186</sup>

Sechs Jahre vergingen, ehe Mahathirs Plan mit Ausbruch der ostasiatischen Krise unerwartet neue Impulse erhielt.<sup>187</sup> Der malaysische Premierminister hatte die Rolle des IWF in der Krise von Anfang an kritisiert und Tokyo ermuntert, diese zu einer eigenen Initiative zu nutzen. Im September 1997 schlug der japanische Vertreter auf einem Treffen der G 7-Finanzminister die Schaffung eines mit 100 Milliarden US-Dollar dotierten Asiatischen Währungsfonds (AWF) vor. Hilfleistungen des AWF sollten anscheinend weniger strikt konditioniert werden als jene des Washingtoner Pendant.<sup>188</sup> Auf dem Jahrestreffen von IWF und Weltbank stieß dieses Projekt wenig später auf die Zustimmung Hongkongs, Malaysias und Thailands, während sich Vertreter des Fonds, der USA, mehrerer EU-Mitgliedstaaten und der Volksrepublik China ablehnend äußerten.<sup>189</sup> Im selben Zusammenhang schlug der thailändische Finanzminister den ASEAN-Partnern die Einführung des Singapur-Dollars als gemeinsame Währung vor, ein Ansinnen, daß der Stadtstaat ablehnte.<sup>190</sup> Nichtsdestotrotz gab es Belege

**179** Vgl. Klaus-A. Pretzell, Der Ostasiatische Wirtschaftstag (EAEC), in: Südostasien aktuell, 10 (November 1991) 6, S. 590–593.

**180** Darüber hinaus strebte Mahathir eine engere Einbindung Chinas an, um den Abfluß des Kapitals malaysischer Auslandschinesen in die Volksrepublik einzudämmen. Vgl. Berger, APEC and Its Enemies, S. 1020f. Das ausformulierte EAEB-Konzept findet sich in Mahathirs Rede auf der Konferenz über The ASEAN Countries and the World Economy: Challenge of Change, Bali: Centre for Strategic and International Studies, 3.–5.3.1991, zitiert in: Linda Low, The East Asian Economic Grouping, in: The Pacific Review, 4 (1991) 4, S. 375–382.

**181** Vgl. Berger, APEC and Its Enemies, S. 1021.

**182** Vgl. Low, The East Asian Economic Grouping, S. 376.

**183** So der chinesische Außenminister Qian Qichen im Gespräch mit Mahathir auf der ASEAN-PMC vom Juli 1991. Qian bezog sich dabei ausdrücklich auf den Vorschlag vom Vorjahr. Vgl. Beijing Rundschau, 6.8.1991, S. 10.

**184** Vgl. Low, The East Asian Economic Grouping, S. 376.

**185** Vgl. Joint Press Statement, The Twenty-Third Meeting of the ASEAN Economic Ministers, Kuala Lumpur, 7.–8.10.1991.

**186** Vgl. Oskar Weggel, Die Neuordnung Asiens nach dem Ende der Bipolarität, in: Südostasien aktuell, 12 (September 1993) 5, S. 334–354 (343).

**187** Zuvor war es lediglich zu einer gewissen Koordinierung der späteren EAEC-Mitglieder innerhalb der Mekong-Zusammenarbeit und der Asiatisch-Europäischen Treffen (Asia-Europe Meetings, ASEM) gekommen.

**188** Vgl. Berger, APEC and Its Enemies, S. 1023.

**189** Ebd. Ersatzweise gewährten die USA und Japan den Krisenstaaten gemeinsam zusätzliche Hilfen in einem Gesamtwert von 10 Mrd. US-Dollar.

**190** Ebd.

für eine wachsende Bereitschaft zur gegenseitigen Finanzhilfe. Singapur gewährte Indonesien 10 Milliarden US-Dollar, China Thailand 1 Milliarde US-Dollar und Japan allen südostasiatischen Staaten und Südkorea im Rahmen des sogenannten Miyazawa-Plans insgesamt 30 Milliarden US-Dollar.

Das AWF-Projekt wurde auf einem Treffen der APEC-Finanzminister in Manila im November 1997 vorläufig beendet, woraufhin sich die ASEAN grundsätzlich zu den Konditionen des IWF in den Krisenstaaten bekannte.<sup>191</sup> Ungeachtet dessen blieb das Vorhaben in der Diskussion präsent und verband sich allmählich mit dem EAEC-Format zu dem neuen Konzept ASEAN+3.

Auf dem informellen ASEAN-Gipfel von Kuala Lumpur geboren, war ASEAN+3, ähnlich wie zuvor das ARF, das unbeabsichtigte Ergebnis eines japanischen Vorschlags für regelmäßige Gipfeltreffen mit der Gemeinschaft, die sich auf sicherheitspolitische Konsultationen erstrecken sollten.<sup>192</sup> Mit Rücksicht auf Dritte hatte die ASEAN den Rahmen einmal mehr erweitert und neben Tokyo auch Peking und Seoul einbezogen.

Der Gedanke nahm in dem Maße Gestalt an, in dem sich zwischen Nordost- und Südostasien eine Wachstumsschere öffnete und die institutionellen Defizite der ASEAN vor dem Hintergrund der regionalen Krise offenkundig wurden.<sup>193</sup> Im November 1999 vereinbarten die Dreizehn in Manila, sich fortan im Anschluß an jeden ASEAN-Gipfel zu treffen, um über Finanzen, Wirtschaft und Sicherheit zu reden.<sup>194</sup> Eine gesamtregionale Freihandelszone, ein künftiger gemeinsamer Markt und eine Währungsunion wurden angesprochen. Japan wurde aufgefordert, den Miyazawa-

Fonds in eine permanente Institution zu überführen und somit das AWF-Projekt wiederzubeleben.<sup>195</sup>

Tokyo erklärte sich daraufhin bereit, 45 Milliarden US-Dollar für die regionale Krisenvorsorge auszuweisen.<sup>196</sup> Drei Monate später ließen die ASEAN-Finanzminister den Vorsorgeplan wieder fallen und entschieden sich statt dessen für den Ausbau ihres eigenen Devisentauschmechanismus (s.o.) im Rahmen von ASEAN+3.<sup>197</sup>

Gleichzeitig kam es zu neuen Initiativen für eine Handelsliberalisierung – allerdings außerhalb bzw. unterhalb des neuen Rahmens. So vereinbarten Tokyo, Peking und Seoul am Rande des Treffens von Manila auf eine Initiative des japanischen Premierministers, die Schaffung einer nordostasiatischen Freihandelszone zu prüfen.<sup>198</sup> Der südkoreanische Handelsminister sprach von einem subregionalen Pendant zur ASEAN.<sup>199</sup> Doch sowohl Japan als auch Südkorea betrieben vorrangig den Abschluß bilateraler Handelsabkommen untereinander sowie mit transpazifischen Partnern.<sup>200</sup> Im folgenden Jahr schlug der chinesische Premierminister die Gründung einer ASEAN-China-Freihandelszone vor,<sup>201</sup> deren Gründung im November 2001 für das kommende Jahrzehnt vereinbart wurde.<sup>202</sup> Angesichts drohender Isolation nahm Tokyo im September 2001 seinerseits Freihandelsverhandlungen mit der Gemeinschaft auf, die seither jedoch ohne Ergebnis blieben. Im Januar 2002 versuchte Japan, Peking mit dem Projekt eines gesamtregionalen Kooperationsraumes unter Einschluß Australiens und Neuseelands (Pazifischer Wirtschaftsblock) zu über-

191 Ebd.

192 Vgl. Asia 1998 Yearbook, Hongkong 1998, S. 134.

193 Die nordostasiatischen Volkswirtschaften wuchsen 1999 um durchschnittlich 6,6%, die südostasiatischen um 3,8%. 2000 gingen die ausländischen Direktinvestitionen in Südostasien um mehr als 60% zurück. Nutznießer war die VR China. Vgl. Kurlantzick, Is East Asia Integrating?, S. 25.

194 Das Thema Sicherheit wurde auf Initiative des philippinischen Präsidenten Estrada aufgenommen. Chinas Premierminister Zhu Rongji gab der wirtschaftlichen Kooperation Vorrang, erklärte sich aber bereit, daneben auch »Meinungen« über politische und sicherheitspolitische Fragen auszutauschen. Einige Delegationen verwiesen auf den Vorrang des ARF als sicherheitspolitisches Forum. Vgl. Address by Premier Zhu Rongji of the People's Republic of China at the Third ASEAN+3 Informal Summit, 28.11.1995: Jakarta: ASEAN-Sekretariat (online); International Herald Tribune, 29.11.1999, S. 5.

195 Vgl. Joint Statement on East Asia Cooperation, Jakarta: ASEAN-Sekretariat, 28.11.1999; The Wall Street Journal, 1.12.1999, S. 10.

196 Vgl. Südostasien aktuell, 19 (Januar 2000) 1, S. 6.

197 Südostasien aktuell, 19 (Mai 2000) 3, S. 185.

198 Vgl. Kevin G. Cai, Is a Free Trade Zone Emerging in Northeast Asia in the Wake of the Asian Financial Crisis?, in: Pacific Affairs, 74 (Frühjahr 2001) 1, S. 7–24 (13).

199 Vgl. International Herald Tribune, 29.11.1999, S. 5.

200 Vgl. Bergsten, East Asian Regionalism: Towards a Tripartite World.

201 Vgl. Heribert Dieter/Richard Higgott, Ostasiens Weg in eine Währungsunion, in: Internationale Politik, 56 (April 2001) 4, S. 45–50 (47).

202 Vgl. Malaysiakini (Kuala Lumpur), 6.11.2001, zitiert in: Asia-Pacific Media Brief, 7.11.2001 (online). Es darf bezweifelt werden, daß der chinesische Markt innerhalb dieses Zeitraums hinreichend Absorptionsfähigkeit entwickelt, um den ASEAN-Staaten den erforderlichen technologischen Schub zu ermöglichen.

trumpfen. Dabei blieb man bewußt so vage, daß die ASEAN-Partner mühelos zustimmen konnten.<sup>203</sup>

Im Mai 2000 kamen die Finanzminister der ASEAN-Staaten, Chinas, Japans und Südkoreas am Rande des 33. Jahrestreffens der ADB in Chiangmai überein, einander in Krisensituationen im Rahmen von bilateralen Abkommen Darlehen in US-Dollar zu gewähren, die in lokalen Währungen zu festen Wechselkursen zurückgezahlt werden sollten. Einzelheiten und Zeitpläne wurden nicht bekannt.<sup>204</sup> Der japanische Finanzminister erläuterte, daß es sich um eine Fortschreibung existierender Programme und nicht um einen neuen Vorstoß in Sachen AWF handle.<sup>205</sup> Ein ehemaliger stellvertretender Finanzminister aus Japan beschrieb jedoch die Initiative als Element einer regionalen Zusammenarbeit, die künftig auch eine gemeinsame Währung einschließen sollte.<sup>206</sup> Sprecher von Privatbanken warnten davor, mit diesem Vorstoß die Reform der Finanzsektoren weiter zu verschleppen.<sup>207</sup>

Im November 2000 vereinbarten die ASEAN+3-Staaten in Singapur, gegenseitige Liquiditätshilfen in einem Umfang von maximal 1 Milliarde US-Dollar zu ermöglichen.<sup>208</sup> Demnach sollten bis zu 10 Prozent einer bilateralen Tauschsumme zur Bekämpfung kurzfristiger Liquiditätsprobleme ohne Konditionen ausbezahlt werden, der Rest nur mit Genehmigung des IWF.<sup>209</sup> Wenig später schloß Japan bilaterale Tauschabkommen mit Thailand, Südkorea und Malaysia ab und nahm diesbezügliche Verhandlungen mit den Philippinen und China auf.<sup>210</sup>

Im selben Jahr beschlossen die Außen- und Finanzminister der Dreizehn, einen neuen Plan für die Schaffung eines AWF vorzulegen,<sup>211</sup> und die ASEAN-Mitglieder vereinbarten auf ihrem Gipfel in Singapur

im November, Vorschläge für die Einrichtung einer ostasiatischen Freihandelszone zu prüfen.<sup>212</sup> Tokyo hatte sich zuvor bemüht, Südkorea, Hongkong und Taiwan für einen neuen Handelsblock zu gewinnen.<sup>213</sup>

Bemerkenswert an ASEAN+3 ist weniger die wirtschafts- oder sicherheitspolitische Substanz als der erneute Versuch einer Einbindung Chinas, der – wie schon zuvor beim ARF – abermals auf Kosten japanischer Ambitionen ging. Japan verzichtete im Rahmen der »Chiangmai-Initiative« auf jenen Einfluß, den ihm ein AWF beschert hätte, und relativierte implizit seine Bindung an die USA, ohne dafür mehr regionale Bewegungsfreiheit zu erlangen. China erhielt einmal mehr ein Mitsprache-, wenn nicht Vetorecht, ohne im Gegenzug weitreichende Verpflichtungen einzugehen. Mit den Worten eines chinesischen Beobachters geht es bei ASEAN+3 nicht zuletzt darum, den »führenden Einfluß der großen Regionalstaaten« frei von amerikanischer Bevormundung zur Geltung zu bringen. Dies scheiterte jedoch derzeit noch an Japans enger Anbindung an die USA.<sup>214</sup> Ein weiterer chinesischer Autor konstatiert in diesem Zusammenhang einen rückläufigen Einfluß der ASEAN.<sup>215</sup>

Trotz kleiner Erfolge bleiben die realen Perspektiven dieser Zusammenarbeit ungewiß. Regionale finanzpolitische Kooperation birgt, abgesehen von *moral hazard*,<sup>216</sup> zwar nicht das Risiko einer Diskriminierung Dritter, bedarf aber eines hohen Maßes an Transparenz, das in Ostasien allenfalls im Ansatz vorhanden ist. Ein gesamtregionales Währungssystem oder eine Währungsunion scheitern an den unterschiedlichen Entwicklungsniveaus, mangelnder Konvergenz der Ökonomien und mangelnder Bereitschaft, wirtschaftspolitische Souveränität abzugeben.<sup>217</sup> Verantwortlich hierfür ist das Überleben jenes politischen Imperativs, der die Attraktivität des neuen Forums für Staaten wie Malaysia oder China erst ausmacht.

**203** Vgl. Süddeutsche Zeitung, 15.1.2002, S. 8.

**204** Vgl. The Korea Times (Seoul), 8.5.2000, S. 1.

**205** Vgl. International Herald Tribune, 8.5.2000, S. 1.

**206** Ebd. Auch Vertreter Hongkongs und der Philippinen äußerten sich in diesem Sinne. Vgl. Bergsten, East Asian Regionalism.

**207** Vgl. International Herald Tribune, 8.5.2000, S. 1.

**208** Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 27.11.2000, S. 7.

**209** Malaysia hatte sich erfolglos gegen letztgenannte Vereinbarung gewehrt, aber doch durchgesetzt, daß jedes Tauschabkommen die Wirtschaftslage und den Finanzbedarf des betroffenen Staates in Rechnung stellen sollte. Vgl. The Financial Times, 9.4.2001, S. 3.

**210** Vgl. The Financial Times, 11.5.2001, S. 4. Demnach können Südkorea zusätzlich Unterstützung in Höhe von 2 Mrd., Malaysia von 1 Mrd. und Thailand von 3 Mrd. US-Dollar beantragen. Einzelheiten wurden nicht bekannt.

**211** Vgl. Xinhua, 1.8.2000, zitiert in: Südostasien aktuell, 19 (September 2000) 9, S. 369f.

**212** Vgl. Far Eastern Economic Review, 7.12.2000, S. 14.

**213** Vgl. Cai, Is a Free Trade Zone Emerging in Northeast Asia?, S. 13.

**214** China legt dabei am meisten Gewicht auf die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit. Vgl. Hu Shaochong, Dongya hezuode jinzhuan ji fazhan qianjing (Entwicklung und Perspektiven der ostasiatischen Zusammenarbeit), in: Guoji wenti yanjiu (International Studies, Peking, China Institute of International Studies, 2000) 5, S. 51f.

**215** Vgl. Sun Cheng, Daguo guanxi yu Dongya hezuo (Die Beziehungen zwischen den großen Staaten und die ostasiatische Zusammenarbeit), ebd., (2001) 4, S. 24–29.

**216** Der Begriff meint das Entstehen von Staaten und multilateralen Institutionen für Schulden der Privatwirtschaft.

**217** Vgl. Diehl/Nunnenkamp, Lehren aus der Asienkrise, S. 22.

## Prekäre Zukunft

Das in den späten 70er und 80er Jahren in den USA entwickelte Liberal-Institutionalistische Theorem geht der Frage nach, wie die Liberalisierungspräferenzen gesellschaftlicher Gruppen in politische Strategien umgesetzt werden. Es reflektiert eine global-kapitalistische Vision und versteht Regionalismus allenfalls als Ausgangspunkt für globale Regime.<sup>218</sup> Instrumenteller Ausdruck dieses Konzepts war der sogenannte »Washington-Konsens«, auf dessen Grundlage der IWF ab 1990 die Gewährung von Hilfen an neoliberale Reformen koppelte. Dieser Ansatz widerspricht ostasiatischen Regionalismusprojekten insofern, als er dem Staat nurmehr eine unterstützende Rolle in einer im übrigen marktorientierten Entwicklungsstrategie zubilligt.<sup>219</sup> Ostasiatische Kritiker haben nach der Krise von 1997/98 auf die Interessenorientierung und potentiell destabilisierenden Konsequenzen dieses Konsenses aufmerksam gemacht.<sup>220</sup> Die aktuellen Regionalismusprojekte orientieren sich grundsätzlich an jenem staatszentrischen Entwicklungsmodell, das durch die Krise beschädigt wurde.

Ostasien verfügt zweifellos sowohl über das Potential, Nordamerika und Europa als Weltwirtschaftsmächte herauszufordern, als auch über ein Motiv, dortigen protektionistischen Tendenzen mit eigenem Regionalismus zu begegnen. Dieses Potential dürfte allerdings mittelfristig theoretischer Natur bleiben.

Grundsätzlich sind für die nächsten zwanzig Jahre folgende Szenarien denkbar:

1. *Demokratischer Frieden*: Politische und wirtschaftliche Liberalisierung schreiten gleichzeitig voran. Es kommt zu weitreichender regionaler Integration und der Herausbildung eines neuen globalen Akteurs. Angesichts der aufeinanderfolgenden

<sup>218</sup> Vgl. z.B. Robert O. Keohane/Joseph Nye Jr., *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston, MA: Little, Brown, 1977.

<sup>219</sup> Vgl. z.B. Moses Naim, *Fads and Fashions in Economic Reform: Washington Consensus or Washington Confusion?* Conference on Second Generation Reform, Washington: Internationaler Währungsfonds, 26.10.1999 (online).

<sup>220</sup> Vgl. z.B. Takahiro Yamada, *What Is the Lure of a Liberal International Economic Order for Asia? An Appraisal of Neo-Liberal Institutionalism from an Asian Perspective*, Second Japan-Korea Joint Symposium on International Politics, Tokyo, 11./12.9.1999 (online).

Schocks von Ostasienkrise und 11. September kann dieses Szenario nicht völlig ausgeschlossen werden, aber der Weg wäre wegen der einhergehenden Risiken vermutlich nur mit Hilfe einer demokratischen Vormacht beschreibbar.

2. *Autoritärer Friede*: Dieselben globalen Entwicklungen produzieren das entgegengesetzte Ergebnis. Auch dieses Szenario ist eher unwahrscheinlich, weil statisch-nationalistische Koalitionen allenfalls kurzfristig zur Zusammenarbeit fähig sind.
3. *Offener Regionalismus*: Der bisherige inkrementelle Ansatz wird bei Bemühungen um intensivere Zusammenarbeit auf einigen Sektoren beibehalten. Diese Variante dürfte nicht nur an konzeptionellen Widersprüchen scheitern, sondern auch an der politischen und ökonomischen Heterogenität der Region.
4. *Konkurrierende Regionalismen*: auf der Grundlage von (1) bzw. (2) mit entsprechendem Friktionspotential zwischen beiden Entwürfen.

Ostasiatische Regionalismusprojekte sind seit dem Ende des Kalten Krieges gescheitert und werden auch künftig vom Scheitern bedroht sein, und zwar aufgrund einer hierarchischen Tradition, eines als zunehmend instabil wahrgenommenen regionalen Umfelds und widersprüchlichen Annäherungen an wirtschaftliche und politische Liberalisierung.

### Hierarchische Tradition

Die hierarchische Tradition der internationalen Beziehungen in Ostasien datiert von der Etablierung des chinesischen Tributsystems im 3. Jahrhundert vor Christus. Sie setzt sich, von Kolonialismus und Pazifischem Krieg unterbrochen, in einer anhaltenden sicherheitspolitischen Dominanz der USA und einer anhaltenden wirtschaftlichen Dominanz Japans fort. Diese Dominanzen stehen sich weniger praktisch im Wege – die USA bleiben der wichtigste Exportmarkt für die Region und ihre Militärpräsenz wird von den meisten Regionalstaaten begrüßt – als konzeptionell: Während Washington seinen (nichtmilitärischen) Einfluß seit dem Ende des Kalten Krieges grundsätzlich über marktwirtschaftliche und demokratische Insti-



tutionen kanalisiert, setzt Japan auf merkantilistische Produktionsnetzwerke. China neigt wirtschaftspolitisch zum japanischen Vorbild, was aber nicht heißt, daß sich Peking und Tokyo im Sinne einer gleichberechtigten Aufgabenverteilung verständigen könnten. Anders als im europäischen Fall befindet sich der potentielle Herausforderer innerhalb, nicht außerhalb des Kooperationsraums, und auch der Enthusiasmus des amerikanischen Hegemons für das regionale Projekt hält sich in Grenzen. Unabhängig von der Frage, ob Regionalismus eines internen oder externen Förderators bedarf, bildet der hierarchische Rahmen ein beträchtliches Hindernis für jeglichen qualitativen Multilateralismus.<sup>221</sup> Die provisorische ostasiatische Antwort auf dieses Argument scheint darauf hinauszulaufen, daß Hierarchie kulturell akzeptabel und in der Praxis zu unterlaufen ist – eine Antwort, die allerdings weder der Dynamik beschleunigter Globalisierung noch den erwähnten Anforderungen des Regionalismus gerecht wird.

## Konfliktpotential

Die allseitige öffentliche Betonung der Notwendigkeit eines friedlichen Umfelds überzeugt wenig, schon aufgrund einer regionalen Rüstungsdynamik, aus der Südostasien und Korea während der Krise nur vorübergehend herausgefallen waren.<sup>222</sup> Der Verweis darauf, daß sich die meisten Regionalstaaten diese Rüstung bisher ohne wesentliche Abstriche an ihren zivilen Entwicklungsprogrammen leisten konnten,<sup>223</sup> mag

**221** John Ruggie definiert qualitativen Multilateralismus als »eine institutionelle Form, die das Verhalten von drei oder mehr Staaten auf Grundlage ›generalisierter‹ Verhaltensgrundsätze koordiniert, daß heißt von Grundsätzen, die angemessenes Verhalten für eine Kategorie von Handlungen spezifizieren, ohne dabei Partikularinteressen der Parteien oder strategische Erfordernisse zu berücksichtigen, wie sie in jedem spezifischen Zusammenhang entstehen können. Multilateralismus bedeutet für die Mitglieder einer Gemeinschaft gleich weit reichende Verhaltensweisen in der betreffenden Frage. In der Praxis scheint Multilateralismus unter den Mitgliedern ›diffuse Reziprozität‹ zu erzeugen.« (John Gerrard Ruggie, *Third Try at World Order? America and Multilateralism after the Cold War*, in: *Political Sciences Quarterly*, 109 [Herbst 1994] 4, S. 553–580 [571f].)

**222** Vgl. SIPRI Yearbook 2000: Armaments, Disarmament, and International Security, Oxford: Oxford University Press, 2000, S. 244–247.

**223** Zu Variationen bei der Parallelität von regionalem Wirtschaftswachstum und regionalen Verteidigungsausgaben vgl. Joseph A. Camilleri, *The Asia-Pacific in the Post-Hegemonic*

Freihändler beruhigen, Sicherheitsexperten aber nicht.<sup>224</sup> In jedem Fall dürften die bisherigen Varianten des mehr oder minder offenen Regionalismus mit der friedlichen Kanalisierung des Aufstiegs bzw. der Fragmentierung Chinas, der Wiedervereinigung Koreas, einer Lösung der Taiwanfrage, der Transformation Indonesiens und der Verschärfung des gesamtregionalen Sozialgefälles überfordert sein.

## Halbherzige Liberalisierung

Nicht einmal Freihändler dürften sich mit dem Stand des gesamtregionalen Liberalisierungsprojekts zufriedengeben. Den Deregulierungsschritten der 80er Jahre ist bis heute in den meisten Fällen keine entschlossene Bekämpfung von Korruption und Vetternwirtschaft gefolgt,<sup>225</sup> und die krisenbedingte Umstrukturierung der Banken- und Unternehmenssektoren ging nur sporadisch voran. Gleichzeitig macht es beschleunigte Globalisierung zunehmend unmöglich, »nationale« Politikfelder zu isolieren.<sup>226</sup> Die Staaten geraten gleichzeitig unter den Druck externer und interner nichtstaatlicher Akteure.<sup>227</sup> Schließlich haben

World, in: Andrew Mack/John Ravenhill (Hg.), *Pacific Cooperation. Building Economic and Security Regimes in the Asia-Pacific Region*, Boulder, CO: Westview Press, 1995, S. 180–208.

**224** Bruno Tertrais hält den (atomaren) Rüstungswettbewerb im Fernen Osten unter anderem deshalb für potentiell destabilisierend, weil er in einem Kontext akuter Spannung stattfindet, das Risiko unbeabsichtigter oder nicht autorisierter Angriffe erhöht und mit vergrößerten Reichweiten ballistischer Raketen auch andere Weltregionen gefährdet. Vgl. Bruno Tertrais, *Do Arms Races Matter?*, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Herbst 2001) 4, S. 123–133 (128).

**225** Auf dem Korruptions-Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International für das Jahr 2000 belegen unter den ostasiatischen Staaten und Territorien nur Singapur (6), Hongkong (15), Japan (23) und Taiwan (28) Plätze im oberen Drittel; Malaysia (36), Südkorea (48) und Thailand (60) rangieren im Mittelfeld, China (63), die Philippinen (69), Vietnam (76) und Indonesien (85) im unteren Drittel (von insgesamt 90). Italien schneidet mit Rang 39 unter den westlichen Industrieländern am schlechtesten ab. Vgl. *Korruptions-Index für das Jahr 2000*, Berlin: Transparency International, 2001 (online). Zu den negativen Folgen von Korruption für ausländische Investitionen und Hilfen vgl. *U Myint, Corruption: Causes, Consequences, and Cures*, in: *Asia-Pacific Development Journal*, 7 (Dezember 2000) 2, S. 33–57.

**226** Dieser erhöhte Außendruck könnte theoretisch auch merkantilistischen Regionalismus-Varianten Auftrieb geben, wären diese nicht, wie gesehen, in der Regel kurzlebig.

**227** Vgl. James N. Rosenau, *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*, New York u.a.: Harvester Wheatsheaf für Princeton University Press, 1990.

internationale Investoren heute eine sehr viel größere Auswahl an Standorten als während des Kalten Krieges.

Einmal unterstellt, daß wirtschaftliche Interdependenz *per se* keine hinreichende Bedingung für friedliche Konfliktlösung ist und daß die Voraussetzungen für jenen Souveränitätsverzicht fehlen, die etwa für finanzpolitischen Regionalismus erforderlich sind, wären die heute diskutierten Regionalismus-Varianten wenig mehr als die Momentaufnahme eines dynamischen innerregionalen Gleichgewichts der Kräfte. Eine ASEAN+3 etwa, die sich von Deklaration zu Deklaration fortbewegt, ist weder ein Fortschritt gegenüber traditionellen Vorstellungen von Pax Sinica oder Pax Nipponica, noch ist sie hilfreich bei Bemühungen um eine institutionelle Eindämmung der wirtschaftlichen Globalisierung. Anhänger der Liberal-Institutionalistischen Ordnung mögen begrüßen, daß hier auch die Voraussetzungen für geschlossenen Regionalismus fehlen. Regionale Anhänger dieser Ordnung bedürfen aber nicht zuletzt der Unterstützung durch den Westen und einschlägige internationale Organisationen, um die Voraussetzungen für qualitativen Multilateralismus zu schaffen.<sup>228</sup>

## Schwache Staaten

Warum haben wir es in Ostasien mit unterschiedlich schwach liberalisierenden Koalitionen zu tun, Koalitionen also, die grundsätzlich zu wenig mehr als provisorischer und instabiler Zusammenarbeit fähig sind?<sup>229</sup> Vermutlich weil trotz erfolgreicher Industria-

**228** Nichtregierungsorganisationen spielen zwar in einigen ostasiatischen Staaten wie den Philippinen, Thailand, Indonesien und Südkorea eine zunehmend wichtige Rolle; diese erstreckt sich jedoch nur in wenigen Fällen auf transregionale Beziehungen.

**229** »Obwohl sie sich dem Vorwurf des Ausverkaufs (nationaler Interessen) aussetzt, fällt es einer schwach liberalisierenden Koalition in B leichter, politisch zu überleben, indem sie regional eine Politik des Kompromisses verfolgt, wenn A von einer stark liberalisierenden Koalition geführt wird. A's Politik eines ›schlanken Staates‹, rückläufiger Militärausgaben und erleichterten Zugangs zu internationalen Märkten, Kapital und Technologie erleichtert es der schwach liberalisierenden Koalition in B, ihre kooperative Haltung gegenüber A zu rechtfertigen. Wenn andererseits B's schwach liberalisierende Koalition in A eine ähnlich schwache (Koalition) gegenübersteht, dürfte der innenpolitische Widerstand gegen die Akzeptanz des Risikos rückläufiger Investitionen in das Militär und einer Beteiligung an diffuser Reziprozität stärker ausfallen. Die Argumente der statisch-nationalisti-

lisierung der Prozeß des *nation-building* in den meisten Regionalstaaten nicht abgeschlossen ist, jedenfalls nicht, wenn man diesen als Erlangung jenes »bürgerlichen Friedens« versteht, »der voraussetzt, daß sich eine breite Mehrheit der Zentralmacht aus freien Stücken unterwirft und das Gefühl hat, am politischen Leben teilzuhaben.«<sup>230</sup> Verantwortlich hierfür ist wiederum die Überlappung von Nationalismus und Entkolonisierung in den 40er und 50er Jahren mit der regionalen Variante des Kalten Krieges, die zu einem »Einfrieren« bestehender Herrschaftsstrukturen geführt und das Entstehen einer »öffentlichen Sphäre« weitgehend verhindert hat, in der die Autonomie des Individuums unter anderem unter Rückgriff auf kulturelle Ressourcen der traditionellen Gesellschaft verwirklicht wird.<sup>231</sup>

Während dieser Prozeß seit Ende des Kalten Krieges neue Impulse erfahren hat, bleiben die politischen Systeme zwischen Tokyo und Jakarta unterschiedlich durch die Interessen von Rentier-Eliten geprägt. Das Liberalisierungsinteresse dieser Koalitionen ist seit der Krise von 1997/98 nur noch schwach ausgeprägt, weil sie Status und Pfründe gegen die eigene Gesellschaft verteidigen müssen und deren Stärkung durch externe Einflüsse zu begrenzen trachten. Konnte »seichter« Regionalismus à la ASEAN diesem Ziel noch bis Anfang der 90er Jahre gerecht werden, indem man die externe Verhandlungsposition ohne interne Reform ausbaute, so wären dafür im 21. Jahrhundert

schen Herausforderer wirken sehr viel effektiver, wenn diese auf die Fragilität der Reform und die Stärke ihrer statisch-nationalistischen und religiösen Ansprechpartner im Nachbarland verweisen können.« (*Solingen*, *Regional Orders at Century's Dawn*, S. 69.) Dieselbe Autorin charakterisiert allerdings die Führungen der meisten ASEAN-Staaten als »stark liberalisierende« Koalitionen, weil sie Korruption und Nepotismus nicht für spezifische unsichtbare Handelshemmnisse hält und auf Verzögerungen und Rückschläge im Liberalisierungsprozeß seit der Ostasienkrise nicht eingeht. Vgl. *dies.*, *ASEAN, Quo Vadis? Domestic Coalitions and Regional Co-operation*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 21 (April 1999) 1, S. 30–53. Yoon Young-Kwan stellt fest, daß es im Ostasien der Zukunft »ohne weitere wirtschaftliche Liberalisierung und Konvergenz der Politiken wenig Raum für wirtschaftliche Integration« geben wird. »Das bedeutet auch, daß sich die neu industrialisierenden Länder von ihren früheren staatszentrisch-exportorientierten Entwicklungsmodellen verabschieden müssen.« (Young-Kwan Yoon, *The Political Economy of the Regional Integration Process: Europe and East Asia*, in: *Pape* [Hg.], *Models of Integration in Asia and Europe*, S. 118–127 [122].)

**230** Lahouari *Addi*, *The Failure of Third World Nationalism*, in: *Journal of Democracy*, 8 (Oktober 1997) 4, S. 110–124.

**231** *Ebd.*, S. 115.

innenpolitische Anpassungsprozesse erforderlich, die das Machtmonopol der traditionellen Eliten untergraben würden.<sup>232</sup> Und selbst dort, wo der politische Wille vorhanden ist, bleibt zweifelhaft, ob Globalisierung hinlänglich Zeit für *nation-building* läßt.<sup>233</sup>

Indessen wird beschleunigte Globalisierung auch in Ostasien zunehmend eskalationsfähige binnenstaatliche Konflikte produzieren, die in anderen Teilen der Welt schon heute die meisten Konflikte ausmachen. Es ist problematisch, die Bedeutung von Regionalismusprojekten für die Lösung solcher Konflikte zu verallgemeinern, aber die europäische Erfahrung legt den Schluß nahe, daß das Eskalationsrisiko rückläufig ist, wo sich Regionalisierung und Demokratisierung wechselseitig verstärken. Auch in dieser Hinsicht ist die künftige Stabilität der ostasiatischen Region mit Fragezeichen zu versehen.

## Denkbare Einwände

Gegen diese Thesen ist eine Reihe von Einwänden denkbar: Auf der empirischen Ebene werden Kritiker argumentieren, daß zwischenstaatliche Konflikte in Ostasien seit dem vietnamesisch-kambodschanischen Krieg von 1975 bis 1978 nicht eskaliert sind, daß dieser Krieg zwischen zwei nicht-liberalisierenden Akteuren stattfand und daß er, wie auch die vorhergehenden Konflikte in Indochina und Korea, Folge der allgemeinen Konkurrenz der Supermächte war, was sich in Stellvertreterkriegen äußerte. Darauf könnte man antworten, daß dann auch die Nicht-Eskalation latenter Konflikte im kapitalistischen (aber schwach liberalisierenden) Teil der Region nicht zuletzt – insbesondere angesichts der Duldung bzw. Förderung autoritärer Regime durch die USA – Folge der allgemeinen Konkurrenz der Supermächte war. Der grundsätzliche Fortbestand der Pax Americana hat zwar seither eine ähnlich konfliktmildernde Rolle gespielt, trifft aber nicht mehr überall auf Zustimmung, und unter diesem Dach sind gewisse, potentiell destabilisierende, subregionale Dynamiken erkennbar.

Ernster zu nehmen sind Einwände gegen den theoretischen Ausgangspunkt: Ist ein hohes Niveau

regionaler Integration tatsächlich friedensfördernder als ein niedriges Niveau, sind die Folgen beschleunigter Globalisierung zutreffend beschrieben, sind die Zusammenhänge zwischen Demokratie und Regionalismus so eindeutig wie dargelegt, und muß man nicht existierende Ansätze ernst nehmen, anstatt darauf zu warten, daß wir es in Ostasien eines Tages mit gefestigten Demokratien zu tun haben?

Was die Integrationstiefe angeht, sind in Fußnote 114 ein paar Beispiele für zwischenstaatliche Konflikte zwischen Mitgliedern relativ »schwacher« regionaler Organisationen angeführt.<sup>234</sup> Exportorientierte Entwicklungsstrategien können Sicherheit produzieren, setzen aber ihrerseits Sicherheit voraus<sup>235</sup> und widerlegen das realistische Argument insofern nicht grundsätzlich. Darüber hinaus könnte man versucht sein, in diesem Zusammenhang die zunehmend wichtige Rolle binnenstaatlicher Konflikte zu erwähnen – in dem Bewußtsein, daß weder Demokratie in Großbritannien und Spanien noch deren Zugehörigkeit zur EU die Bürgerkriege in Nordirland und im Baskenland beendet hat. Allerdings ist der Umgang dieser Staaten mit ihren Konflikten ein anderer als in Fällen wie Aceh, Tibet und Tschetschenien. Hier besteht zumindest Wechselwirkung zwischen Demokratie und regionaler Integration. Zwischenstaatliche Konflikte setzen zudem natürlich die Existenz souveräner Staaten voraus, die Abgabe von Souveränität mildert dieses Risiko qua Definition. Man mag entgegenhalten, das sei ein sophistisches Argument, zumal wenn die These stimmt, daß beschleunigte Globalisierung in allen Staaten zu Souveränitätsverlusten führt. Dagegen wäre zu sagen, daß Konflikte durch Rückzugsgefechte von Staaten entstehen, die sich gegen den Souveränitätsverlust wehren, während gefestigte Demokratien ihn ihren Bürgern über Regionalismus und andere Versuche der Anpassung vermitteln können. Auch in diesem Zusammenhang könnten insbesondere südostasiatische Staaten infolge des 11. September 2001 mit tiefgreifendem Wandel konfrontiert werden. Natürlich gibt es ernstzunehmende Autoren, die nicht nur das Überleben des Nationalstaats, sondern sogar seine Stärkung vorhersehen. Diese Frage wird letztlich nur empirisch zu beantworten sein, aber man kann heute durchaus festhalten, daß Abgabe von Souveräni-

<sup>232</sup> Eine interessante Frage in diesem Zusammenhang ist, ob nationale und regionale Nichtregierungsorganisationen hierbei ähnlich wie in den frühen 90er Jahren eine Vorreiterrolle übernehmen könnten.

<sup>233</sup> Genausogut könnte die traditionelle ostasiatische Kluft zwischen Regierenden und Regierten nahtlos in die neue Delegitimierung der Regierungen überleiten.

<sup>234</sup> Kurlantzick weist darauf hin, daß »kleine Schritte« weder in der Arabischen Liga noch in den Anden, noch im Afrika südlich der Sahara zu ernstzunehmender Integration geführt haben. Vgl. *Kurlantzick, Is East Asia Integrating?*, S. 27.

<sup>235</sup> Vgl. z.B. *Buzan, Economic Structure and International Security*.

tät ein unvermeidlicher Bestandteil des Anpassungsprozesses werden wird.

Schließlich könnte es tatsächlich Zeitverschwendung sein, auf weitreichende politische Evolutionsprozesse in Ostasien zu warten, während die eben beschriebenen Folgen von Globalisierung für institutionelle Antworten anscheinend immer weniger Zeit lassen. Ist nicht der ostasiatische »Netzwerk-Staat« geradezu prädestiniert für einen nahtlosen Übergang in die »Netzwerk-Welt«? Ein solcher Defätismus wäre ein unerträgliches Abdanken der Politik und gewisser – wenngleich subjektiver, so doch durch die Entwicklung der letzten zweihundert Jahre vielfach bestätigter – Wertvorstellungen. Wenn wirtschaftliche Globalisierung eingedämmt werden kann, dann nur durch den Ausbau des institutionalistischen Teils der Liberal-Institutionalistischen Ordnung sowie durch die Herstellung einer unmittelbaren Kommunikation zwischen regionalen und globalen Institutionen und den individuellen Mitgliedern der neuen Weltgesellschaft.<sup>236</sup> Anders als Regionalismus selbst bedarf dieser Prozeß derzeit wohl noch eines externen bzw. internen »Föderators«, der sich dabei aber auf die Dauer selbst überflüssig machen wird. Wie lange wird dies dauern? Wir wissen es nicht.

**236** Anderson geht davon aus, daß »Integrationsprozesse in Europa und anderswo eindeutig in der Lage sind, die Art und Weise zu beeinflussen, wie Bürger ihre Interessen definieren und wo sie nach Lösungen suchen.« (Jeffrey J. Anderson, Introduction, in: *ders.*, Regional Integration and Democracy, S. 1–17 [9].)

# Anhang

## Literaturhinweise

- Addi*, Lahouari, The Failure of Third World Nationalism, in: *Journal of Democracy*, 8 (Oktober 1997) 4, S. 110–124
- Albuquerque*, José Augusto Guilhon, Mercosur: Democratic Stability and Economic Integration in South America, in: Jeffrey J. *Anderson* (Hg.), *Regional Integration and Democracy. Expanding on the European Experience*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, 1999, S. 261–283
- Anderson*, Jeffrey J., Introduction, in: *ders.* (Hg.), *Regional Integration and Democracy. Expanding on the European Experience*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, 1999, S. 1–17
- Anderson*, Stephen J., Japan as an Activist State in the Pacific Basin: Japan and Regional Organisations, in: *The Journal of East Asian Affairs*, 7 (Winter/Frühjahr 1992/93) 1, S. 498–543
- Axelrod*, Robert, *The Evolution of Cooperation*, New York: Basic Books, 1984
- Baker*, James A., America in Asia: Emerging Architecture for a Pacific Community, in: *Foreign Affairs*, 70 (Winter 1991/92) 1, S. 1–18
- Baldwin*, Richard E., The Causes of Regionalism, in: *The World Economy*, 20 (November 1997) 7, S. 865–888
- Baldwin*, Robert E., Adapting the GATT to a More Regionalised World: A Political Economy Perspective, in: *Kym Anderson/Richard Blackhurst* (Hg.), *Regional Integration and the Global Trading System*, London: Harvester Wheatsheaf, 1993, S. 387–404
- Berger*, Mark T., APEC and Its Enemies: The Failure of the New Regionalism in the Asia-Pacific, in: *Third World Quarterly*, 20 (1999) 5, S. 1013–1030
- Bergsten*, C. Fred, APEC and the World Economy: A Force for Worldwide Liberalisation, in: *Foreign Affairs*, 73 (1994) 3, S. 20–26
- East Asian Regionalism. Towards a Tripartite World, in: *The Economist*, 15.7.2000, S. 19
- Bhagwati*, Jagdish, Regionalism and Multilateralism: An Overview, in: *Jaime de Melo/Arvind Panagariya*, *New Dimensions in Regional Integration*, New York: Cambridge University Press, 1993, S. 22–51
- Bobrow*, Davis, Hegemony Management: The US in the Asia-Pacific, in: *The Pacific Review*, 12 (1999) 2, S. 173–197
- Buzan*, Barry, Economic Structure and International Security: The Limits of the Liberal Case, in: *International Organisation*, 38 (Herbst 1984) 4, S. 597–624
- Cai*, Kevin G., Is a Free Trade Zone Emerging in North-east Asia in the Wake of the Asian Financial Crisis?, in: *Pacific Affairs*, 74 (Frühjahr 2001) 1, S. 7–24
- Camilleri*, Joseph A., The Asia-Pacific in the Post-Hegemonic World, in: *Andrew Mack/John Ravenhill* (Hg.), *Pacific Cooperation. Building Economic and Security Regimes in the Asia-Pacific Region*, Boulder, CO: Westview Press, 1995, S. 180–208
- Chiang*, Johnny Chi-Chen, Conceptualising the APEC Way: International Cooperation in a Non-Institutionalised Regime, in: *Issues and Studies*, 36 (November/Dezember 2000) 6, S. 177–204
- Cohen*, Benjamin, The Political Economy of Currency Regions, in: *Edward D. Mansfield/Helen V. Milner* (Hg.), *The Political Economy of Regionalism*, New York: Columbia University Press, 1997, S. 50–76
- Cowhey*, Peter F., Domestic Institutions and the Credibility of International Commitments: Japan and the United States, in: *International Organisation*, 47 (Frühjahr 1993) 2, S. 299–326
- Cummings*, Bruce, What Is a Pacific Century and How Will We Know when It Begins?, in: *Current History*, (Dezember 1994) 587, S. 401–406
- Debiel*, Thomas, Demokratie und Gewalt in einer Welt des Umbruchs. Zur friedenspolitischen Relevanz politischer Herrschaftsformen in den 90er Jahren, in: *Norbert Ropers/ders.* (Hg.), *Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt*, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, 1995, S. 55–86
- Deutsch*, Karl W. u.a., *Political Community and the North Atlantic Area*, in: *International Political Communities: An Anthology*, Garden City, NY: Anchor Books, 1996

- Dibb*, Paul, *Towards a New Balance of Power in Asia*, Oxford: Oxford University Press, 1995 (IISS, Adelphi Paper Nr. 295)
- Diehl*, Markus/*Nunnenkamp*, Peter, *Lehren aus der Asienkrise. Wirtschaftspolitische Reaktionen und fortbestehende Reformdefizite*, Kiel: Institut für Weltwirtschaft, April 2001
- Dieter*, Heribert/*Higgott*, Richard, *Ostasiens Weg in eine Währungsunion*, in: *Internationale Politik*, 56 (April 2001) 4, S. 45–50
- Dornbusch*, Rüdiger, *The Dollar in the 1990s: Competitiveness and the Challenges of New Economic Blocs*, in: *Monetary Policy Issues in the 1990s*, Kansas City, MO: Federal Reserve Bank of Kansas City, 1989
- Dreis*, Barbara/*Strauß*, Susanne N., *Die Außenbeziehungen der ASEAN*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24.3.1995, S. 13–19
- Eichengreen*, Barry/*Frankel*, Jeffrey A., *Economic Regionalism: Evidence from Two Twentieth Century Episodes*, in: *North American Journal of Economics and Finance*, 6 (1995) 2, S. 89–106
- Emmers*, Ralf, *The Influence of the Balance of Power Factor within the ASEAN Regional Forum*, in: *Contemporary Southeast Asia*, 23 (August 2001) 2, S. 275–291
- Engels*, Benno, *Regionalisierung und »neuer« Regionalismus*, in: *Nord-Süd aktuell*, 10 (1996) 2, S. 243–253
- Fishlow*, Albert/*Haggard*, Stephan, *The United States and the Regionalisation of the World Economy*, Paris: OECD Development Centre Research Project on Globalisation and Regionalisation, 1992
- Frankel*, Jeffrey A., *Is Japan Creating a Yen Bloc in East Asia and the Pacific?*, in: *ders./Miles Kahler* (Hg.), *Regionalism and Rivalry: Japan and the United States in Pacific Asia*, Chicago: University of Chicago Press, 1993, S. 189–219
- Frost*, Frank, *ASEAN since 1967. Origins, Evolution, and Recent Developments*, in: *Alison Broinowski* (Hg.), *ASEAN into the 1990s*, Basingstoke: Macmillan, 1990, S. 1–31
- Fuentes*, Juan Alberto, *Open Regionalism and Integration*, in: *CEPAL Review*, (1994) 53, S. 81–89
- Gartzke*, Erik/*Li*, Quan/*Boehmer*, Charles, *Investing in the Peace: Economic Interdependence and International Conflict*, in: *International Organisation*, 55 (Frühjahr 2001) 2, S. 391–438
- Gibney*, Frank, *Pacific Century: America and Asia in a Changing World*, New York: MacMillan, 1992
- Gills*, Barry K., *The Crisis of Postwar East Asian Capitalism: American Power, Democracy, and the Vicissitudes of Globalisation*, in: *Review of International Studies*, 26 (Juli 2000) 3, S. 381–403
- Gilpin*, Robert S., *The Political Economy of International Relations*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1987
- *The Challenge of Global Capitalism: The World Economy in the 21st Century*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 2000
- Grieco*, Joseph M., *Variation in Regional Economic Institutions in Western Europe, East Asia, and the Americas: Magnitude and Sources*, Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, 1994 (Discussion Paper Nr. P-94-006)
- Haacke*, Jürgen, *The Concept of Flexible Engagement and the Practice of Enhanced Interaction: Intramural Challenges to the ASEAN Way*, in: *The Pacific Review*, 12 (1999) 4, S. 581–611
- Haas*, Ernst B., *The Uniting of Europe: Political, Social, and Economic Forces, 1950–1957*, Stanford, CT: Stanford University Press, 1958
- *Technology, Pluralism, and the New Europe*, in: *Joseph S. Nye Jr.* (Hg.), *International Regionalism*, Boston: Little, Brown, 1968, S. 149–167
- Haggard*, Stephan, *Regionalism in Asia and the Americas*, in: *Edward D. Mansfield/Helen V. Milner* (Hg.), *The Political Economy of Regionalism*, New York: Columbia University Press, 1997, S. 22–49
- Hatch*, Walter/*Yamamura*, Kozo, *Asia in Japan's Embrace*, New York: Cambridge University Press, 1996
- Henderson*, Jeannie, *Reassessing ASEAN*, Oxford: Oxford University Press, 1999 (IISS, Adelphi Paper Nr. 328)
- Hu*, Shaochong, *Dongya hezude jinzhan ji fazhan qianjing* (Entwicklung und Perspektiven der ostasiatischen Zusammenarbeit), in: *Guoji wenti yanjiu* (International Studies, Peking: China Institute of International Studies, 2000) 5, S. 51f
- Hurrell*, Andrew, *Explaining the Resurgence of Regionalism in World Politics*, in: *Review of International Studies*, 21 (1995) 4, S. 331–358
- Ito*, Takashi, *The Yen and the International Monetary System*, in: *C. Fred Bergsten/Marcus Noland* (Hg.), *Pacific Dynamism and the International Economic System*, Washington: Institute for International Economics, 1993, S. 299f
- Job*, Brian L., *Matters of Multilateralism: Implications for Regional Conflict Management*, in: *David A. Lake/Patrick M. Morgan* (Hg.), *Regional Orders. Building Security in a New World*, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 165–191

- Katzenstein, Peter J., Introduction: Asian Regionalism in Comparative Perspective, in: *ders./Takashi Shiraiishi* (Hg.), *Network Power: Japan and Asia*, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1997, S. 1–44
- International Relations and Domestic Structures, in: *International Organisation*, 30 (Winter 1976) 1, S. 1–45
- Keohane, Robert O., *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1984
- Theory of World Politics: Structural Realism and Beyond, in: *ders.*, *Neorealism and Its Critics*, New York: Columbia University Press, 1986, S. 131–157
- /Nye, Joseph, Jr., *Power and Interdependence: World Politics in Transition*, Boston, MA: Little, Brown, 1977
- Khong, Yuen Foong, ASEAN and the Southeast Asian Security Complex, in: David A. Lake/Patrick M. Morgan (Hg.), *Regional Orders. Building Security in a New World*, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 318–339
- Kojima, Kiyoshi, The »Flying Geese« Model of Asian Economic Development: Origin, Theoretical Extensions, and Regional Policy Implications, in: *Journal of East Asian Economics*, 11 (Winter 2000) 4, S. 375–401
- Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John G., International Organisation: A State of the Art on the Art of the State, in: *International Organisation*, 40 (Herbst 1986) 4, S. 753–775
- Krugman, Paul, EFTA and 1992, Genf, 1988 (EFTA Economic Affairs Department, Occasional Paper Nr. 23)
- Krumwiede, Heinrich-W., *Wie können die jungen Demokratien trotz ungünstiger Bedingungen überleben?*, unveröffentlichtes Manuskript, Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik, Oktober 1993
- Kurlantzick, Joshua, Is East Asia Integrating?, in: *The Washington Quarterly*, 24 (Herbst 2001) 4, S. 19–28
- Langhammer, Rolf J./Hiemenz, Ulrich, *Regional Integration among Developing Countries. Opportunities, Obstacles, and Options*, Tübingen: J.C.B. Mohr, 1990 (Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kieler Studien Nr. 232)
- Leifer, Michael, *The ASEAN Regional Forum: Extending ASEAN's Model of Regional Security*, Oxford: International Institute for Strategic Studies, 1996 (Adelphi Paper Nr. 302)
- Letiche, John M., Lessons from the Euro Zone for the East Asian Economies, in: *Journal of East Asian Economics*, 11 (2000) 1, S. 275–300
- Levy, Jack, Long Cycles, Hegemonic Transitions, and the Long Peace, in: Charles Kegley (Hg.), *The Long Postwar Peace*, New York: Harper Collins, 1991, S. 147–176
- Linder, Staffan Burenstam, *The Pacific Century: Economic and Political Consequences of Asian-Pacific Dynamism*, Stanford, CT: Stanford University Press, 1986
- Lipson, Charles, International Cooperation in Economic and Security Affairs, in: *World Politics*, 37 (Oktober 1984) 1, S. 1–23
- Liska, George, *Alliances and the Third World*, Baltimore, MD: Johns Hopkins Press, 1968
- Low, Linda, The East Asian Economic Grouping, in: *The Pacific Review*, 4 (1991) 4, S. 375–382
- McCord, William, *The Dawn of the Pacific Century: Implications for Three Worlds of Development*, New Brunswick: Transaction Publishers, 1991
- McMillan, Susan, Interdependence and Conflict, in: *Mershon International Studies Review*, 41 (1997) 1, S. 33–58
- Manning, Robert, Burdens of the Past, Dilemmas of the Future: Sino-Japanese Relations in the Emerging International System, in: *The Washington Quarterly*, 17 (1993) 1, S. 45–58
- /Stern, Paula, The Myth of the Pacific Community, in: *Foreign Affairs*, 73 (November/Dezember 1994) 6, S. 79–93
- Mansbridge, Jane J., *Beyond Adversary Democracy*, Chicago: University of Chicago Press, 1983
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack, Democratisation and War, in: *Foreign Affairs*, 74 (1995) 3, S. 79–97
- Mansfield, Edward D./Milner, Helen V., The New Wave of Regionalism, in: *International Organisation*, 53 (Sommer 1999) 3, S. 589–627
- Miller, Benjamin, The Global Sources of Regional Transitions from War to Peace, in: *Journal of Peace Research*, 38 (2001) 2, S. 199–225
- Mitchell, Bernard/Ravenhill, John, Beyond Product Cycles and Flying Geese: Regionalisation, Hierarchy, and the Industrialisation of East Asia, in: *World Politics*, 47 (Januar 1995) 2, S. 171–209
- Moravcsik, Andrew, Preferences and Power in the European Community: A Liberal-Intergovernmental Approach, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (1993) 4, S. 473–524
- Morgan, Patrick M., Regional Security Complexes and Regional Orders, in: David A. Lake/*ders.* (Hg.), *Regional Orders. Building Security in a New World*, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 20–42

- Muller, Edward N., Democracy, Economic Development, and Income Inequality, in: *American Sociological Review*, 53 (1988), S. 50–68
- Murshed, Mansob, Globalisation, Integration, and Marginalisation in the New Millennium, in: Wolfgang Pape (Hg.), *Models of Integration in Asia and Europe: Generating Public Space for Our Common Futures*, Luxemburg: European Commission, 2001, S. 81–95
- Naim, Moses, Fads and Fashions in Economic Reform: Washington Consensus or Washington Confusion? Conference on Second Generation Reform, Washington: Internationaler Währungsfonds, 26.10.1999
- Otto, Carsten, »International Regimes« in the Asia-Pacific?, in: Jörn Dosch/Manfred Mols (Hg.), *International Relations in the Asia-Pacific. New Patterns of Power, Interest, and Cooperation*, New York: St. Martin's Press, 2000, S. 39–63
- Palmer, Norman D., *The New Regionalism in Asia and the Pacific*, Lexington, MA: Lexington Books, 1991
- Pang, Eul-Soo, The Financial Crisis of 1997–98 and the End of the Asian Developmental State, in: *Contemporary Southeast Asia*, 22 (Dezember 2000) 3, S. 570–593
- Peng, Dajin, The Changing Nature of East Asia as an Economic Region, in: *Pacific Affairs*, 75 (Sommer 2000) 2, S. 171–191
- Petri, Peter A., The East Asian Trading Bloc: An Analytical History, in: Jeffrey Frankel/Miles Kahler (Hg.), *Regionalism and Rivalry: Japan and the United States in Pacific Asia*, Chicago: University of Chicago Press, 1993, S. 21–48
- Pretzell, Klaus-A., Der Ostasiatische Wirtschaftstag (EAEC), in: *Südostasien aktuell*, 10 (November 1991) 6, S. 590–593
- Przeworski, Adam u.a., What Makes Democracies Endure, in: *Journal of Democracy*, 7 (Januar 1996) 1, S. 39–55
- Ravenhill, John, Competing Logics of Regionalism in the Asia-Pacific, in: *The Journal of European Integration*, 18 (1995) 2/3, S. 179–199
- APEC and the WTO: Which Way forward for Trade Liberalisation?, in: *Contemporary Southeast Asia*, 21 (August 1999) 2, S. 220–237
- Robson, Peter, The New Regionalism and Developing Countries, in: *Journal of Common Market Studies*, 31 (September 1993) 3, S. 329–348
- Rosenau, James N., *Turbulence in World Politics. A Theory of Change and Continuity*, New York u.a.: Harvester Wheatsheaf für Princeton University Press, 1990
- Rosenberger, Leif Roderick, Southeast Asia's Currency Crisis. A Diagnosis and a Prescription, in: *Contemporary Southeast Asia*, 19 (Dezember 1997) 3, S. 223–251
- Asia's New Economic Volatility, in: *The Journal of East Asian Affairs*, 14 (Herbst/Winter 2000) 2, S. 278–300
- Ruggie, John Gerrard, Third Try at World Order? America and Multilateralism after the Cold War, in: *Political Sciences Quarterly*, 109 (Herbst 1994) 4, S. 553–580
- Schirm, Stefan A., *Globale Märkte, nationale Politik und regionale Kooperation. Zur politischen Ökonomie internationaler Beziehungen und den Ursachen regionaler Zusammenarbeit in Europa und den Amerikas*, München: Ludwig-Maximilians-Universität, 1998
- Senghaas, Dieter, Die OECD-Welt: Zonen des Friedens, in: Volker Matthies (Hg.), *Der gelungene Frieden. Beispiele und Bedingungen erfolgreicher friedlicher Konfliktverarbeitung*, Bonn: Dietz, 1997, S. 46–64
- Shambaugh, David (Hg.), *Greater China. The Next Superpower?*, Oxford: Oxford University Press, 1995
- Sharma, Shalendra D., Democracy, Neoliberalism, and Growth with Equity: Lessons from India and Chile, in: *Contemporary South Asia*, 8 (1999) 3, S. 347–371
- Shirk, Susan L., Asia-Pacific Regional Security: Balance of Power or Concert of Powers?, in: David A. Lake/Patrick M. Morgan (Hg.), *Regional Orders. Building Security in a New World*, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 245–270
- Singer, Max/Wildavsky, Aaron, *The Real World Order*, Chatham, NJ: Chatham House Publishers, 1993
- Söderberg, Marie, China and Japan: Complementing Powers or Competitors? Stockholm (18th Sino-European Conference), 21.–23.9.2001
- Solingen, Etel, Economic Liberalisation, Political Coalitions, and Emerging Regional Orders, in: David A. Lake/Patrick M. Morgan (Hg.), *Regional Orders. Building Security in a New World*, University Park: Pennsylvania State University Press, 1997, S. 68–100
- Regional Orders at Century's Dawn. Global and Domestic Influences on Grand Strategy, Princeton, NJ: Princeton University Press, 1998



- ASEAN, Quo Vadis? Domestic Coalitions and Regional Co-operation, in: Contemporary Southeast Asia, 21 (April 1999) 1, S. 30–53
- Regional Conflict and Cooperation: The Case of Southeast Asia, Washington: Columbia International Affairs Online, 2001
- Stein, Arthur, Coordination and Collaboration. Regimes in an Anarchic World, in: Stephen D. Krasner (Hg.), International Regimes, Ithaca, NY: Cornell University Press, 1983, S. 115–140
- Stubbs, Richard, Geo-Politics, Geo-Economics, and the Foundations of Asia-Pacific Cooperation, Conference on Economic and Security Cooperation in the Asia-Pacific: Agendas for the 1990s, Canberra: Australian National University, Department of International Relations, 28.–30.7.1993, S. 1
- Sudo, Sueo, Japan and the Security of Southeast Asia, in: The Pacific Review, 4 (1991) 4, S. 333–344
- Sun, Cheng, Daguo guanxi yu dongya hezuo (Die Beziehungen zwischen den großen Staaten und die ostasiatische Zusammenarbeit), in: Guoji wenti yanjiu (International Studies, Peking: China Institute of International Studies, 2001) 4, S. 24–29
- Terada, Takashi, Directional Leadership in Institution-Building: Japan's Approach to ASEAN in the Establishment of PECC and APEC, in: The Pacific Review, 14 (2001) 2, S. 195–220
- Tertrais, Bruno, Do Arms Races Matter?, in: The Washington Quarterly, 24 (Herbst 2001) 4, S. 123–133
- Turbon, Elizabeth, Two Paths to Financial Liberalisation: South Korea and Taiwan, in: The Pacific Review, 14 (2001) 2, S. 241–267
- U Myint, Corruption: Causes, Consequences, and Cures, in: Asia-Pacific Development Journal, 7 (Dezember 2000) 2, S. 33–57
- Viner, Jacob, The Customs Union Issue, New York: Carnegie Endowment for International Peace, 1950
- Wesley, Michael, The Asian Crisis and the Adequacy of Regional Institutions, in: Contemporary Southeast Asia, 21 (April 1999) 1, S. 54–73
- APEC's Midlife Crisis? The Rise and Fall of Early Voluntary Sectoral Liberalisation, in: Pacific Affairs, 74 (Sommer 2001) 2, S. 185–204
- Winchester, Simon, Pacific Rising: The Emergence of a New World Culture, New York: Prentice Hall, 1991
- Wu, Linjun, The PRC and APEC: A Planned Excursion for Conciliation, in: Issues and Studies, 33 (November 1997) 11, S. 95–111
- Yamada, Takahiro, What Is the Lure of a Liberal International Economic Order for Asia? An Appraisal of

- Neo-Liberal Institutionalism from an Asian Perspective, Tokyo, Second Japan-Korea Joint Symposium on International Politics, 11./12.9.1999
- Yoon, Young-Kwan, The Political Economy of the Regional Integration Process: Europe and East Asia, in: Wolfgang Pape (Hg.), Models of Integration in Asia and Europe. Generating Public Space for Our Common Future, Luxemburg: European Commission, 2001, S. 118–127
- Zakaria, Haji Ahmad/Baladas, Ghoshal, The Political Future of ASEAN after the Asian Crisis, in: International Affairs, 75 (Oktober 1999) 4, S. 759–778

## Abkürzungen

ADB	Asian Development Bank
AFTA	ASEAN Free Trade Area
AIA	ASEAN Investment Area
APEC	Asia-Pacific Economic Cooperation
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
ASEM	Asia-Europe Meetings
AWF	Asiatischer Währungsfonds
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CSCAP	Council for Security Cooperation in the Asia Pacific
EAEB	East Asian Economic Bloc
EAEC	East Asian Economic Caucus
EAEG	East Asian Economic Grouping
G 7	Gruppe der Sieben
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
IGAD	Intergovernmental Authority on Development
IISS	International Institute for Strategic Studies
ISG	Intersessional Support Group (ARF)
ISM	Intersessional Meeting (ARF)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KEDO	Korean Peninsula Energy Development Organisation
Mercosur	Mercado Común del Cono Sur
NAFTA	North American Free Trade Area
OAS	Organisation of American States
OIC	Organisation of the Islamic Conference
OPEC	Organisation of Petroleum-Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAFTA	Pacific Free Trade Area
PBEC	Pacific Basin Economic Council
PECC	Pacific Economic Cooperation Council
PMC	Post-Ministerial Conference (ASEAN)
PTA	Preferential Trading Arrangement
SDF	Self Defence Forces (Japan)
SEANWFZ	Southeast Asian Nuclear Weapons Free Zone
SEATO	Southeast Asian Treaty Organisation
TAC	Treaty of Amity and Cooperation (ASEAN)
TFP	Total Factor Productivity
TMD	Theatre Missile Defence
WTO	World Trade Organisation
ZOPFAN	Zone of Peace, Freedom, and Neutrality (ASEAN)